

Jahresbericht

Deutscher Verband Flüssiggas e.V.

2012

DVFG
Deutscher Verband Flüssiggas e.V.





03	Vorwort
06	Energie in der Welt
14	Energie in der Europäischen Union
19	Der Energiemarkt in Deutschland
23	Flüssiggas im Energiemarkt
26	Der Flüssiggasmarkt 2012
26	Der Flüssiggas-Gesamtabsatz
27	Absatz der DVFG-Mitgliedsfirmen
28	Absatz nach Bundesländern
29	Vertragsfreiheit und Kartellrecht
30	Autogas ist tragende Säule der Energiewende im Verkehr
33	Bautätigkeit und Heizungsmarkt
38	Aus der Arbeit des Verbandes
38	Tagungen
40	Regionen
40	Fachausschuss Politik und Strategie
45	Fachausschuss Kommunikation
48	Fachausschuss außerordentliche Mitglieder
49	Fachausschuss Technologie
52	Weitere Gremienarbeit
53	Qualifizierungsmaßnahmen und Zertifizierungen
55	Flüssiggas-Sicherheitsdienst (FSD)
56	Weltverband für Flüssiggas
57	Europäischer Flüssiggasverband
58	Der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V.
60	Verbandsorganisation
65	Mitgliederverzeichnis



Die Bundesregierung will die konventionellen Energieträger bis 2050 Schritt für Schritt durch erneuerbare Energien ersetzen. Ein solch grundlegender Wandel und Umbau erfordert ein komplexes Puzzle an Maßnahmen, bei denen die Balance zwischen erneuerbaren und fossilen Energien aus Gründen der Versorgungssicherheit gewahrt werden muss. Die mittelständische Flüssiggas-Wirtschaft ist eine der wichtigen Säulen der Energieversorgung und trägt schon heute zum Gelingen der Energiewende bei. Flüssiggas bietet zahlreiche Lösungen zur Steigerung der Energieeffizienz und Einsparung von CO₂ – sowohl im Verkehrssektor als auch im Heizungsmarkt. Trotz des steigenden Anteils der erneuerbaren Energien wird Flüssiggas weiterhin eine wichtige Rolle im Energiemix spielen, auch da die Dezentralität der Energieversorgung weiter zunehmen wird.

Aussagen zu Energieverbrauch und Absatzentwicklung der Branche in 2012

In ihrem Energiekonzept hat sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 im Verkehrsbereich 40 Prozent Endenergie einzusparen. Die Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie (MKS) soll dazu beitragen, übergeordnete umwelt- und energiepolitische Ziele zu erreichen. Auf Grundlage eines technologie- und energieoffenen Ansatzes sollen Energieendverbrauch und CO₂-Emissionen im Verkehrssektor gesenkt werden. Das Wirtschaftsministerium hat dazu eine Expertengruppe mit über 400 Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden einberufen, die in einem interdisziplinären Fachdialog zur Erarbeitung der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie beitragen sollen. Der DVFG arbeitet aktiv in dieser Expertengruppe mit und verfolgt das Ziel, Autogas als den bislang erfolgreichsten alternativen Kraftstoff fest in der zukünftigen Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung zu verankern. Im MKS-Fachdialog hat der DVFG klare Forderungen und Rahmenbedingungen formuliert: neben der weiteren steuerlichen Gleichbehandlung für alle Gaskraftstoffe (Erdgas und Autogas) steht die Verlängerung der Energiesteuerermäßigung bis 2030 ganz oben auf der Agenda.

Unterstützung kam genau zur richtigen Zeit und passend zur Mobilitätsstrategie durch die vom DVFG in Auftrag gegebene Well-to-Wheel (WTW) Studie zur Analyse von Gasfahrzeugen, die an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes erstellt wurde. Prof. Dr. Ing. Thomas Heinze hat dazu mit seinem Team Analysen von Gasfahrzeugen im Vergleich zu Benzinern vorgenommen. Die Ergebnisse der WTW-Studie bestätigen, dass Autogas unter den alternativen Kraftstoffen bei einer ganzheitlichen Betrachtung von der Quelle bis zum Fahrzeug, das beste CO₂-Einsparpotenzial besitzt.

Die Verbraucher haben sich bereits für den Alternativkraftstoff Nummer eins entschieden: für immer mehr Fahrzeughalter ist Autogas der ideale Einstieg in die alternativen Antriebe – mit einem europaweit verfügbaren, dichten Netz von Tankstellen. Eine vom ADAC durchgeführte Umfrage unter Autogas-Fahrern bestätigt, dass 88 Prozent der Umfrageteilnehmer sich jederzeit wieder für einen Autogas-Antrieb entscheiden würden. Dieses Ergebnis lässt optimistisch auf den Autogasmarkt der kommenden Jahre blicken.



Auch der erste Monitoring-Bericht der Bundesregierung „Energie der Zukunft“ enthält erfreuliche Aussagen für unsere Branche. Hierin wird gefordert, Energieeffizienzpotenziale stärker zu nutzen. Weiterer Handlungsbedarf wird bei der Erreichung energiepolitischer Ziele besonders in Bezug auf CO₂-Einsparung festgestellt. Flüssiggas als Energieträger kommt diesen Forderungen sowohl im Heiz- als auch im Mobilitätssektor bereits nach. Auch hinsichtlich der Verfügbarkeit von Flüssiggas stehen die Weichen der Versorgungssicherheit eindeutig auf Zukunftsfähigkeit: die Mengen des bei der Öl- und Gasförderung natürlich anfallenden Flüssiggases steigen ebenso wie das Flüssiggas-Aufkommen aus den Verarbeitungsprozessen bei der Erzeugung von verflüssigtem Erdgas.

Neben dem wichtigen Bereich der Mobilität besitzt Flüssiggas vor allem in ländlichen Regionen als Heizenergie und als Prozessenergie für Gewerbebetriebe ein hohes Absatzpotenzial und kann zudem dazu beitragen, CO₂ einzusparen und Emissionen zu senken. Im Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Entwicklung ländlicher Räume vom 25. Januar 2012 wird diese Thematik aufgegriffen. In Deutschland leben rund 16 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Regionen, das sind circa 13 Millionen Menschen. Addiert man dazu noch den Teil der Bevölkerung, der außerhalb der Ballungsräume lebt, so nähert sich dieser Wert der 50 Prozent-Marke. Es wird also eine wichtige Aufgabe sein, in ländlichen Gebieten die Durchsetzung von CO₂-armen Energien zu verbessern. Doch das gestaltet sich bisher noch schwierig, da gerade hier der Anschluss an ein Fernleitungsnetz aus wirtschaftlichen Gründen in der Regel nicht möglich ist. 55 Prozent der Haushalte außerhalb der Städte setzen noch immer vorwiegend Öl, Festbrennstoffe und Strom zum Heizen ein, dasselbe gilt für Klein- und mittelständische Unternehmen und Gewerbebetriebe in diesen Regionen. Um die ländlichen Regionen besser in die Energiewende einzubinden, hat der DVFG mit der „Effizienzinitiative in naturnahen Regionen“ Impulse gesetzt, sowohl bei Neubauten als auch im Rahmen von Modernisierungsprojekten verstärkt den Energieträger Flüssiggas einzusetzen. Flüssiggas ist an kein Leitungsnetz gebunden und ermöglicht die Anwendung modernster Gasheiztechnik. Besonders interessant für die Verbraucher ist die Möglichkeit, Flüssiggas mit regenerativen Energien wie zum Beispiel der Solarthermie zu kombinieren. Genau das kann die mittelständische Flüssiggas-Branche bieten, indem sie zur Durchsetzung umweltschonender Heiztechnik zu wirtschaftlichen Bedingungen beiträgt. Zudem leistet sie damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Erhöhung der Lebensqualität.

Flüssiggas trägt also nicht erst in der Zukunft, sondern schon heute dazu bei, die umwelt- und energiepolitischen Ziele der Bundesregierung zu erreichen. In dieser Phase des Umbruchs traditioneller Energieversorgungsstrukturen kann sich die Flüssiggas-Wirtschaft mit innovativen Technologien und einer flächendeckenden Infrastruktur trotz Wirtschaftskrise erfolgreich auf dem Energiemarkt behaupten. Chancen ausbauen und nutzen, Risiken minimieren – unter diesem Motto wird sich der Verband den vor uns liegenden Herausforderungen und Zielen auch weiterhin engagiert und im Sinne aller Mitglieder widmen.



Der vorliegende Jahresbericht des DVFG hält auch in diesem Jahr viel interessanten Gesprächsstoff zum Thema Flüssiggas bereit. Das Vorstandsteam wünscht sich, dass daraus viele Diskussionen entstehen, die dazu beitragen, neue Ideen, Anregungen und Vorschläge für die weitere Gestaltung der Verbandsarbeit aufzugreifen.

Wir sind gespannt auf das Kommende und danken allen Mitgliedern, Verbandsghremien und natürlich der Geschäftsstelle für ihr Engagement und die geleistete Arbeit. Sie alle tragen zum Erfolg und zur Weiterentwicklung unseres Verbandes in spannenden Zeiten bei.

Ihr Rainer Scharr
und das Vorstandsteam



Das Vorstandsteam
(v.l.n.r.) Klaus Reckmann, Jobst-Dietrich Diercks, Rainer Scharr, Klaus Stolte, Uwe Thomsen, Markus Eder



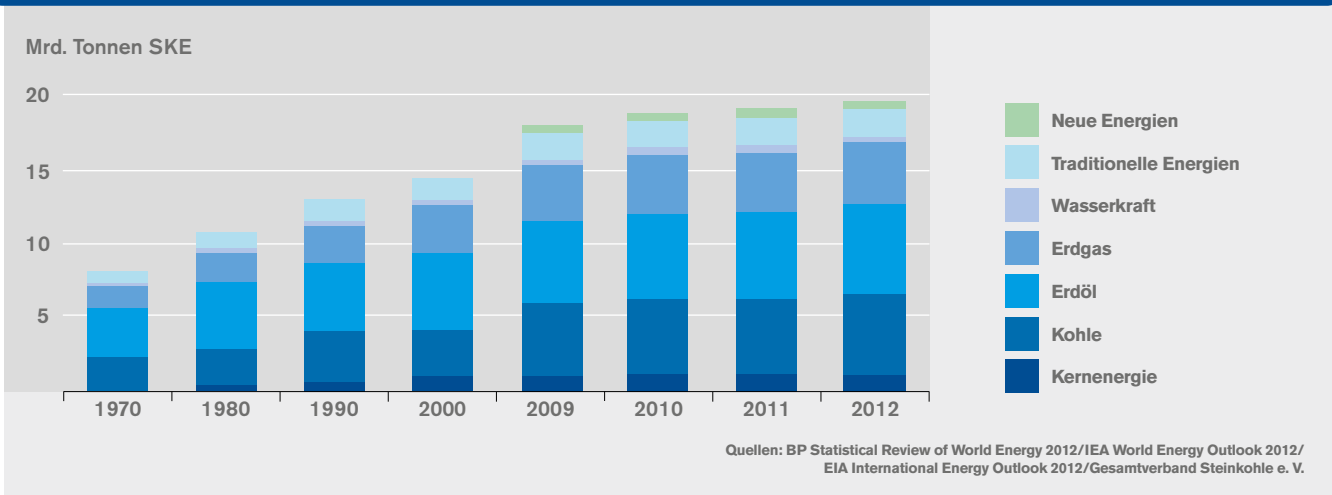
Weltweiter Energieverbrauch

Das Jahr 2012 war durch einen steten Wandel der internationalen Energiemärkte gekennzeichnet. In Nordamerika verbilligte sich die Energie aufgrund des stark wachsenden Angebots an unkonventionellem Gas sowie neu entdeckter Schieferölvorkommen. In Europa hingegen, vor allem in Deutschland durch den Ausstieg aus der Kernenergie, werden verstärkt die vergleichsweise teuren – weil noch nicht wettbewerbsfähigen – erneuerbaren Energien mit staatlicher Förderung ans Netz gebracht. Diese Entwicklung hat zahlreiche Folgen, so drängt in Europa vermehrt die relativ preisgünstige Kohle aus den USA an den Markt, zugleich lockert sich die seit Jahrzehnten bestehende Gaspreisbindung an die Ölnotierungen.

Welt-Energieverbrauch und Welt-Nettostromerzeugung

Nach vorläufigen Schätzungen des Weltenergieverbrauches wuchs im Jahr 2012 der Weltenergieverbrauch im Vergleich zum Vorjahr um etwa 2,2 Prozent auf rund 19,1 Milliarden Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE). Dieser moderate Anstieg ist trotz allgemeiner Wirtschaftsabschwächung und der Krise im Euroraum vor allem auf den intakten Aufschwung in Asien und den ökonomischen Erholungsprozess in den USA zurückzuführen. Bezogen auf den globalen Energieverbrauch haben die einzelnen Energieträger unterschiedliche Wachstumsraten zu verzeichnen: Kohle +3,3 Prozent, Erdgas +2,4 Prozent, Erdöl +0,7 Prozent, erneuerbare Energien +2,9 Prozent und Kernkraft +1,9 Prozent. Mengenmäßig bleibt Erdöl mit einem weltweiten Verbrauch von 5,9 Milliarden Tonnen SKE der global wichtigste Energieträger, gleich darauf folgt Kohle, die nunmehr 5,3 Milliarden Tonnen SKE zum Gesamtverbrauch beiträgt. Erdgas vergrößert aufgrund seiner extrem dynamischen Entwicklung in Nordamerika seinen Beitrag zum globalen Verbrauch auf 4,1 Milliarden Tonnen SKE recht deutlich. Somit decken die fossilen Energieträger mehr als 80 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs. Doch die erneuerbaren Energien (Wasser, Wind, Biomasse und Sonnenenergie) holen auf: Ihr Anteil am globalen Verbrauch stieg mit zusammen ca. 2,7 Milliarden Tonnen SKE bereits auf rund 15 Prozent.

Welt-Energieverbrauch 2012 nach Energieträgern



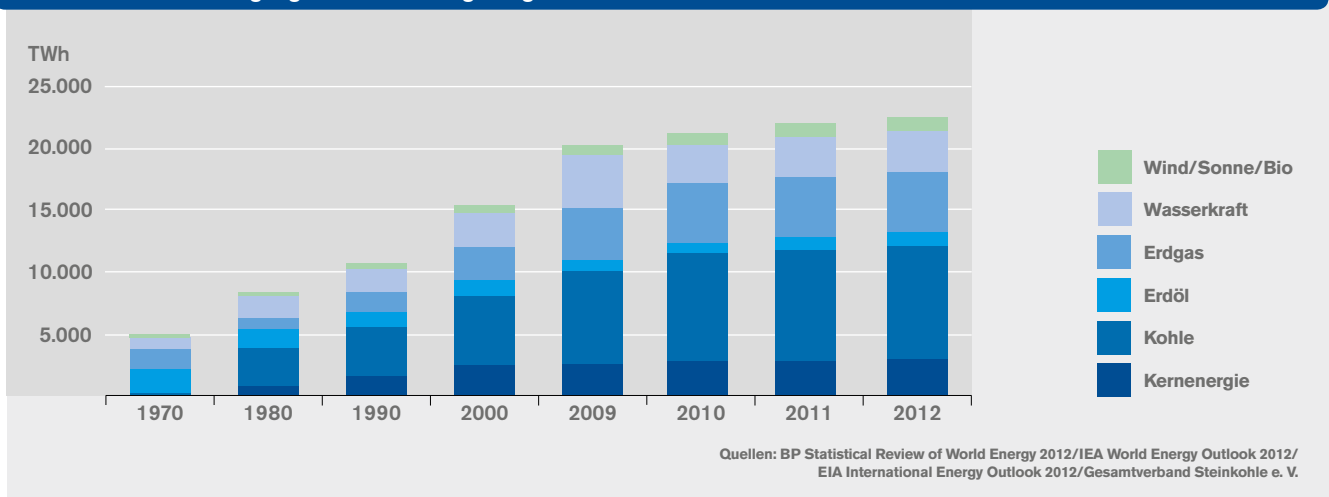


Die Welt-Nettostromerzeugung wuchs parallel zum globalen Energieverbrauch: Im Jahr 2012 hat sich die Weltstromerzeugung nach einer Schätzung des Gesamtverbandes Steinkohle e. V. ebenfalls um rund 2,2 Prozent erhöht. Kohle und Erdgas konnten mit 41 Prozent beziehungsweise 22 Prozent ihren Anteil an der globalen Stromerzeugung im Vergleich zum Vorjahr leicht verbessern. Auch die erneuerbaren Energien – das heißt in diesem Fall Wasserkraft, Wind, Sonne und Bioenergien – liegen mit rund 20 Prozent höher als in den Vorjahren. Dieser Zuwachs ist vor allem auf den Anstieg bei der Biomasse- und Biogasverstromung, der Windkraft sowie der Photovoltaik zurückzuführen.

Die Entwicklung der Energiepreise 2012

Der Öl-Preis unterlag im Jahr 2012 deutlichen Schwankungen. Zu Jahresbeginn dominierte noch die Auseinandersetzung zwischen dem Iran und den westlichen Ländern den Weltmarkt für Öl: Der Preis für das Barrel Brent-Öl belief sich im März auf 127 US-Dollar und befand sich damit in Nähe seines Höchststandes vom Sommer 2008 (145 US-Dollar pro Barrel). Hauptsorge war, dass das von der EU für den Sommer 2012 angekündigte Importembargo für iranisches Öl zu einer Verknappung auf dem Markt hätte führen können. Zwar reduzierte der Iran in der Tat mit Start des EU-Importstopps seine Öl-Produktion, dafür aber glichen Saudi-Arabien, der Irak und Libyen diese Ausfälle aus. Da sich zudem die Konjunkturaussichten weltweit eintrübten, sank der Preis für ein Barrel Brent-Öl im Juni auf unter 90 US-Dollar. Der Öl-Preis erholte sich in den Folgemonaten wieder und belief sich am Ende der Jahresdurchschnitt für ein Barrel Brent-Öl auf 111,6 US-Dollar (2011: 111,3 US-Dollar). Bemerkenswert ist die Zunahme der Öl-Förderung in den USA – noch nie wuchs sie so stark wie im Jahr 2012: 6,4 Millionen Barrel wurden in den Vereinigten Staaten pro Tag gefördert, dies entspricht einem Plus von 779.000 Barrel am Tag. Dieser deutliche Anstieg beruht auf der Kombination neuer Fördertechniken. Die US-Energiebehörde EIA prognostiziert für 2013 sogar ein noch deutlicheres Wachstum: Die Organisation erwartet ein deutliches Plus von 900.000 Barrel Förderung pro Tag.

Welt-Nettostromerzeugung 2012 nach Energieträgern





Der Kohle-Preis gab im Jahr 2012 deutlich nach. Aufgrund der gestiegenen Förderung von unkonventionellem Gas in den USA gestaltete sich die Nachfrage nach Kohle anhaltend rückläufig. Hinzu kam die Eintrübung der Weltkonjunktur, die ebenfalls den Preisdruck auf Kohle erhöhte. Die Weltmarktpreise waren 2012 so im Schnitt um 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr gefallen, im ersten Quartal 2013 hatte sich der Preis für Steinkohle bei ca. 90 Euro/Tonnen SKE eingependelt.

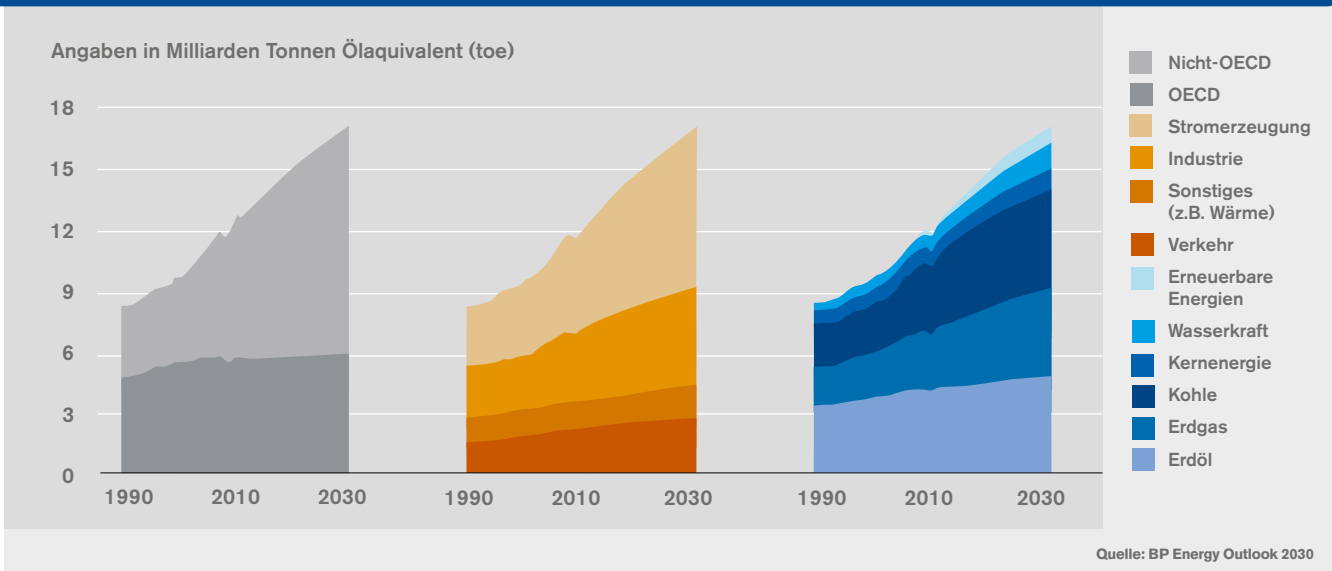
Die weitreichende Anwendung neuer Explorationsmethoden sorgt in den USA für eine anhaltende Erdgasschwemme, was, zumindest auf dem dortigen Markt, zu einem eklatanten Verfall beim Erdgas-Preis geführt hat: Zwischenzeitlich rutschte der Preis 2012 sogar unter 2 US-Dollar je eine Million britische Wärmeinheiten (BTU). Vier Jahre zuvor mussten am amerikanischen Markt noch rund 10 US-Dollar/BTU bezahlt werden. Zum Vergleich: In Europa zahlte man im Durchschnitt 9 US-Dollar, in Asien belief sich der Preis auf 16 US-Dollar je BTU.

Wie der Wirtschaftsdienst Bloomberg New Energy Finance bekanntgab, gingen die Investitionen in erneuerbare Energien im Jahr 2012 weltweit um 11 Prozent auf 200 Milliarden Euro zurück. So brachen aufgrund der Eurokrise die Märkte in Spanien und Italien um über die Hälfte ein. In den USA flossen 30 Prozent weniger Kapital, vor allem, weil Investoren vor den Präsidentschaftswahlen keine Klarheit über den künftigen Kurs der US-Regierung sahen. In China hingegen wuchs der Markt 2012 um 20 Prozent auf 50 Milliarden Euro. Was Investitionen in erneuerbare Energien betrifft, ist das Reich der Mitte damit mit Abstand die Nummer eins vor den Vereinigten Staaten.

Ausblick auf die kommenden Jahre

Der im Januar 2013 zum nunmehr dritten Mal veröffentlichte „BP Energy Outlook 2030“ geht davon aus, dass die Nachfrage nach Energie im Jahr 2030 um 36 Prozent über der im Jahr 2011 liegen wird. 2030 soll der Energieverbrauch in den Nicht-OECD-Ländern demnach um 61 Prozent

Der weltweit steigende Energiebedarf geht zurück auf...





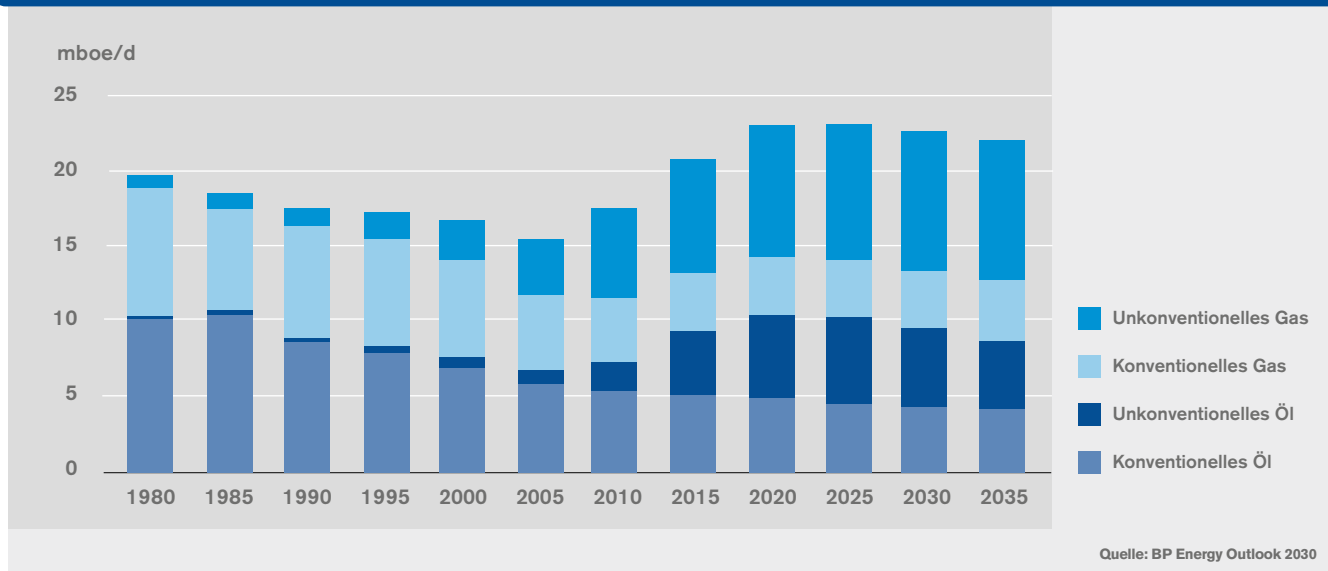
über dem Vergleichswert aus dem Jahr 2011 liegen, während der Verbrauch in den OECD-Staaten bis dahin nur um 6 Prozent steigen wird.

Die Frage der Energieeffizienz spielt in zunehmendem Maße in den OECD-Staaten wie auch den Schwellenländern eine bedeutungsvolle Rolle. So strebt China bis zum Jahr 2015 eine 16-prozentige Verringerung seiner Energieintensität an. Indien hat im Rahmen einer Energiesparverordnung bestimmte energieintensive Industrien (u. a. Eisen und Stahl, Textilien) benannt, in denen der Energieverbrauch ab 2013 kontinuierlich gesenkt werden soll. Die Europäische Union will ihren Energieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent senken, die USA führten neue Standards zur Verringerung des Kraftstoffverbrauchs pro Fahrzeug ein und Japan erklärte, seinen Energieverbrauch bis zum Jahr 2030 um 10 Prozent zu reduzieren.

Analysten gehen davon aus, dass sich der Öl-Preis 2013 als relativ stabil herausstellen wird: Nachfrage und Angebot sollen sich weitestgehend ausbalancieren. Voraussetzungen dafür sind allerdings das Ausbleiben einer schweren Rezession sowie eine anhaltend geopolitische Stabilität in der Golfregion. Eine Expertise von Credit Suisse sieht ein „moderates Aufwärtspotenzial für Öl, insbesondere Brent“, wohingegen die LBBW eher von einer Seitwärtsbewegung ausgeht. Die Internationale Energieagentur (IEA) prognostiziert, dass die weltweite Ölnachfrage im Jahr 2013 um 700.000 Barrel je Tag höher ausfallen wird als im Jahr 2012. Dieser Mehrbedarf wird durch die steigende Ölförderung der USA und die höhere Produktion von OPEC-Staaten wie dem Irak und Nigeria gedeckt. Die Internationale Energieagentur geht davon aus, dass die USA vor dem Hintergrund der Produktionserhöhung bei unkonventionellem Öl und Gas etwa ab dem Jahr 2020 zum weltweit größten Ölproduzenten aufsteigen und damit Saudi-Arabien überholen wird.

Für die weltweite Nachfrage sagt die IEA in ihrer langfristigen Projektion ein Wachstum von 87,4 Millionen Barrel pro Tag im Jahr 2011 auf 99,7 Millionen im Jahr 2035 voraus. Zum Vergleich: Die OPEC rechnet für dieses Referenzjahr gar mit einer Nachfrage von 107,3 Millionen Barrel

USA: Öl- und Gasproduktion





pro Tag. Der Öl-Preis soll laut IEA dann inflationsbedingt mehr als 215 Dollar pro Fass betragen, was einem heutigen Gegenwert von 125 Dollar entspricht. Die OPEC geht inflationsbereinigt gar von Kosten von bis zu 155 Dollar je Barrel aus.

Analysten bleiben für den Kohle-Markt eher skeptisch: Angesichts der fehlenden Impulsgeber für die Notierungen hänge das Aufwärtspotenzial der Kohlepreise an Produktionsausfällen oder Wetterfaktoren. Auch die Experten der Société Générale sehen keine fundamentalen Änderungen am Kohlemarkt, der weiterhin überversorgt sei. Vor diesem Hintergrund weisen die Analysten von Fitch, PT Bahana Securities und zahlreicher anderer Häuser auf einen sich abzeichnenden Preistrückgang bei Kohle bis zumindest 2014 hin.

Langfristig wird Kohle – nach Öl – der fossile Energieträger mit der zweitniedrigsten Steigerungsrate sein, da die Nachfrage bis 2030 wohl nur um 1,2 Prozent pro Jahr steigen wird. Im Laufe dieses Zeitraums könnte die Steigerungsrate ab 2020 dabei auf jährlich nur noch 0,5 Prozent absinken. Dabei entfällt fast das gesamte (93 Prozent) Nettowachstum bei der Nachfrage bis 2030 auf China und Indien, deren gemeinsamer Anteil am globalen Kohleverbrauch in Höhe von 57 Prozent im Jahr 2011 auf 65 Prozent im Jahr 2030 steigen wird. Es ist davon auszugehen, dass Indien im Jahr 2024 die USA als weltweit zweitgrößten Kohleverbraucher ablösen wird. BP geht in seinem aktuellen „Energy Outlook 2030“ davon aus, dass Erdgas der am stärksten wachsende konventionelle Energieträger sein wird: Die Nachfrage könnte bis 2030 jährlich durchschnittlich um 2 Prozent steigen. 76 Prozent der Nachfragesteigerung werden auch hier auf Nicht-OECD-Staaten entfallen. Dabei erwartet BP, dass die Förderung von LNG mehr als doppelt so schnell wie der Gasverbrauch steigt, im Schnitt um jährlich 4,3 Prozent. Damit könnte LNG bis 2030 27 Prozent des Wachstums auf der Versorgungsseite im Gassektor abdecken. Gemäß dieser Projektion wird Schiefergas bis 2030 rund 37 Prozent der Steigerung bei der Nachfrage nach Gas ausmachen und damit einen Anteil von 16 Prozent an der weltweiten Gasförderung und 53 Prozent der US-Produktion innehaben. Die Steigerungsrate der nordamerikanischen Schiefergasförderung wird sich ab 2020 wahrscheinlich verlangsamen, wohingegen die Gasgewinnung in anderen Regionen zunehmen wird. Dennoch geht BP davon aus, dass Nordamerika bis zum Referenzjahr einen Anteil von 73 Prozent an der globalen Schiefergasförderung besitzt.

Seit dem Jahr 2000 senkt die IEA kontinuierlich ihre Langzeit-Prognosen für den europäischen Gasverbrauch bis 2030. Eine „Gas-Revolution“, wie sie momentan in den Vereinigten Staaten zu beobachten ist, wird es in Europa nach bisherigem Stand nicht geben. Die Nachfrage nach Erdgas wird laut IEA in den nächsten zwei Jahrzehnten um 50 Prozent auf 5 Billionen Kubikmeter zunehmen. Beinahe die Hälfte der Produktionssteigerung werde davon mit unkonventionellem Gas erreicht werden, vor allem aus den USA, Australien und China.

Der von BP herausgegebene „World Energy Outlook 2030“ sieht trotz der anhaltenden Sicherheitsdiskussion nach dem Fukushima-Unfall die Stromleistung der Kernkraftwerke weltweit stabil um 2,6 Prozent pro Jahr steigen – verglichen mit einer durchschnittlichen Erhöhungsrates von 1,6 Prozent zwischen 1990 und 2010. China, Indien und Russland werden dabei 88 Prozent des globalen Wachstums im Bereich Atomstrom unter sich auftei-



len. Es wird erwartet, dass China seinen Anteil an der weltweiten Erzeugung von Nuklearstrom von 3 Prozent im Jahre 2011 bis auf 30 Prozent im Jahr 2030 ausbauen und damit die USA als weltgrößten Produzent von Atomstrom im Jahr 2026 ablösen wird.

Gleichwohl unterziehen seit Fukushima einige Staaten ihre Haltung bezüglich der Kernenergie einer Neubewertung. Nach der Abkehr Deutschlands von der Nuklearenergie erklärten inzwischen auch Frankreich und Japan, die Nutzung von Kernenergie reduzieren zu wollen. Zudem verliert die Atomenergie vor dem Hintergrund immenser, nun erschließbarer Gasvorkommen in den USA und Kanada erheblich an Bedeutung und Wettbewerbsfähigkeit.

Der „World Nuclear Industry Status Report 2012“ sieht denn auch langfristig einen zunehmenden Bedeutungsverlust der Kernenergie. Gemäß des Berichts wurden zwischen der Reaktorkatastrophe von Fukushima im März 2011 und der Jahresmitte 2012 weltweit 21 Reaktoren stillgelegt, aber nur neun neue Anlagen in Betrieb gesetzt. Zwar befinden sich laut der Studie noch 59 Reaktoren im Bau, zahlreiche dieser Projekte verharren seit mehreren Jahren in der Planungsphase – ihre endgültige Umsetzung muss also zumindest partiell in Zweifel gezogen werden. Laut des Reports waren im 2. Quartal 2012 noch 429 Reaktoren mit einer installierten Leistung von 364 Gigawatt am Netz. Zum Vergleich: Im Jahr 2002 befanden sich noch 444 Reaktoren in Betrieb. Hinzu kommt das immer höhere Durchschnittsalter der Reaktoren, welches sich mittlerweile auf 27 Jahre beläuft – und dies mit steigender Tendenz.

Die Analysten von BP gehen unverändert davon aus, dass die erneuerbaren Energien die am schnellsten wachsende Energieart bleiben. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der weltweiten Stromerzeugung wird sich bis 2030 wahrscheinlich von 4 Prozent auf 11 Prozent erhöht haben. Während bisher die OECD-Länder die treibende Kraft hinter dem Ausbau der erneuerbaren Energien gewesen sind, so sind es jetzt die Nicht-OECD-Länder, die ihrerseits diese Energieträger fördern und bis 2030 einen Anteil von insgesamt 41 Prozent an der Gesamtmenge besitzen werden. Rechnet man Biokraftstoffe mit ein, muss davon ausgegangen werden, dass die erneuerbaren Energien bis 2030 einen höheren Anteil an der Primärenergieerzeugung besitzen als die Atomindustrie.

Weltenergieverbrauch nach IEA-Szenario

In ihrem Hauptszenario des „World Energy Outlook 2012“ beschreibt die International Energy Agency (IEA) das „Szenario der neuen energiepolitischen Rahmenbedingungen“. Dabei wird davon ausgegangen, dass die in jüngster Zeit von den Regierungen eingegangenen gesetzgeberischen Verpflichtungen sukzessive tatsächlich umgesetzt werden, auch wenn sie im Einzelnen bislang noch nicht durch konkrete Maßnahmen unterstützt wurden.

Die Kernthesen dieses Hauptszenarios für die weitere Entwicklung des Energiemarktes bis zum Jahr 2035 lauten:

- Der globale Energieverbrauch steigt bis 2035 um mehr als ein Drittel, wobei 60 Prozent der Zunahme auf China, Indien und den Nahen Osten entfallen.



- Im Gegensatz dazu nimmt der Energieverbrauch in den OECD-Ländern kaum zu, gleichwohl wird in diesen Staaten ein spürbarer Trend weg von Erdöl und Kohle – partiell auch der Kernenergie – hin zu Erdgas und erneuerbaren Energien zu beobachten sein.
- Aufgrund der nun angewandten effektiveren Upstream-Technologien wird sich die Rolle Nordamerikas im weltweiten Energiehandel deutlich verändern: Etwa ab dem Jahr 2020 könnten die Vereinigten Staaten zum weltweit größten Ölproduzenten werden und somit Saudi-Arabien überholen. Um das Jahr 2030 herum, so das Szenario, wäre es sogar möglich, dass die USA zum Nettoölexporteur werden.
- Die Aussichten für Erdgas bleiben hervorragend. Vor allem in China, Indien und dem Nahen Osten rechnet die IEA mit einem enormen Nachfragewachstum. Aufgrund einer umfangreichen und aktiven Förderung durch die Politik – etwa mittels Regulierungsreformen – soll allein Chinas Verbrauch zwischen 2011 und 2035 von rund 130 Milliarden Kubikmeter auf 545 Milliarden Kubikmeter steigen. Aufgrund seines reichlichen Angebots wird Erdgas im Energiemix der Vereinigten Staaten um das Jahr 2030 Öl als wichtigsten Brennstoff ersetzen.
- Fast die Hälfte der Zunahme der globalen Erdgasförderung bis zum Jahr 2035 entfällt auf unkonventionelles Gas. Der Großteil dieses Anstiegs wird von China, den Vereinigten Staaten sowie Australien ausgehen.
- Der robuste Anteil von Kohle am globalen Energie-Mix könnte in Zukunft sogar noch weiter wachsen – dies wird jedoch längerfristig auch von der Einführung effizienter Kohleverbrennungstechniken sowie der Akzeptanz von CCS-Technologien abhängen. Der Kohleverbrauch Chinas wird laut IEA seinen Höchststand bereits im Jahr 2020 erreichen und dann auf diesem Niveau verharren, wohingegen der Konsum Indiens sukzessive so lange anwachsen wird, bis der Subkontinent die Vereinigten Staaten etwa im Jahr 2025 als zweitgrößten Kohleverbraucher der Welt ablöst.
- Im Vergleich zum „World Energy Outlook 2011“ mussten die für das Jahr 2012 verfassten Wachstums-Projektionen von installierten Kernkraftwerkskapazitäten nach unten korrigiert werden – dies geschieht auch vor dem Hintergrund der nachlassenden Wettbewerbsfähigkeit dieses Energieträgers im Vergleich zu Erdgas. Dass die Stromerzeugung aus Kernenergie in absoluten Zahlen trotzdem weiter zunimmt, hängt mit der Expansion der Nuklearenergie in China, Indien und Russland zusammen. Ihr Anteil am Welt-Energiemix wird sich mit der Zeit jedoch verringern.
- Der massive Ausbau der erneuerbaren Energien wird durch sinkende Technologiekosten sowie durch wachsende Subventionen ermöglicht: 2011 betragen diese Subventionen (auch für Bio-Brennstoffe) insgesamt 88 Milliarden Dollar. Bis 2035 müssten die Subventionen 4,8 Billionen Dollar betragen – denn mehr als die Hälfte dieser Summe sei bereits für bestehende Projekte reserviert worden oder werde benötigt, um die definierten Ziele bis 2020 zu erreichen.

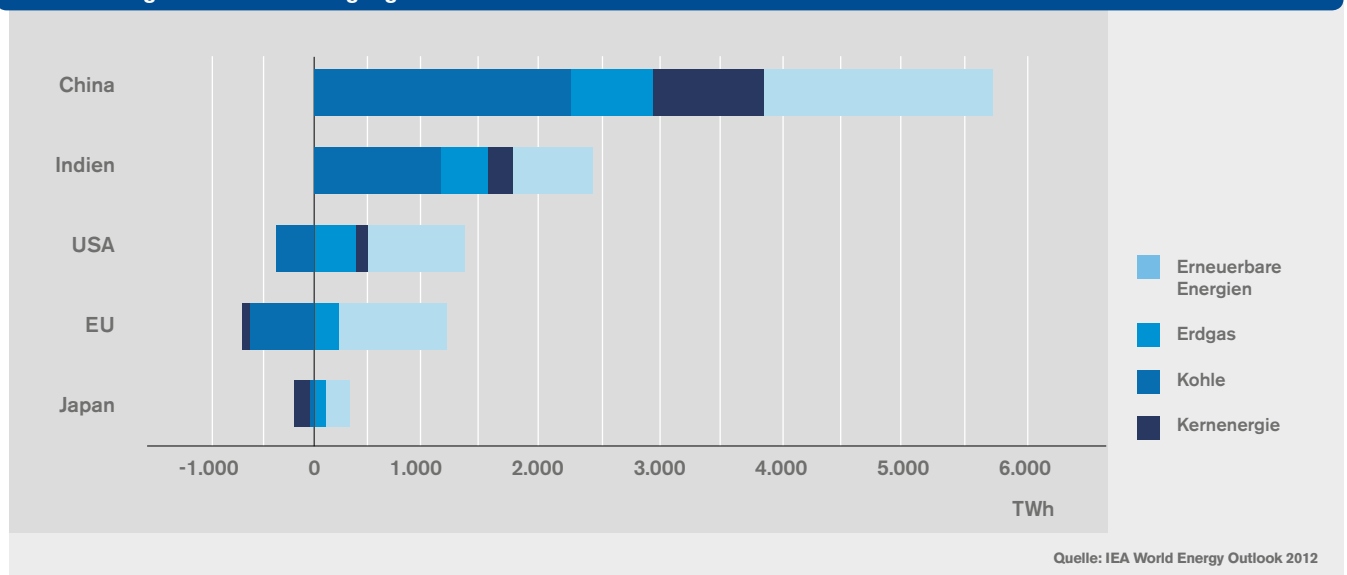


- Auch aufgrund der Abkehr einiger Länder von der preisgünstigen Atomenergie sowie des höheren Anteils der – teureren – erneuerbaren Energien wird der Strompreis im Jahr 2035 pro Kilowattstunde bei 24 US-Cent in Japan und bei 19 US-Cent (vor Steuern) in Europa liegen, prognostiziert die IEA. In China werden die Verbraucher nur 7 Cent zahlen, in den USA etwa 14 Cent.

Fazit:

Alle wesentlichen Projektionen gehen unvermindert von einem deutlichen Zuwachs bei der weltweiten Energienachfrage aus. Dabei wird es – so zumindest fasst es die IEA zusammen – auf der Weltkarte der Energiewirtschaft zu weitreichenden Veränderungen kommen. Eine bedeutende politische Dimension wird sehr wahrscheinlich der wiedererstarkten Öl- und Gasförderung in Nordamerika zukommen: Die Dominanz der OPEC-Staaten an den internationalen Energiemärkten neigt sich dem Ende entgegen und mit ihr die geostrategische Schlüsselrolle des Nahen und Mittleren Ostens. Weitere Verschiebungen könnte es durch die partielle Abkehr einiger OECD-Staaten aus der Kernenergie geben, welche jedoch durch die Begeisterung der Schwellenländer von Atomkraft mehr als kompensiert werden wird. Das rasche Wachstum der erneuerbaren Energien wird ebenso wie die weltweite Expansion der unkonventionellen Gasförderung spürbare politische Konsequenzen nach sich ziehen. Gleichwohl gilt es, die generelle Verwundbarkeit des Energiesektors durch Wassermangel zu konstatieren. Nahezu überall auf der Welt, von der Produktion aus Ölschiefer in Teilen Chinas und der USA über die wasserintensiven indischen Kraftwerke oder die kanadische Ölsandförderung bis hin zu den Ölfeldern im Irak, wird diese Problematik in den kommenden Jahren eine wachsende Rolle spielen.

Veränderung in der Stromerzeugung 2010 – 2035





Energie in der Europäischen Union

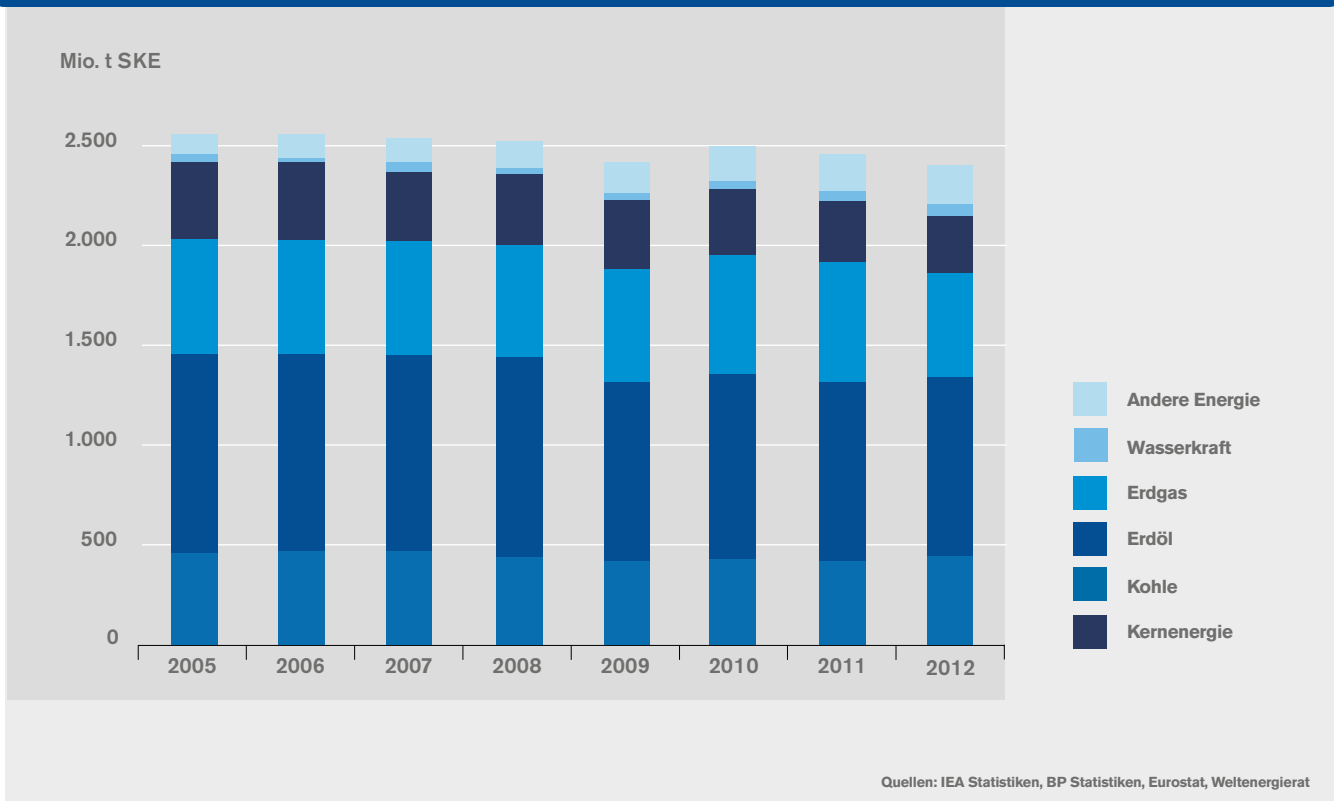
Bis zum Jahr 2008 bewegte sich der Primärenergieverbrauch der EU-27 auf relativ konstantem Niveau, welches alljährlich ca. 2,6 Milliarden Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) betrug. Der Verbrauch sank im Zuge der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 um 5 Prozent auf 2,4 Milliarden Tonnen SKE. Bereits 2010 erholte sich der Primärenergieverbrauch ein wenig und stieg auf etwa 2,5 Milliarden Tonnen SKE an. Im Jahr 2011 bewirkten der milde klimatische Verlauf sowie die anhaltende Wirtschaftskrise, die um die Eurokrise verstärkt wurde, einen erneuten Rückgang des EU-weiten Verbrauchs auf 2,5 Milliarden Tonnen SKE.

Energieverbrauch

Vor dem Hintergrund der anhaltenden wirtschaftlichen Probleme im Euro-Raum, von dem in besonderem Maße der Süden des Kontinents betroffen ist, sank der Primärenergieverbrauch der EU-27 im Jahr 2012 auf etwas weniger als 2,4 Mrd. Milliarden Tonnen SKE. Doch nicht nur wirtschaftliche Aspekte sind ursächlich für diesen verringerten Verbrauch – auch der vermehrte Einsatz der erneuerbaren Energien im Stromsektor, der zu Lasten von konventionellen Energieträgern geht, bewirkte eine Reduzierung des Gesamtverbrauchs, da der Eigenverbrauch der Kraftwerke entfällt.

Zudem zeigen die verstärkten Bemühungen der EU-27 um Effizienzsteigerung erste Wirkung. Bis zum Jahr 2020 ist eine Reduktion des Verbrauchs um 20 Prozent im Vergleich zu früheren Referenzjahren vorgesehen, dies würde einen Zielverbrauch von ca. 2,1 Milliarden Tonnen SKE bedeuten.

Primärenergieverbrauch EU-27

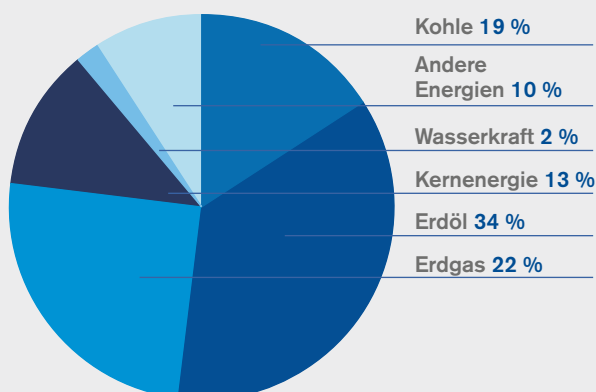




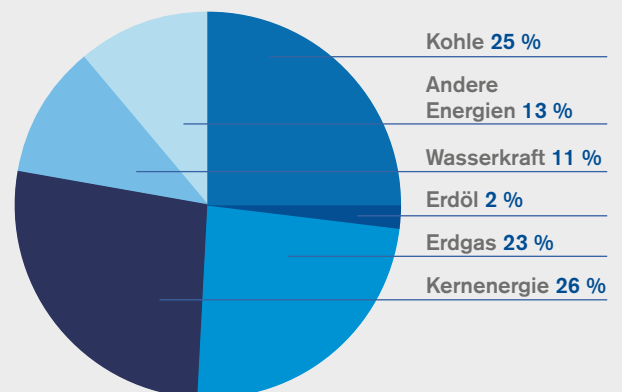
Unter diesem Aspekt verläuft die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs seit 2009 durchaus gemäß Zielvorgaben, auch wenn dies in erster Linie der Wirtschaftskrise geschuldet war. Da sich diese Reduktion bei erholender Konjunktur eventuell wieder kompensieren könnte, käme es erneut zu Verbrauchszunahmen, vor allem durch den Industriesektor. So liegt der Fokus der EU in den kommenden Jahren folgerichtig auf der weiteren Forcierung der Energieeffizienz, wo vor allem in den Bereichen Gebäudeheizungen sowie bei der Optimierung von industriellen Prozessen noch viel Spielraum vorhanden ist.

Im Energiemix der Primärenergieversorgung zeigten sich im Jahr 2012 deutliche Verschiebungen. Dies ging unter anderem auf den fortgesetzten Ausbau der erneuerbaren Energien zurück, deren Anteil (ohne Wasserkraft) von etwa 9 Prozent im Jahr 2011 auf 10 Prozent anstieg. Der Ausbau erfolgte in erster Linie über den Stromsektor, er konzentrierte sich auf die bereits etablierten Technologien Wind Onshore sowie Solar Photovoltaik. Da bereits zahlreiche Genehmigungen für Windparks auf hoher See in Deutschland, Großbritannien und Frankreich vorliegen, wird der Bereich Wind Offshore zunehmend an Bedeutung gewinnen. Trotz dieser Entwicklung dominieren in Europa noch immer die konventionellen Energien, also fossile Brennstoffe sowie Nuklearenergie, mit einem Anteil von 88 Prozent die Energieversorgung.

Innerhalb der fossilen Energieträger gab es eine etwa dreiprozentige Verschiebung von Gas hin zu Kohle: Dies lag sowohl an den verhältnismäßig niedrigen CO₂-Preisen wie an den in Europa relativ hohen Gaspreisen.

Struktur des Primärenergieverbrauchs EU-27 (2011)


Quellen: IEA, Eurostat, Weltenergieat

Struktur der Stromerzeugung EU-27 im Jahr 2012


Quellen: IEA, Eurostat, Weltenergieat

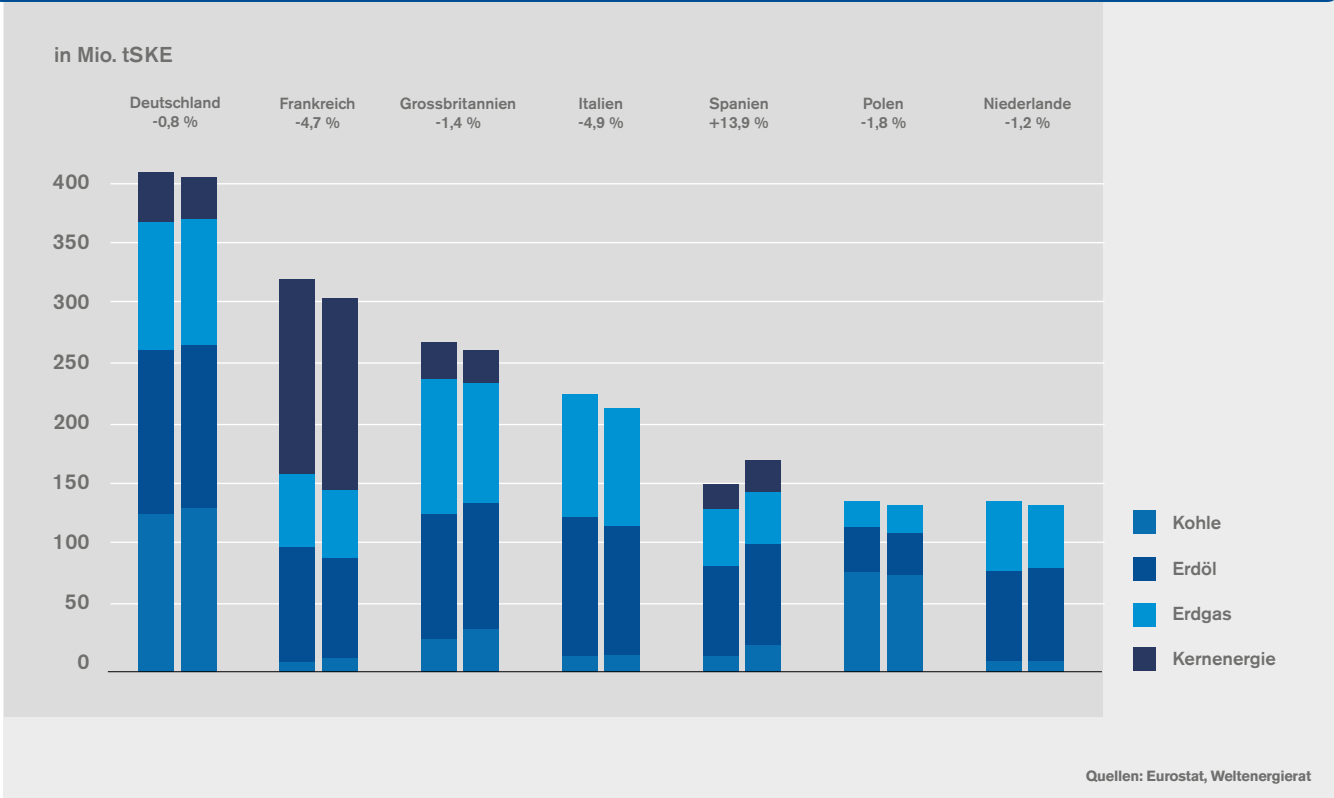


Entwicklung der Brutto-Stromerzeugung

Die Brutto-Stromerzeugung in der EU-27 zeigt, im Gegensatz zu anderen Regionen, seit Jahren einen relativ flachen Verlauf. Zwischen 2006 und 2008 erreichte die Erzeugung mit etwa 3.340 Terrawattstunden (TWh) Rekordniveau, im Zuge der Krise sank sie 2009 auf weniger als 3.200 TWh. Zwischen 2010 und 2012 nun verringerte sich die Stromerzeugung mäßig aber kontinuierlich. Im Jahr 2012 lag die Brutto-Stromerzeugung der EU-27 bei 3.270 TWh, was einer moderaten Reduktion von 0,3 Prozent gegenüber 2011 entsprach. Der relativ konstante Stromverbrauch der vergangenen Jahre steht im Gegensatz zu dem verhältnismäßig stark sinkenden Primärenergieverbrauch, spiegelt aber den Trend zu mehr stromverbrauchenden Industrien anstelle von Primärenergie konsumierender Schwerindustrie wider.

Auch in der Stromerzeugung verschiebt sich der Energiemix immer mehr in Richtung erneuerbare Energien – ihr Anteil befindet sich in Europa mittlerweile bei über 23 Prozent, rechnet man die Wasserkraft mit ein. Trotzdem dominieren die fossilen Energieträger noch immer die Stromerzeugung mit einem Anteil von 50 Prozent. Innerhalb der fossilen Energieträger konnte in den vergangenen Jahren eine Verschiebung von Kohle hin zu Gas beobachtet werden, dieser Trend wurde 2012 jedoch unterbrochen: Die vermehrte Stromerzeugung durch erneuerbare Energien und der niedrige Kohle-Preis ging oftmals zu Lasten der Gaskraftwerke. In vielen EU-Ländern wurden für Gas-befeuerte Kraftwerke negative „Spark Spreads“ (Differenz zwischen Großhandelsstrompreis und variablen Erzeugungskosten) beobachtet.

Konventioneller Primärenergieverbrauch 2011 und 2012 in ausgewählten Ländern



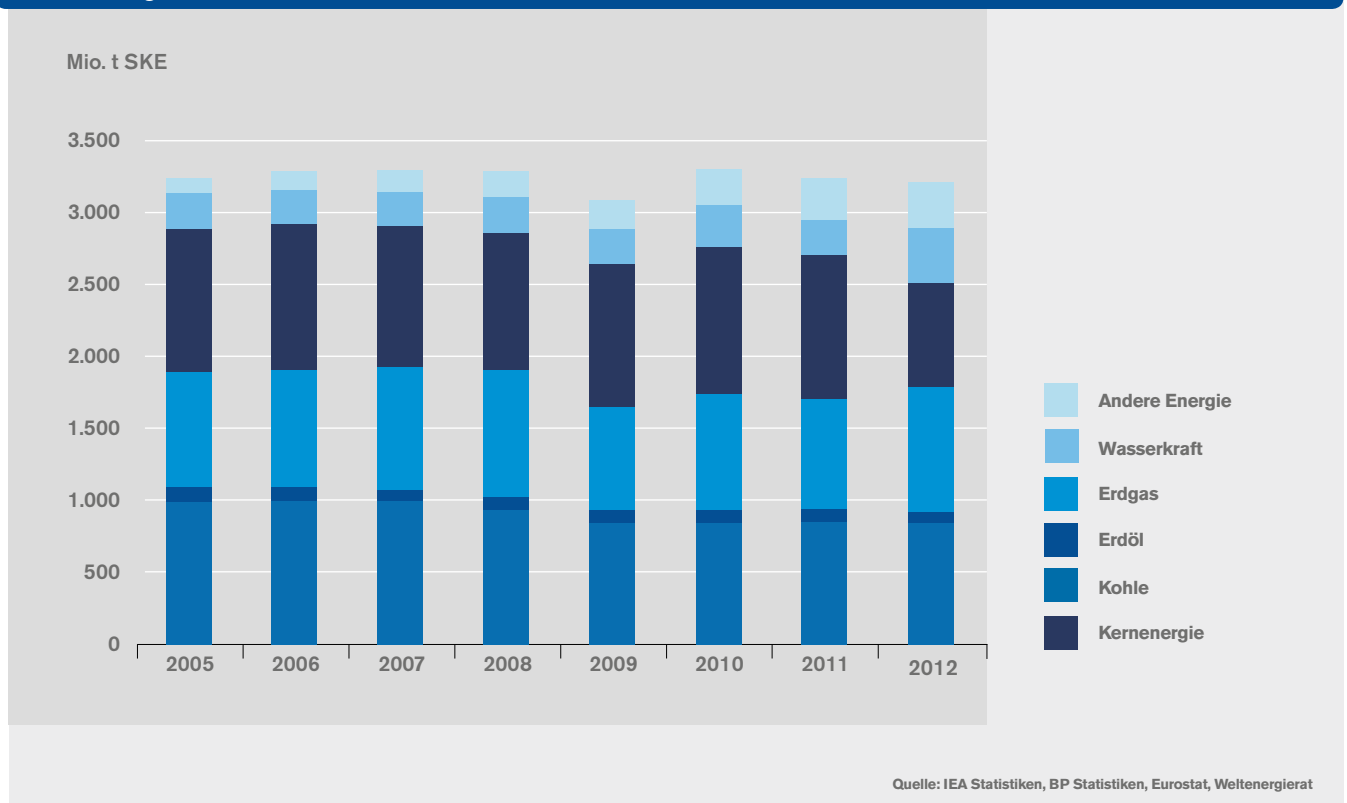


Energie- und Klimapolitik – Strategien und Roadmaps

Die beste Energie ist die, die nicht verbraucht wird: Das Thema Effizienz gewinnt nicht nur in den Schwellenländern an Interesse – auch die OECD-Staaten und die Europäische Union sehen weiterhin ein enormes Potenzial, um den Wirkungsgrad zu steigern.

Am 4. Dezember 2012 trat die EU-Richtlinie 2012/27/EG über Energieeffizienz in Kraft. Durch sie soll die Effizienz in der EU bis 2020 um 20 Prozent mittels konkreter Vorgaben gesteigert werden. Die Neuregelung ist Teil der bereits 2007 beschlossenen Strategie, wonach der Energieverbrauch in der EU bis 2020 um mindestens 20 Prozent reduziert werden soll. In jedem EU-Staat, so die Richtlinie, muss der Energieverbrauch der Endkunden jährlich um 1,5 Prozent gesenkt werden. Gleichzeitig wird es den Mitgliedsstaaten aber freigestellt, ob sie Einsparverpflichtungen für Energieversorger einführen oder alternative Maßnahmen, zum Beispiel Förderprogramme zur Erreichung dieser Quote, ergreifen. Zusätzlich wird Mitgliedsstaaten die Möglichkeit eingeräumt, Ausnahmeregelungen bis zu einer Höhe von 20 Prozent des Einsparziels einzuführen. Mit dieser Richtlinie wird ein gemeinsamer Rahmen für Maßnahmen zur Förderung von Energieeffizienz in der Union geschaffen, um sicherzustellen, dass das übergeordnete Energieeffizienzziel der Union von 20 Prozent bis 2020 erreicht wird, und um weitere Energieeffizienzverbesserungen für die Zeit danach vorzubereiten.

Primärenergieverbrauch EU-27





Einige Staaten haben bereits auf die Richtlinie reagiert, so etwa Deutschland – dass sich in den EU-Gremien am stärksten gegen die Neuregelung gewehrt hatte: Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) veröffentlichte im Februar 2013 eine Studie zur Umsetzung („Endenergieeinsparziel gem. Art. 7 EED und Abschätzung der durch politische Maßnahmen erreichbaren Energieeinsparungen“). Sie kam zu dem Schluss: Werden alle bestehenden und geplanten politischen Maßnahmen, die in Deutschland zu Energieeinsparungen führen, genutzt und konsequent fortgesetzt, so kann die Bundesrepublik das in der Richtlinie festgesetzte Ziel zur Einsparung beim Endenergieabsatz für die Jahre 2014 bis 2020 einhalten und sogar übererfüllen. Voraussetzung ist, dass die Spielräume der EU-Energieeffizienzrichtlinie bei der Umsetzung voll ausgeschöpft werden. Unterdessen vergrößert die EU-Kommission einmal mehr ihren zeitlichen Aktionsrahmen für energiepolitische Umstrukturierungen: Wie das Gremium verkündete, vereinbarten Energiekommissar Günther Oettinger, Klimakommissarin Connie Hedegaard und Kommissionspräsident José Manuel Barroso am 20. Februar 2013 in Brüssel die Vorbereitung des neuen Rahmens für Energie und Klima mit dem derzeitigen Zeithorizont 2030. Vor allem die langfristigen Investitionszyklen in der Wirtschaft machten es nötig, über den bestehenden Rahmen in der Klima- und Energiepolitik hinauszublicken, so die Kommission.

Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzbundes und die Klima-Allianz Deutschland hatten die Kommissare zuvor aufgerufen, kohärente, ambitionierte und verbindliche Ziele für Treibhausgasreduktionen, erneuerbare Energien und Energieeinsparungen nach 2020 voranzutreiben. Zudem hatte der WWF in einem im Februar 2013 veröffentlichten Energieszenario („Putting the EU on Track for 100 Prozent Renewable Energy“) gezeigt, wie Europa im Jahr 2030 aussehen könnte: 38 Prozent weniger Energieverbrauch, ein Anteil von 40 Prozent der erneuerbaren Energien beim Energiemix und nur noch die Hälfte der Treibhausgasemissionen von 1990 seien durchaus möglich, lauteten die Ergebnisse dieses Szenarios.

Bereits in der zweiten Jahreshälfte 2013 will die EU-Kommission einen Vorschlag für die Energie- und Klimapolitik nach 2020 vorlegen. Ob und inwieweit sie darin auf die Forderungen und Kalkulationen der Umweltverbände eingeht, bleibt ungewiss.



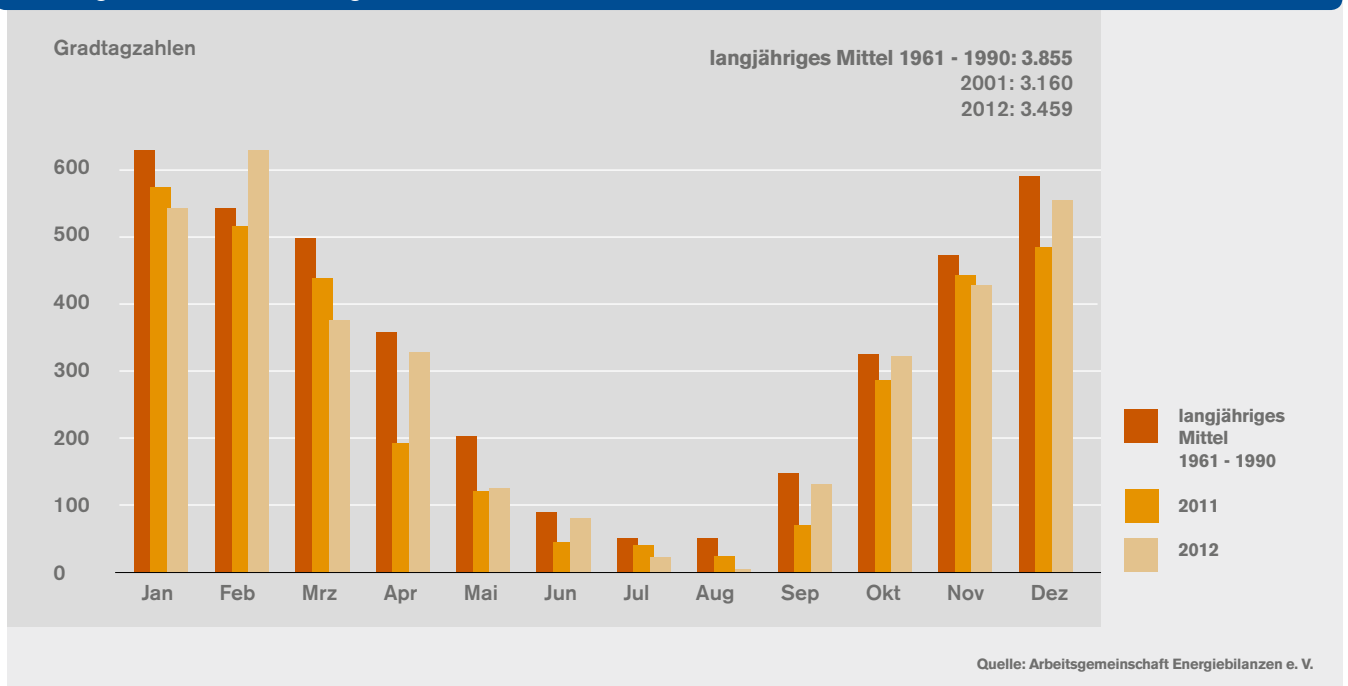
Primärenergieverbrauch in Deutschland im Jahr 2012

Gleich mehrere Faktoren hatten einen Einfluss darauf, dass der Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik im Jahr 2012 mit 461,1 Millionen Tonnen SKE rund 1,1 Prozent über dem Wert des Vorjahres (456,4 Millionen Tonnen SKE) lag. Dieser leichte Zuwachs resultierte laut der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V. aus der relativ kühlen Witterung in der ersten Jahreshälfte, der Einberechnung des Schalttages sowie aus der anhaltend schwächelnden Gesamtkonjunktur, von der keine energieintensiven Impulse ausgingen.

Mit einem Gesamtverbrauch von 154 Millionen Tonnen SKE sank der Bedarf an Mineralöl im Jahr 2012 um 0,1 Prozent gegenüber 2011. Im Energiemix verringerte sich folgerichtig auch der Beitrag dieses Energieträgers von 33,9 Prozent auf 33,3 Prozent. Damit bleibt Mineralöl gleichwohl der mit Abstand wichtigste Energieträger in der Bundesrepublik, gefolgt von Erdgas: Mit 21,0 Prozent befand sich dessen Anteil am Mix nahezu auf Vorjahresniveau (2011: 20,9 Prozent). Zwar führte die insgesamt kühlere Witterung zunächst zu einer Steigerung des Erdgasverbrauchs bei der Wärmeversorgung, dennoch befand sich der Einsatz dieses Energieträgers bei der Stromerzeugung deutlich unter dem vergleichbaren Vorjahreswert, wie die „Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen“ bilanzierte. Insgesamt wurden 96,7 Millionen Tonnen SKE an Erdgas im Jahr 2012 verbraucht.

Im Gegensatz dazu erhöhte sich der Verbrauch von Steinkohle in der Bundesrepublik um 3,1 Prozent auf rund 57,0 Millionen Tonnen SKE, was auf einen stärkeren Einsatz bei der Strom- und Wärmeerzeugung zurückzuführen war. Der Anteil der Steinkohle am deutschen Energiemix stieg

Gradtage in Deutschland im Vergleich





leicht auf 12,4 Prozent (2011: 12,1 Prozent). Nicht zuletzt bedingt durch die Inbetriebnahme dreier Kraftwerksblöcke nahm der Verbrauch der Braunkohle um etwa 5 Prozent auf rund 56,0 Millionen Tonnen SKE zu, was einem Anteil am Gesamtenergiemix von 12,2 Prozent (2011: 11,6 Prozent) entspricht.

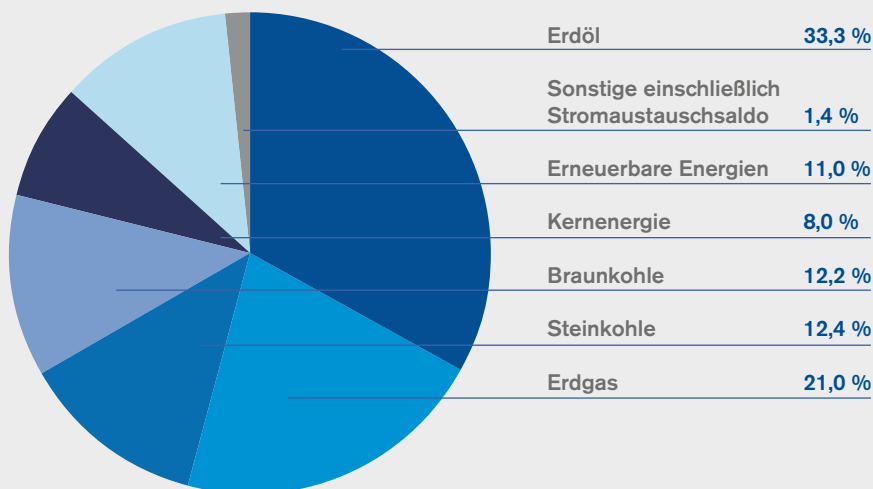
Mit einem Plus von 7,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr verbuchten die erneuerbaren Energien den stärksten Zuwachs. Zum Energiemix trugen sie im Jahr 2012 mit einem Anteil von 11,7 Prozent bei (2011: 10,9 Prozent). Die Kernenergie verringerte ihren Beitrag zur Energiebilanz im Zuge des Ausstiegsbeschlusses um rund 8 Prozent. Der Anteil am Energiemix fiel auf 8 Prozent.

Aktuelle Entwicklungen in der deutschen Energiepolitik

Exportschlager Energiewende?

Die Bundesrepublik Deutschland ist auf der Suche nach Mitstreitern: Am Rande der Generalversammlung der Internationalen Agentur für erneuerbare Energien (IRENA) im Januar 2013 in Abu Dhabi lud Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) Vertreter anderer Länder zu einem förmlichen Dinner – dem „Club der Energiewendestaaten“. An dem Treffen nahmen neben China auch Großbritannien, Frankreich, Südafrika, Tonga, Marokko und Dänemark teil. Zunächst wurde Stillschweigen und Vertraulichkeit über die konkreten Verabredungen vereinbart. Umweltminister Altmaier will mit diesem Bündnis aus Vorreiter-Staaten den Ausbau von Wind- und Solarparks weltweit vorantreiben.

Energiemix 2012: Struktur des Primärenergieverbrauchs in Deutschland



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V.



Der Club wird parallel zur Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien arbeiten. China soll dabei der wichtigste Bündnispartner werden – bereits jetzt hat das von massiven Umweltproblemen geplagte Land für rund 100 Milliarden Dollar in Deutschland Maschinen gekauft, um Solaranlagen herstellen zu können. Zudem hat China mit der Bundesrepublik eine Absichtserklärung zu einer stärkeren Kooperation beim Ausbau erneuerbarer Energien unterzeichnet und so die Bereitschaft für noch mehr Zusammenarbeit signalisiert. Neben diesen wirtschaftlichen Erwägungen sucht die Bundesregierung durch den Bündnisclub im Superwahljahr 2013 auch politischen Rückhalt für die Abkehr von der Kernenergie. Gleichwohl steht Deutschland auf absehbare Zeit allein mit seiner Energiewende: Kein anderer Staat hat bisher seine Bereitschaft bekundet, komplett auf die vergleichsweise kostenstabile Atomenergie verzichten zu wollen – zumal der Energiebedarf weltweit kontinuierlich ansteigt, vor allem in den Nicht-OECD-Staaten.

EEG-Umlage zur Förderung des Ökostroms und „Strompreibremse“ vor dem Hintergrund des Bundestagswahlkampfes 2013

Dem Wirtschaftsdienst Bloomberg New Energy Finance zufolge wurden im Jahr 2012 in der Bundesrepublik mit 17 Milliarden Euro rund 27 Prozent weniger Investitionen in erneuerbare Energien getätigt als im Vorjahr. Hauptgründe für den Rückgang waren der stagnierende Ausbau der Offshore-Windkraft sowie gesamtwirtschaftliche Probleme vor dem Hintergrund der Eurokrise. Gleichwohl wurden in Deutschland mit 7,6 Gigawatt so viele Solarmodule wie noch nie installiert, dies geschah jedoch zu einem deutlich günstigeren Preis als in den Jahren zuvor: Die Sonnenenergie wird mit besonders hohen Sätzen gefördert und deshalb auch häufig auf Dächern und freien Flächen installiert.

Deutschlands Ökostromerzeuger hatten 2012 für die Energie erstmals mehr als 20 Milliarden Euro Förderung erhalten. An den Börsen war der Strom allerdings nur 2,9 Milliarden Euro wert. Die Differenz von fast 17 Milliarden Euro zahlen die Stromverbraucher mit der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Die EEG-Umlage zur Förderung des Ökostroms war zu Jahresbeginn von 3,5 auf 5,3 Cent je Kilowattstunde angehoben worden, infolge dessen verteuerte sich die Kilowattstunde um 1,7 Cent. Dies ist ein wesentlicher Grund für den flächendeckenden Strompreisanstieg um mehr als 12 Prozent im Jahr 2012.

Angesichts steigender Strompreise plante Bundesumweltminister Peter Altmaier mit harten Einschnitten bei der Ökostrom-Förderung die Belastung der Verbraucher deutlich zu dämpfen. Es sollte ein Gesetzespaket beschlossen werden, das die Ökostrom-Umlage auf dem derzeitigen Stand einfriert und von den Anlage-Betreibern Sonderlasten für die Energiewende verlangt. In diesem und im kommenden Jahr sollten die von allen Kunden zu zahlende Umlage demnach auf der jetzigen Höhe von rund 5,3 Cent pro Kilowattstunde festgelegt werden, in den Jahren danach sollte sie Altmaiers Konzept zufolge um maximal 2,5 Prozent steigen.

Einsparungen von 1,86 Milliarden Euro für den Verbraucher wollten das Bundesumwelt- und das Bundeswirtschaftsministerium unter anderem dadurch erreichen, dass die Vergütung vor allem für neue Ökostromanlagen reduziert wird. Der gemeinsame Vorschlag sah zudem vor, dass neue, aber



auch bereits bestehende Solar- und Windparks einen Beitrag zur Kostendämpfung der Ökostrom-Umlage leisten sollen.

Auf Druck der rot-grünen Bundesländer, die im Bundesrat die Mehrheit stellen, musste die Bundesregierung ihr Konzept vorerst wieder einstampfen. Wie es weiter geht, bleibt abzuwarten. Eine grundlegende EEG-Reform wird zumindest auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben.

Aktuelle energiepolitische Maßnahmen

Am 6. Februar 2013 hat die Bundesregierung die Novelle der Energieeinsparverordnung (EnEV) und des Energieeinspargesetzes (EnEG) beschlossen, die auch die verschärften Anforderungen der Europäischen Union berücksichtigt. Demnach ist vorgesehen, dass der Jahres-Primärenergiebedarf bei Neubauten in den Jahren 2014 und 2016 um jeweils 12,5 Prozent sinken soll. Für bestehende Gebäude ist keine gesetzliche Verschärfung der bestehenden Bestimmungen zur Reduzierung des Energiebedarfs vorgesehen.

Die nationalen Energieeffizienzziele der Bundesregierung beinhalten gemäß Energiekonzept die Verdopplung der Sanierungsrate von derzeit jährlich unter einem Prozent auf zwei Prozent, die Reduktion des Wärmebedarfes bis 2020 um 20 Prozent, die Minderung des Primärenergiebedarfs um 80 Prozent und ein nahezu klimaneutraler Gebäudebestand bis 2050. Seit 2006 sind 9,3 Milliarden Euro über die KfW für CO₂-Gebäudesanierungsprogramme bereitgestellt worden. Mit den angestoßenen Gesamtinvestitionen von 117,6 Milliarden Euro sind etwa drei Millionen Wohnungen und 1.400 kommunale Einrichtungen energieeffizient saniert bzw. errichtet worden. Für die Jahre 2013 bis 2014 stehen jährlich 1,5 Milliarden Euro an Fördermitteln bereit.

Im Dezember 2012 hat das Bundeskabinett zudem Eckpunkte für ein KfW-Programm zur Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden beschlossen. Mit rund 300 Millionen Euro pro Jahr werden Sanierungsprojekte künftig gefördert. Die Programmmittel betragen für den Förderzeitraum 2013 bis 2020 insgesamt 2,4 Milliarden Euro, die aus dem Energie- und Klimafonds direkt in die Sanierungsanstrengungen von selbstnutzenden Wohneigentümern fließen. Konkret erhalten Antragsteller für Einzelmaßnahmen einen Zuschuss von 10 Prozent und maximal 5.000 Euro. Bisher lag die Förderung durch das Programm „Energieeffizient Sanieren“ bei nur 7,5 Prozent und höchstens 3.750 Euro. Seit dem 1. März 2013 fördert die KfW zudem die Umrüstung von Heizungen auf Basis erneuerbarer Energien mit zinsgünstigen Krediten von bis zu 50.000 Euro. Diese können mit Investitionszuschüssen aus dem Marktanreizprogramm des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) kombiniert werden. In die Förderung fallen beispielsweise der Einbau von thermischen Solarkollektoren, Biomasseanlagen oder Wärmepumpen.



Die Flüssiggaswirtschaft

Dem Deutschen Verband Flüssiggas e. V. gehörten im Berichtsjahr 2012 insgesamt 122 Mitgliedsbetriebe an. Diese sind sowohl Flüssiggas-Versorgungsunternehmen als auch Firmen aus dem Umfeld von Flüssiggas, vom Anlagenhersteller über Speditionen bis hin zu internationalen Konzernen. Die vorwiegend mittelständisch geprägten Flüssiggas-Versorger stehen in hartem Wettbewerb um die Marktanteile in den einzelnen Absatzsegmenten des Wärme- und Mobilitätsmarktes. Etwa 15 der Versorgungsunternehmen sind bundesweit tätig, viele der anderen überregional, einige wenige beschränken sich auf ihr regionales Umfeld. Die Vorlieferanten der deutschen Flüssiggas-Versorgungsunternehmen sind zum einen Teil die Mineralölgesellschaften und zum anderen Teil nationale und internationale Importgesellschaften. Größere Unternehmen importieren das Produkt auch direkt.

Insgesamt nutzen in Deutschland rund vier Millionen Verbraucher die leitungsunabhängige Energie Flüssiggas – im Haushalt, im Freizeitbereich sowie in Industrie, Gewerbe, Gastronomie, Landwirtschaft und als Kraftstoffalternative für Fahrzeuge.

Aus dieser Vielfalt der Anwendungsbereiche ergeben sich für die Flüssiggas-Wirtschaft hohe Anforderungen hinsichtlich einer zuverlässigen und sicheren Versorgung ihrer Kunden. Im Laufe der letzten Jahrzehnte haben die DVFG-Mitgliedsunternehmen deshalb in ganz Deutschland eine engmaschige Versorgung aufgebaut, die kontinuierlich mit beträchtlichem Aufwand auf dem neuesten sicherheitstechnischen Stand gehalten wird.

Um die klimapolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre zu meistern, wird das Kriterium der Energieeffizienz immer bedeutender. Dieser Bedeutung trägt der Deutsche Verband Flüssiggas e. V. mit einem Schulungsprogramm Rechnung: Gemeinsam mit der TÜV Akademie Unternehmensgruppe TÜV Thüringen werden qualifizierte Weiterbildungsmaßnahmen zur Energieeffizienzberatung durchgeführt. Die umfangreichen Aktivitäten des Deutschen Verbandes Flüssiggas e. V. und die Zukunftsfähigkeit von Flüssiggas spiegeln sich auch in zahlreichen Positionspapieren, wie der „Klimaschutzklärung“, dem „Umwelt- und Klimakompass“, „Pro Klima und Gesundheit“, „Natürlich und auch regenerativ“ sowie „Naturnahe Regionen“, wider. In ihnen werden umweltrelevante Eigenschaften von Flüssiggas zusammengefasst, vor allem im Hinblick auf CO₂-Einsparpotenzial und den Beitrag, den Flüssiggas zur Reinhaltung der Luft leisten kann.

Füllstationen für Tankwagen bzw. für die Flaschenabfüllung befinden sich an etwa 140 Standorten in weitestgehend über Schienen versorgten Lagern mit einer Kapazität von mehr als 80.000 Tonnen. Diese Lager dienen als Basis sowohl für die Belieferung der circa 430.000 Tankgasendverbraucher als auch zur Versorgung der circa 25.000 Flaschengas-Vertriebsstellen sowie der Belieferung der Autogas-Tankstellen.

Für zusätzliche Versorgungssicherheit sorgen Lager der Raffinerien, ein Nordsee-Terminal sowie ein aus zwei Salzkavernen bestehendes Lager bei Bernburg in Sachsen-Anhalt.

Zur Versorgung der regionalen Lager werden überwiegend Bahnkesselwagen eingesetzt, mit denen auch die Industrie, die Chemiewirtschaft und sonstige Großabnehmer beliefert werden können.

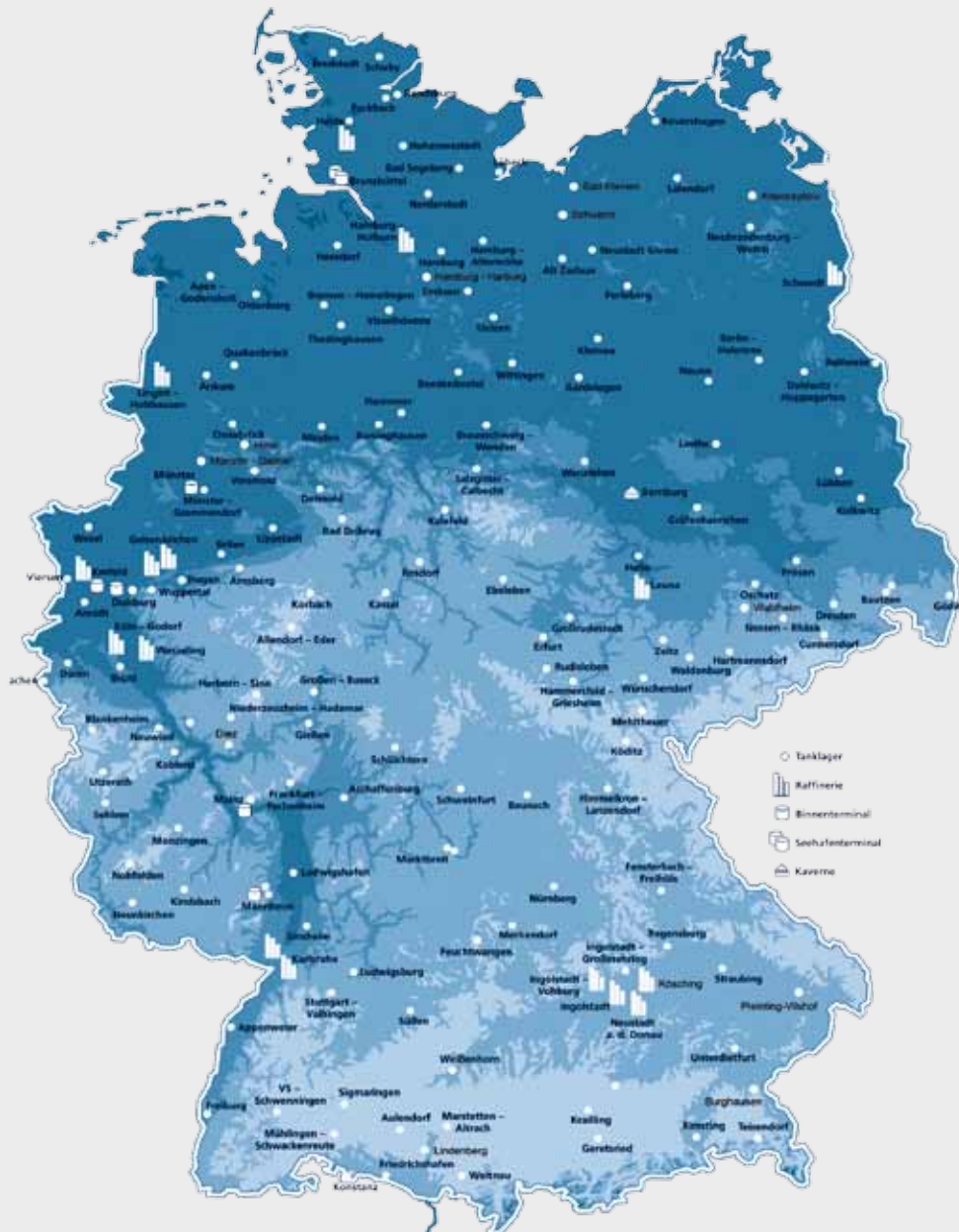




Der deutschen Flüssiggaswirtschaft steht darüber hinaus eine umfangreiche Flotte von Straßentankwagen und Lastkraftwagen zur Verfügung, mit denen die Logistik für eine zuverlässige Versorgung der Tankgasendverbraucher, Flaschengas-Vertriebsstellen sowie Autogas-Tankstellen gewährleistet ist.

6,5 Millionen im Umlauf befindliche Flüssiggas-Flaschen unterstreichen den Stellenwert der mobilen Energie für gewerbliche Einsätze – etwa im Straßenbau – sowie für Camping- und andere Freizeitwecke.

Überblick





Flüssiggas

Flüssiggas (LPG) ist ein Kohlenwasserstoff, der aus Propan, Butan und deren Gemischen besteht. Es verflüssigt unter relativ geringem Druck und nimmt dann etwa 1/260 seines gasförmigen Volumens ein. Flüssiggas ist eine versorgungssichere, lagerfähige Energie mit hohem Heizwert. Es ist transportabel und deshalb an jedem Ort einsetzbar. Aufgrund seiner chemischen und physikalischen Eigenschaften ist Flüssiggas auch eine umweltschonende Energie, die weder giftig noch in Wasser löslich ist. Daher ist es besonders zur Energieversorgung in Landschaftsschutz- und Wasserschutzgebieten sowie abseits gelegener Verbrauchseinheiten geeignet. Flüssiggas hat einen hohen Reinheitsgrad und verbrennt ohne Ruß und schädliche Rückstände. Es handelt sich um ein hochwertiges Produkt, dessen Qualitätsanforderungen in der DIN 51622 festgelegt sind.

Der Flüssiggas-Bedarf in Europa wird zu etwa 60 Prozent aus natürlichen Quellen bei der Erdgas- und Rohölförderung, maßgeblich auch durch Förderung in der Nordsee, gedeckt. Der übrige Anteil wird in inländischen Raffinerien gewonnen. Er entsteht bei einer effizienten Rohölverarbeitung im Rahmen der Koppelproduktion. Aufgrund der Aktivitäten der Flüssiggas-Wirtschaft werden diese Gase energiewirtschaftlich sinnvoll genutzt und nicht wie früher einfach abgefackelt. Die Verfügbarkeit von Flüssiggas steigt weltweit an. Der Trend zu mehr verflüssigtem Erdgas (LNG) steigert zudem die Verfügbarkeit von LPG, da Flüssiggas bei den Verarbeitungsprozessen von LNG anfällt. Daraus resultiert eine hohe Versorgungssicherheit für die Zukunft.

Flüssiggas ist dank seiner produktspezifischen Eigenschaften eine umweltschonende, mobile, gut speicherbare und wirtschaftliche Energie, die die Erfordernisse, die Verbraucher, Energiepolitik und Umweltschutz stellen, erfüllt.

Durch seine Anwendungsvielfalt ist Flüssiggas eine Ergänzung und Alternative zu den übrigen Energieträgern. Das Spektrum der Anwendungsmöglichkeiten reicht von der Energieversorgung von Haushalten, Gewerbe, Gastronomie und Landwirtschaft sowie dem Einsatz als mobile Energie im Freizeitbereich über die Verwendung als Kraftstoff und als industrielle Prozesswärme bis zum Rohstoff für die chemische Weiterverarbeitung. Ein Charakteristikum von Flüssiggas ist dabei die durch moderne Anlagentechnik gewährleistete Energieeffizienz.

Auch zur Abdeckung des Spitzenbedarfs in der Erdgaswirtschaft und zur Energieerzeugung wird Flüssiggas eingesetzt. Einen wichtigen Beitrag leistet Flüssiggas in der Qualitätsverbesserung von Biogas. Um den in der Erdgasnetzversorgung vorgeschriebenen Methangehalt und Brennwert zu erzielen, bedarf es in der Regel einer Konditionierung von Biogas. Stand der Technik zum Erreichen der Netzqualität sind dabei Biogaskonditionierungen mit Flüssiggas (Propan/Butan-Gemisch).



Der Flüssiggas-Gesamtabsatz

Der Gesamtabsatz an Flüssiggas stieg im Jahr 2012 nach der aktuellen Statistik des Mineralölwirtschaftsverbandes e. V. im Inland um 3,8 Prozent auf 3.112 Tausend Tonnen.

Dieser positive Trend setzt sich in nahezu allen Absatzbereichen fort. Nur im Bereich der Industrie musste ein Minus von 3,3 Prozent verzeichnet werden. Stabilisiert hat sich dagegen der Flüssiggas-Verbrauch zur Energieversorgung – der Absatz stieg nach einem starken Rückgang in 2011 wieder moderat um 0,4 Prozent auf 1.695 Tausend Tonnen.

Die chemische Industrie konnte 2012 ein leichtes Wachstum verzeichnen. Das spiegelt sich im Flüssiggas-Absatz zur Weiterverarbeitung in der chemischen Industrie wider: dieser Absatz stieg um 8,3 Prozent auf 1.417 Tausend Tonnen.

Schon 2010 hatte Butan erstmals einen höheren Anteil am Inlandsabsatz als Propan, dieser Vorsprung erhöhte sich im vergangenen Jahr erneut und stieg auf 55,9 Prozent bzw. 1.741 Tausend Tonnen. Gründe für den gestiegenen Butan-Absatz sind der erhöhte Rohstoffeinsatz für die chemische Weiterverarbeitung und der Einsatz im Autogas-Sektor.

Propan, das vor allem im Wärmemarkt, Haushalt, Gewerbe, in der Landwirtschaft und im Freizeitsektor eingesetzt wird, lag in etwa auf Vorjahresniveau bei 1.371 Tausend Tonnen. Damit sank der Anteil am Inlandsabsatz auf 44,1 Prozent.

Entwicklung des Gesamt-Flüssiggas-Absatzes in der Bundesrepublik Deutschland (in Tonnen)

		2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2012 zu 2011 in %
Flüssiggas- Versorgungsunternehmen einschl. Treibgas	Propan	1.378.774	1.363.970	1.374.053	1.199.263	1.230.435	2,6
	Butan	277.284	353.564	494.421	459.127	435.041	-5,2
	Gesamt	1.656.058	1.717.534	1.868.474	1.658.390	1.665.476	0,4
Industrie	Propan	39.294	62.786	7.335	12.800	8.906	-30,4
	Butan	6.200	42.058	16.649	17.946	20.814	16,0
	Gesamt	45.494	104.844	23.984	30.746	29.720	-3,3
Inlandsverbrauch zur Energieversorgung	Propan	1.418.068	1.426.756	1.381.388	1.212.063	1.239.341	2,3
	Butan	283.484	395.622	511.070	477.073	455.855	-4,4
	Gesamt	1.701.552	1.822.378	1.892.458	1.689.136	1.695.196	0,4
Inlandsverbrauch als Rohstoff für die chem. Weiterverarbgt.	Propan	106.551	134.600	134.137	158.296	131.813	-16,7
	Butan	1.065.463	1.027.576	1.180.871	1.150.172	1.284.910	11,7
	Gesamt	1.172.014	1.162.176	1.315.008	1.308.468	1.416.723	8,3
Inlandsabsatz	Propan	1.524.619	1.561.356	1.515.525	1.370.359	1.371.154	0,1
	Butan	1.348.947	1.423.198	1.691.941	1.627.245	1.740.765	7,0
	Gesamt	2.873.566	2.984.554	3.207.466	2.997.604	3.111.919	3,8
Exporte	Gesamt	556.729	412.475	254.410	273.197	307.153	12,4
Total	Gesamt	3.430.295	3.397.029	3.461.876	3.270.801	3.419.072	4,5

Quelle: Mineralölwirtschaftsverband e. V.



Absatz der DVFG-Mitgliedsfirmen

Der Absatz der 44 dem Verband angehörenden Flüssiggas-Versorgungsunternehmen liegt leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Die kühle Witterung in einigen Monaten der ersten Jahreshälfte konnte den durch die immer noch gedämpfte Konjunktur und die verbrauchsdämpfenden Faktoren der steigenden Energieeffizienz bedingten Rückgang nicht ganz ausgleichen. Der Inlandsabsatz der DVFG-Mitglieder sank 2012 um 0,5 Prozent auf 1.317 Tausend Tonnen. Der Anteil der DVFG-Mitgliedsfirmen am vom Mineralölwirtschaftsverband e. V. gemeldeten Inlandsabsatz der Flüssiggas-Versorgungsunternehmen von 1.665 Tausend Tonnen lag damit bei 79,1 Prozent.



Der Tankgas-Absatz folgte dem allgemeinen Trend: er sank um 0,3 Prozent auf 567 Tausend Tonnen. Tankgas bleibt damit das absatzstärkste Segment der DVFG-Mitglieder, gefolgt von den Lieferungen an inländische Großhändler. Diese konnten um 11,5 Prozent auf 250 Tausend Tonnen gesteigert werden.

Durch die Umstrukturierung auf dem Tankstellenmarkt sank der Autogas-Absatz bei den DVFG-Mitgliedsunternehmen um 4,5 Prozent auf 224 Tausend Tonnen. Autogas ist damit, dicht hinter den Lieferungen an inländische Großhändler, drittstärkstes Absatzsegment. Treibgas, das im Wesentlichen bei Flurförderzeugen eingesetzt wird, verzeichnete ein Minus von 4,0 Prozent auf 52 Tausend Tonnen.

Die gebremste Konjunktur machte sich auch bei der Gas- und Stromwirtschaft sowie den Großlieferungen der im DVFG vertretenen Unternehmen an die Chemiebranche bemerkbar. Die Absätze sanken um 13,2 Prozent auf 125 Tausend Tonnen. Der Flaschengasabsatz dagegen konnte sich 2012 stabilisieren. Er verzeichnete ein leichtes Plus von 0,5 Prozent auf 98 Tausend Tonnen. Flaschengas nimmt dabei Platz vier im Absatzvergleich ein.

Flüssiggas-Absatz der DVFG-Mitgliedsunternehmen (in Tonnen)

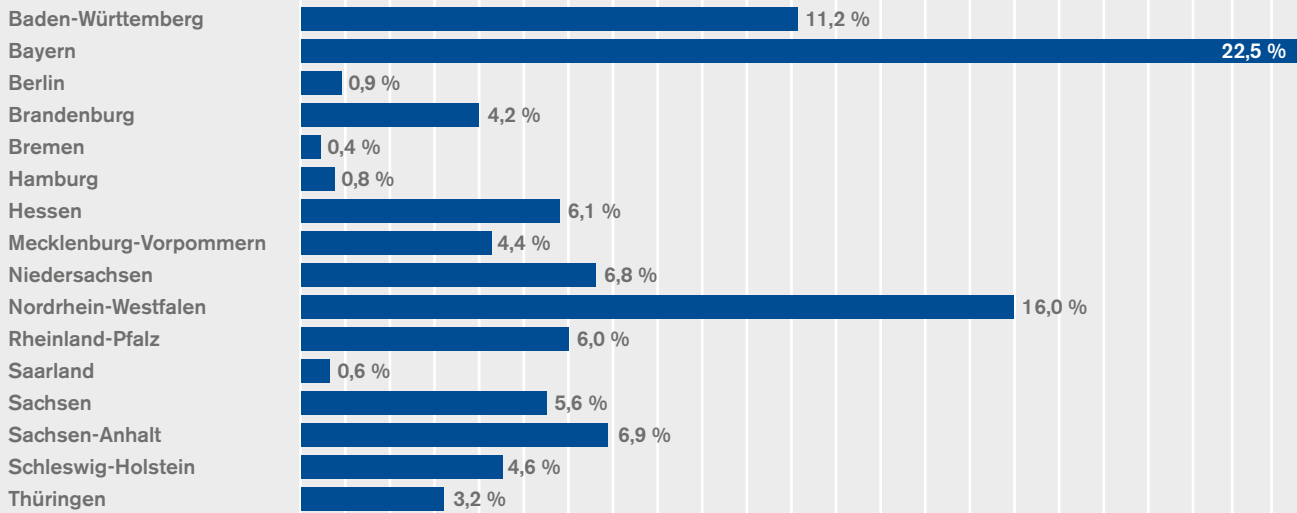
	2011 Gesamt	2012 ABL	2012 NBL	2012 Gesamt	Veränderung 2012 zu 2011 in %
Brenngas in Flaschen	97.921	82.716	15.684	98.399	0,5
Brenngas Tank gesamt	568.482	400.383	166.660	567.043	-0,3
Brenngas Tank (Haushalt)	385.455	263.594	119.427	383.021	-0,6
Brenngas Tank (Industrie)	183.027	136.790	47.233	184.022	0,5
Zwischensumme Brenngas	666.403	483.099	182.344	665.442	-0,1
Treibgas gesamt	54.666	44.956	7.512	52.468	-4,0
Treibgas in Flaschen	25.490	20.546	3.290	23.835	-6,5
Treibgas in Tanks	29.176	24.410	4.223	28.633	-1,9
Autogas	234.216	188.476	35.213	223.689	-4,5
Summe (Brenn-, Treib- und Autogas)	955.285	716.530	225.069	941.599	-1,4
Industrieabsatz inkl. Großlieferungen Chemie	143.866	62.994	61.885	124.879	-13,2
Lieferung an inländische Großhändler	224.501	205.646	44.693	250.339	11,5
Inlandsabsatz DVFG	1.323.652	985.170	331.647	1.316.817	-0,5
Export	21.305	19.488	1.217	20.705	-2,8
Total	1.344.957	1.004.658	332.864	1.337.522	-0,6

2012: vorläufige Werte; ABL: alte Bundesländer; NBL: neue Bundesländer



Absatz der DVFG-Mitgliedsunternehmen nach Bundesländern

Flüssiggas-Absatz nach Bundesländern



Flüssiggas-Absatz nach Bundesländern (in Tonnen)

Bundesland	Flaschengas	Tankgas	Treibgas	Autogas	Sonstiges ⁽¹⁾	Gesamt	Anteil in %
Baden-Württemberg	15.619	60.524	7.515	24.565	39.425	147.648	11,2
Bayern	18.349	94.657	9.605	32.028	141.001	295.640	22,5
Berlin	2.140	3.678	425	5.405	434	12.082	0,9
Brandenburg	1.758	24.477	631	6.077	21.751	54.694	4,2
Bremen	574	1.723	243	2.272	1	4.813	0,4
Hamburg	2.477	1.556	776	4.136	1.597	10.542	0,8
Hessen	7.045	47.763	2.542	20.284	2.310	79.944	6,1
Mecklenburg-Vorpommern	1.991	40.316	1.004	5.802	8.437	57.550	4,4
Niedersachsen	8.681	45.121	4.273	24.975	6.284	89.334	6,8
Nordrhein-Westfalen	17.476	79.172	13.117	51.351	48.919	210.035	16,0
Rheinland-Pfalz	5.781	36.220	3.233	12.172	21.385	78.791	6,0
Saarland	1.421	3.148	607	2.973	268	8.417	0,6
Sachsen	4.084	40.433	1.887	5.278	21.642	73.324	5,6
Sachsen-Anhalt	2.484	31.422	2.035	8.075	47.309	91.325	6,9
Schleswig-Holstein	5.300	30.498	3.037	13.757	7.452	60.044	4,6
Thüringen	3.219	26.336	1.538	4.539	7.003	42.635	3,2
Summe	98.399	567.043	52.468	223.689	375.218	1.316.817	100,0

(1) Industrieabsatz/Großlieferungen an Chemie/Gas-/Stromversorgung, Lieferung an inländische Großhändler



Vertragsfreiheit und Kartellrecht

Der DVFG und die im Verband zusammengeschlossenen Versorgungsunternehmen beobachten aufmerksam das nunmehr seit fast acht Jahren und über 130 Verhandlungstagen vor dem OLG Düsseldorf andauernde Verfahren des Bundeskartellamts gegen einige Flüssiggas-Unternehmen. Ein Urteil ist noch nicht ergangen. (Stand 02.04.2013)

Dieses mittlerweile längste Kartellverfahren der deutschen Rechtsgeschichte reiht sich mit den extremen Bußgeldbescheiden und seinen marktregulierenden Intentionen in eine Vielzahl anderer Aktivitäten des Bundeskartellamts gegen unterschiedliche Branchen ein. Gegen diese Praxis regt sich in der Wirtschaft und bei den die Arbeit des Kartellamts beobachtenden Fachleuten zunehmend Kritik und Widerstand. Dem Kartellamt wird vorgeworfen, wirtschaftliche Sachverhalte nicht ausreichend zu würdigen oder unzutreffend zu interpretieren. Statt dem Verbraucher zusätzliche Freiheiten zu ermöglichen, werden diese Freiheiten beschränkt, da das Kartellamt zu bestimmen versucht, was gut und was schlecht für den Verbraucher ist. Dieses Risiko besteht auch in dem Flüssiggas-Verfahren.

Während des Verfahrens sind vom Bundeskartellamt Thesen entwickelt worden, welche die Realität des Marktgeschehens nicht richtig abbilden, was durch unabhängige, renommierte Sachverständige gutachterlich bestätigt wird. Die wirtschaftliche Dimension der Versorgungsunternehmen, die Lager unterhalten, eine umfassende Logistik zur Sicherung einer bundesweiten Liefergarantie betreiben, erheblich in die Sicherheit und in den Aufbau des Marktes investieren und damit die Infrastruktur einer funktionierenden Energieversorgung gewährleisten, wird zum Teil ignoriert. Auch die auf einer ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs basierende Wahlfreiheit der Verbraucher zwischen eigenen Tanks und angemieteten Tanks stellt das Bundeskartellamt, obwohl rund 80 Prozent der Kunden das Mietmodell wünschen, grundsätzlich in Frage.

Dieses Kartellverfahren hat Relevanz für die gesamte Branche. Flüssiggas ist eine Nischenenergie und nimmt im Energiemarkt einen Anteil von etwa 1 Prozent ein. Die Branche ist mittelständisch geprägt und zeichnet sich durch einen intensiven Wettbewerb aus. Dennoch hat das Bundeskartellamt mit rund 250 Millionen Euro in Summe das bis dahin zweithöchste Bußgeld in der Geschichte des Deutschen Kartellrechts verhängt. Der DVFG sieht mit Besorgnis die Gefahr, dass hier wirtschaftlich und unternehmerisch der funktionierende Wettbewerb im Markt gefährdet werden könnte. Sollte sich das Kartellamt mit praxisfernen Vorstellungen durchsetzen und erzwingen, die Wahlfreiheit des Geschäftsmodells zwischen Anbieter und Kunden aufgeben zu müssen, würde das Angebot der Vermietung von Tanks vom Markt verschwinden. Dies würde zu einem erheblichen Verlust an Liefersicherheit, technischer Sicherheit der Anlagen durch kompetente Überwachung und an Serviceleistungen für die Verbraucher führen. Der DVFG setzt sich dafür ein, dass das Prinzip der Vertragsfreiheit und das Recht am Eigentum als Grundlage für das wirtschaftliche Handeln seiner Mitglieder und auch der Flüssiggas-Verbraucher erhalten bleiben.



Autogas ist tragende Säule der Energiewende im Verkehr

„Autogas kann am besten, am kostengünstigsten und am effizientesten CO₂ reduzieren,“ erklärte der europaweit anerkannte Automobilexperte Prof. Dr. Ferdinand Dudenhöffer von der Universität Duisburg-Essen bei der Herbstarbeitstagung des DVFG. In seinem Vortrag zum Thema „Gasantriebe als dritte Kraftstoffart“ wies er ausdrücklich darauf hin, dass die im Energiekonzept der Bundesregierung geforderte Senkung des CO₂-Ausstoßes schon heute umfassend und weitgehend kostenneutral mit dem Alternativkraftstoff Autogas realisiert werden könne. Schon allein deshalb müsse Autogas auch künftig zu den tragenden Säulen der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie zählen, die vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung auf den Weg gebracht wurde. Die Evaluation der Möglichkeiten, den Stellenwert von Autogas im Energiemix der Zukunft hinreichend zu berücksichtigen, war auch Hauptthema der DVFG-Tagung.

Die amtlichen Zahlen des Kraftfahrt-Bundesamtes bestätigen die führende Rolle von Autogas unter den Alternativkraftstoffen: Der Flensburger Behörde zufolge waren am 1. Januar 2013 insgesamt 43.431.124 Millionen Pkw zugelassen, 494.777 nutzten Autogas als Kraftstoff, 76.284 Erdgas, 7.114 fuhren rein elektrisch. Mit Benzin- oder Dieselmotoren und einem zusätzlichen E-Antrieb (Hybrid) wurden 64.995 Fahrzeuge zugelassen.

Noch aussagekräftiger wird die Statistik, wenn man die Entwicklung im Jahr 2012 nach den unterschiedlichen Kraftstoffarten prozentual betrachtet. Während der Anteil der Benzinfahrzeuge um 0,8 Prozent am Gesamtaufkommen sank, konnten sich Diesel betriebene Pkw insgesamt um 5,8 Prozent verbessern. Den größten Zuwachs mit 8,4 Prozent verzeichneten Autogas-Fahrzeuge, während Erdgasfahrzeuge lediglich um 1,9 Prozent zulegten. Die höchste Steigerungsrate von über 56 Prozent ließ sich bei den Elektrofahrzeugen feststellen, allerdings auf niedrigem Niveau: Die Anzahl der E-Cars stieg von 4.541 zugelassenen Fahrzeugen Anfang 2012 auf 7.114 Fahrzeuge zum 1. Januar des Folgejahres.

Drückt man den Trend, bezogen auf die alternativen Energieträger in Zahlen aus, wird die kontinuierlich steigende Marktakzeptanz des Kraftstoffes Autogas im Vergleich zu den restlichen alternativen Energien noch deutlicher: 38.525 Autogas-Fahrzeuge wurden 2013 zusätzlich vom KBA registriert, das heißt, pro Monat erhöht sich der Bestand an LPG betriebenen Fahrzeugen durchschnittlich um 3.210 Fahrzeuge. Dem gegenüber wächst der Bestand an Fahrzeugen mit anderen alternativen Energieträgern (Erdgas, Elektro) nur um insgesamt 334 Einheiten pro Monat.

Auf die in der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie geforderte Reduktion der Emissionen wirkt sich die steigende Nutzung von Autogas insgesamt positiv aus. Gemäß der Verordnung über Verbraucherinformationen zu Kraftstoffverbrauch, CO₂-Emissionen und Stromverbrauch neuer Personenkraftwagen, die die Auszeichnung von Pkw mit einem sogenannten Effizienzlabel verlangt, um Verbraucher bei der Kaufentscheidung möglichst umweltfreundlicher Fahrzeuge zu unterstützen, werden Autogas-Fahrzeuge mindestens eine, im Regelfall sogar bis zu zwei Stufen besser eingestuft als das benzinbetriebene Basismodell.



Ausgehend von der Tatsache, dass aufgrund des vorhandenen Bestandes an Autogas-Fahrzeugen für das Jahr 2011 eine Einsparung von 300.000 Tonnen des Klimagases Kohlendioxid ermittelt wurde, kann man aufgrund des signifikanten Anstiegs der Anzahl der Autogas-Fahrzeuge im Jahr 2012 mit einem Einsparpotenzial von insgesamt 325.000 Tonnen rechnen. Oder, um es mit Prof. Dr. Ferdinand Dudenhöffer in seiner eingangs bereits erwähnten Rede auf den Punkt zu bringen: „Mit Autogas kann man quasi über Nacht Kosten und CO₂ reduzieren.“

Einen wesentlichen Anteil am Erreichen dieser marktbeherrschenden Stellung von Autogas unter den alternativen Energieträgern haben letztlich die vielen mittelständischen Unternehmen aus der Branche der Flüssiggas-Versorger, die maßgeblich am Aufbau der deutschlandweit flächendeckenden Infrastruktur an Autogas-Tankstellen beteiligt waren.

6.593 Autogas-Tankstellen, davon 130 direkt an den standorttechnisch wichtigen Bundesautobahnen, versorgen aktuell (Stand 02.04.2013) mehr als hochgerechnet 500.000 Autogas-Fahrer mit dem klimafreundlichen und kostengünstigen Alternativkraftstoff. Um es einfacher auszudrücken: Fast jede zweite Tankstelle führt mittlerweile Autogas, ein Umstand, der offensichtlich zur starken Verbreitung LPG-betriebener Fahrzeuge deutschlandweit entscheidend beitrug. Insgesamt steigerte sich der Absatz von Autogas auf 513.000 Tonnen im Jahr 2011 zu 502.749 Tonnen im Jahr 2010.

Blickt man auf die europäischen Nachbarländer, bzw. Länder, in denen Autogas ebenso stark oder noch stärker verbreitet ist als in Deutschland, zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. In Polen stieg die Zahl der mit Autogas betriebenen Fahrzeuge um 138.000 Einheiten im Jahr 2012 auf nunmehr 2.615.000 Fahrzeuge. Insgesamt sind in Polen Ende 2012 circa 18,5 Millionen Fahrzeuge zugelassen. Ein ähnliches Bild präsentiert sich in Italien: Dort sind Anfang 2012 insgesamt 37,5 Millionen Pkw registriert. Autogas stellt den Löwenanteil der zugelassenen Fahrzeuge mit alternativen Antrieben mit circa 5 Prozent oder 1,9 Millionen Einheiten, während der Anteil der Erdgasfahrzeuge bei 2 Prozent oder 0,7 Millionen Fahrzeugen liegt. In den Niederlanden verfügt Autogas mit 209.117 Fahrzeugen über einen Anteil von 2,6 Prozent an den insgesamt zugelassenen Pkw. Erdgas als Kraftstoff spielt in den Niederlanden keine Rolle.

Wenn es Klarheit über die Verlängerung der Steuerermäßigung gibt, dürfte sich im Jahr 2013 die positive Entwicklung nach ersten Einschätzungen für den Alternativkraftstoff Autogas deutschlandweit und sogar europaweit fortsetzen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: einfache, kostengünstige Umrüstungen von Bestandsfahrzeugen und Ausstattungen durch Automobilhersteller, sorgen für nachhaltiges Wachstum im Autogas-Segment. Begünstigt wird dieser Trend durch eine flächendeckende Verfügbarkeit von Autogas. Verbraucher haben mittlerweile erkannt, dass sie bei der Nutzung des Alternativkraftstoffs Autogas keinerlei Nachteile beim Tanken in Kauf nehmen müssen.

Damit schließt sich der Kreis zum Vortrag des Automobilexperten, Prof. Dr. Ferdinand Dudenhöffer, die aktuellen Zahlen bestätigen seine Markteinschätzung. Autogas hat sich als traditioneller Kraftstoff längst etabliert und ist im Gegensatz zu anderen Energieträgern keinen kurzfristigen Trends unterworfen. Ständige europaweite Zuwachsraten bei den Nutzern sprechen eine eindeutige Sprache und mit jedem neuen Fahrzeug, das auf den europäischen Straßen unterwegs ist, sinkt die Klimabelastung. Und es hat einen entscheidenden Vorteil: Im Gegensatz zu anderen alternativen Energie-





trägern ist eine Infrastruktur in Form von Autogas-Tankstellen geschaffen, das Bewusstsein der Endkunden für den umweltfreundlichen Alternativkraftstoff geschärft. Außerdem verfügt die Mehrzahl der Automobilhersteller über einen umfangreichen Erfahrungsschatz im Autogas-Segment, der unmittelbar in die Serienfertigung einfließen kann.

Die technische Weiterentwicklung der Hardware, sprich Autogas-Anlagen, hat mit dem Trend zum Downsizing und Turboaufladung moderner Motoren Schritt gehalten, so dass auch künftige Abgasnormen (Euro 6) im Gasbetrieb problemlos erfüllt werden. Durch den Einsatz dieser zukunftsweisenden Technologie ließe sich sogar der problematische, nach Feststellung der WHO hochgradig gesundheitsgefährdende Partikelaustritt der neuen Generation von direkt einspritzenden Ottomotoren entscheidend reduzieren.

Um die Vorteile des Alternativkraftstoffs Autogas auch in Hinblick auf die damit verbundene Emissionsreduzierung umfassend zu nutzen, bedarf es jedoch einer zeitnahen Anpassung der entsprechenden Rahmenbedingungen. Im Hinblick auf die Entwicklungszyklen der Automobilindustrie sollten bereits jetzt eindeutige Signale bezüglich der Verlängerung der Energie-Steuerermäßigung über 2018 hinaus gesetzt werden, um allen Akteuren ein Mindestmaß an Planungssicherheit zu garantieren. Dazu zählt auch eine steuerliche Gleichbehandlung aller Gasantriebe, sowohl CNG als auch LPG, damit systemimmanente Vorteile der einen Antriebsart nicht ausgebremst und zu Lasten der Umwelt letztlich reduziert werden. Das gilt umso mehr, als bei einer realistischen Well-to-Wheel-Betrachtung für alle Gasantriebsarten keine signifikanten umweltrelevanten Unterschiede zwischen CNG und LPG feststellbar sind. Das nachhaltige Vertrauen der Verbraucher zu umweltfreundlichen Kraftstoffen verlangt eindeutige Signale aus den Reihen der Politik, damit sich Dissonanzen wie beim Biodiesel oder der Einführung des neuen Kraftstoffs E 10 nicht wiederholen.

Eine Verbesserung der Marktsituation für alternative Antriebe, insbesondere LPG, ließe sich auch für die öffentliche Hand mit erheblichen Kostenvorteilen dadurch schaffen, wenn vermehrt öffentliche Flotten dem Beispiel des Regierungspräsidenten von Kassel folgen würden und ihre Fuhrparks sukzessive auf Autogas umrüsten. Das reduziert nicht nur die Kosten der jeweiligen Fuhrparkbetreiber, sondern schont gleichzeitig die Umwelt und zeigt nach außen hin deutlich sichtbar die Bereitschaft auf, dass auch die Administration ihren Teil zum Umweltschutz beizutragen gewillt ist.

Letztendlich bleibt festzustellen, dass der große Hoffnungsträger Elektromobilität gescheitert sein dürfte. Das ehrgeizige Ziel, bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straße zu bringen, würde bedeuten, dass jährlich 140.000 Fahrzeuge mit diesem Antriebskonzept zugelassen werden müssten. Tatsächlich fanden 2012 aber nur 2.573 Elektrofahrzeuge in Deutschland einen Käufer. Die Automobilhersteller haben die Entwicklung auf dem Markt der Elektromobilität längst erkannt, Toyota hat sich aus Herstellung und Entwicklung von E-Fahrzeugen zurückgezogen, alle internationalen Automobilmessen einschließlich des Genfer Auto-Salons 2013 verzichteten sogar auf die bisher üblichen Sonderschauen zur E-Mobilität. Was bleibt, ist zeitlos attraktives Autogas, mit dem sich die anstehenden Klimaziele ohne größeren Investitionsaufwand erreichen lassen. Diese Meinung deckt sich auch mit der Forderung der EU Expert Group on Future Fuels, die den Anteil Autogas betriebener Fahrzeuge 2020 bei EU-weit zehn Prozent sehen möchte. Ein Ziel, dessen Realisation weitaus praxisnaher erscheint als das Festhalten an anderen, weniger ausgereiften Energieträgern, denen es an einer entsprechenden Infrastruktur mangelt.



Baugenehmigungen und Heizungsmarkt als Konjunkturbarometer

Wo gebaut wird, wird Heizenergie benötigt. Die jährlichen Zahlen zu genehmigten Gebäuden sowie die Verkaufszahlen auf dem Markt für Wärmeerzeuger sind daher ein wichtiges Konjunkturbarometer für die Nachfrageentwicklung beim Energieträger Flüssiggas.

Baugenehmigungen auf niedrigerem Niveau

Im Berichtsjahr wurden in Deutschland 239.500 Baugenehmigungen für Wohn- und Nichtwohngebäude erteilt. Laut Statistischem Bundesamt waren das 4,8 Prozent oder 11.100 Baumaßnahmen mehr als im Vorjahr. Der in 2010 begonnene Aufwärtstrend setzte sich damit fort, wobei das Tempo nach dem Boom in 2011 (+ 21,7 Prozent) nun deutlich gemächlicher verlief.

Eine Zunahme (+ 5,5 Prozent gegenüber 2011) konnte auch bei den neu errichteten Wohngebäuden verzeichnet werden: 211.200 wurden im Gesamtjahr 2012 genehmigt. Mit einem deutlichen Plus von 13,3 Prozent stieg die Zahl der Baugenehmigungen von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Der Zuwachs der Genehmigungen für Zweifamilienhäuser fiel mit 3,6 Prozent erheblich niedriger aus.

In den deutschen Ballungsräumen werden Wohnungs- und Hausangebote schon seit Jahren immer knapper und vor allem teurer. Im Gegensatz zu ländlichen Regionen hinkt der Wohnungsbau dort deutlich hinter den Bedarfslinien her. Ausgelöst durch die Finanzkrise änderte sich die Bewertung von Renditemöglichkeiten im Wohnungsbau im Vergleich zu anderen, nun als unsicher eingestuften Anlagemöglichkeiten. Dadurch haben Wohnimmobilien sowohl für professionelle Anbieter als auch für Selbstnutzer an Attraktivität gewonnen. Zudem waren die Rahmenbedingungen für Wohneigentumserwerb aufgrund des historisch niedrigen Zinsniveaus so günstig wie selten. Dies führte unter anderem zu einer steigenden Zahl von Neubauten von Mehrfamilienhäusern.

Die Genehmigungen für den Bau von Einfamilienhäusern hingegen sanken in 2012 sogar um 5,8 Prozent auf 88.500. Dieses Minus gegenüber dem Plus von 19,6 Prozent im Vorjahr signalisiert eine Investitionszurückhaltung der Verbraucher, die sich auch in der Entwicklung von Baugenehmigungen für Eigentumswohnungen wiederfindet: Im Vergleich zum Vorjahr (+ 42,4 Prozent in 2011) lassen die statistischen Daten des Jahresverlaufs 2012 erkennen, dass sich die Wachstumsdynamik mit einem Zuwachs um 16,9 Prozent deutlich verlangsamt hat.

Auch bei der Bereitschaft der Hausbesitzer zu Sanierungs- oder Modernisierungsmaßnahmen spiegelt sich diese Entwicklung wider: Mit 21.400 genehmigten Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden verzeichnet dieser Bereich zwar ein Plus von 3,4 Prozent, im Vorjahr betrug der Zuwachs jedoch noch 18,7 Prozent.

Im Bereich der genehmigten neuen Nichtwohngebäude – dazu gehören zum Beispiel Büro-, Verwaltungs- oder Fabrikgebäude – sank der umbaute Raum in 2012 gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Prozent auf 209,2 Millionen Kubikmeter. Für dieses Minus sind – wenn auch zu ungleichen Teilen – die





Öffentlichen Bauherren (-7,5 Prozent) und die Nichtöffentlichen Bauherren (-1,6 Prozent) verantwortlich. Diese Planungs- und Antragszurückhaltung wirkt sich auf fast alle Gebäudearten aus, lediglich Hotels und Gaststätten (+13,6 Prozent) sowie Büro- und Verwaltungsgebäude (+3,5 Prozent) konnten einen Zuwachs bei den Genehmigungen vorweisen.

Schleichendes Modernisierungstempo im Heiztechnikmarkt

Es gibt mehrere Gewissheiten in puncto Heizen: Die Temperaturen fallen zuverlässig im Winter, die Energiekosten steigen seit Jahren und spätestens am Ende der Heizperiode gibt es deswegen für viele Verbraucher ein böses Erwachen. Letzteres liegt auch an völlig ineffizienter, veralteter Heiztechnik in den Kellern. Allerdings ziehen bisher noch zu wenige Verbraucher daraus ihre Konsequenzen: Nur drei Prozent der Hauseigentümer haben laut Zentralverband Sanitär, Heizung, Klima (ZVSHK) in 2012 ihre veraltete Heizungsanlage ausgetauscht. Die seit Jahren von der Politik angestrebte Verdopplung der Sanierungsquote auf sechs Prozent bleibt damit bisher Wunschdenken.

Hier liegt vorhandenes Potenzial in einem Bereich brach, in dem schnell und nachhaltig Effizienzerfolge erzielt werden könnten. Immerhin entfallen rund 41 Prozent des deutschen Energieverbrauchs auf Gebäude, davon allein 85 Prozent auf das Heizen und die Warmwasseraufbereitung. Doch die Absatzzahlen für moderne Wärmeerzeuger stiegen in Deutschland von 629.000 im Vorjahr auf 650.500 Stück in 2012 – um die Ziele der Bundesregierung im Bereich erneuerbarer Wärme zu erreichen, wäre jedoch die Erneuerung von jährlich rund einer Million Heizungsanlagen nötig.

Neben der Finanzkrise und der dadurch ausgelösten Konsumzurückhaltung hatten hier auch die unkoordinierten politischen Förder- und Anreizsysteme eine bremsende Wirkung: Immobilienbesitzer und Bauherren brauchen verlässliche Entscheidungen und vor allem Planungssicherheit. Dass diese in 2012 nicht ausreichend vorhanden war, zeigen auch die gesunkenen Genehmigungszahlen für Neubauten.

Baugenehmigungen von Wohnungen nach Gebäudearten

Gebäudeart	Genehmigte Wohnungen			
	Jahr ⁽¹⁾		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2011	2012	absolut	in %
Wohn- und Nichtwohngebäude (alle Baumaßnahmen)	228.395	239.465	11.070	4,8
Neu errichtete Gebäude	204.783	215.053	10.270	5,0
darunter:				
Wohngebäude	200.130	211.155	11.025	5,5
mit 1 Wohnung	93.952	88.476	- 5.476	- 5,8
mit 2 Wohnungen	17.308	17.934	626	3,6
mit 3 oder mehr Wohnungen	84.913	96.177	11.264	13,3
darunter:				
Eigentumswohnungen	49.228	57.548	8.320	16,9
Nichtwohngebäude	4.653	3.898	- 755	- 16,2
Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	23.612	24.412	800	3,4

(1) Aufsummierte Monatsergebnisse von Januar bis Dezember

Quelle: Statistisches Bundesamt



Werden die Förderbedingungen jedoch zu restriktiv formuliert, kann sich die politische Absicht in Sachen Klimaschutz auch als Eigentor erweisen. So geschehen in Baden-Württemberg, wo seit 2010 alle Hausbesitzer von der schwarz-gelben Koalition dazu verpflichtet werden, bei Neuinstallation der Heizungsanlage mindestens zehn Prozent des häuslichen Wärmebedarfs durch erneuerbare Energien zu gewinnen. Bei Zuwiderhandlung drohte den Bürgern ein hohes Bußgeld. Dieser ordnungspolitische Zwang hat in Baden-Württemberg dazu geführt, dass Heizungen entweder gar nicht ausgetauscht oder lediglich repariert wurden – mit der Folge, dass energetische Sanierungen um rund 60 Prozent zurück gingen.

Gas-Brennwerttechnik baute Marktanteil weiter aus

Allen förderpolitischen Widrigkeiten zum Trotz befinden sich Gasheizungen am deutschen Wärmemarkt schon seit Jahren in einem kontinuierlichen Aufwärtstrend: ihr Anteil stieg in 2012 von 73,5 auf rund 75 Prozent. Die technische Entwicklung im Bereich hocheffizienter Gas-Brennwert-Kessel hat dazu beigetragen, dass diese Technik bei Bauherren und Sanierern auch 2012 wieder auf Platz Eins gelandet ist. Mit einem Plus von 8 Prozent stiegen die Verkäufe auf 384.000 Stück. Gas-Niedertemperatur-Kessel werden aufgrund ihres schlechteren Wirkungsgrades immer weniger verbaut, daher wurden nur 107.500 verkauft.

Der Anteil der verkauften Holzpellet-Heizungen und anderer Wärmeerzeuger auf Biomasse-Basis lag lediglich bei 4,5 Prozent. Auf ähnlich niedrigem Niveau pendelten sich die Verkäufe von Wärmepumpen ein, sie stiegen um fünf Prozent auf 59.500 Stück. Mit einem Marktanteil von 9,2 Prozent spielen sie bisher eine eher untergeordnete Rolle, obwohl bei der Verwendung von Umweltwärme in Kombination mit Flüssiggas selbst bei niedrigen Außentemperaturen noch hohe Wirkungsgrade und somit CO₂-Reduktion erzielt werden können.

Umbauter Raum bei genehmigten Neubauten von Nichtwohngebäuden nach Gebäudearten und Bauherren

Gebäudeart	Umbauter Raum (1.000 m ³ Rauminhalt)			
	Jahr ⁽¹⁾		Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	
	2011	2012	absolut	in %
Nichtwohngebäude	213.643	209.224	- 4.419	- 2,1
davon:				
Anstaltsgebäude	5.100	4.692	- 408	- 8,0
Büro- und Verwaltungsgebäude	13.388	13.860	472	3,5
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	39.848	39.034	- 814	- 2,0
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	140.667	137.484	- 3.183	- 2,3
darunter:				
Fabrik- und Werkstattgebäude	45.789	45.003	- 786	- 1,7
Handels- und Lagergebäude	82.954	80.078	- 2.876	- 3,5
Hotels und Gaststätten	2.733	3.104	371	13,6
Sonstige Nichtwohngebäude	14.641	14.154	- 487	- 3,3
davon:				
Öffentliche Bauherren	16.949	15.682	- 1.267	- 7,5
Nichtöffentliche Bauherren	196.694	193.542	- 3.152	- 1,6

(1) Aufsummierte Monatsergebnisse von Januar bis Dezember

Quelle: Statistisches Bundesamt



Stagnation bei erneuerbaren Energien

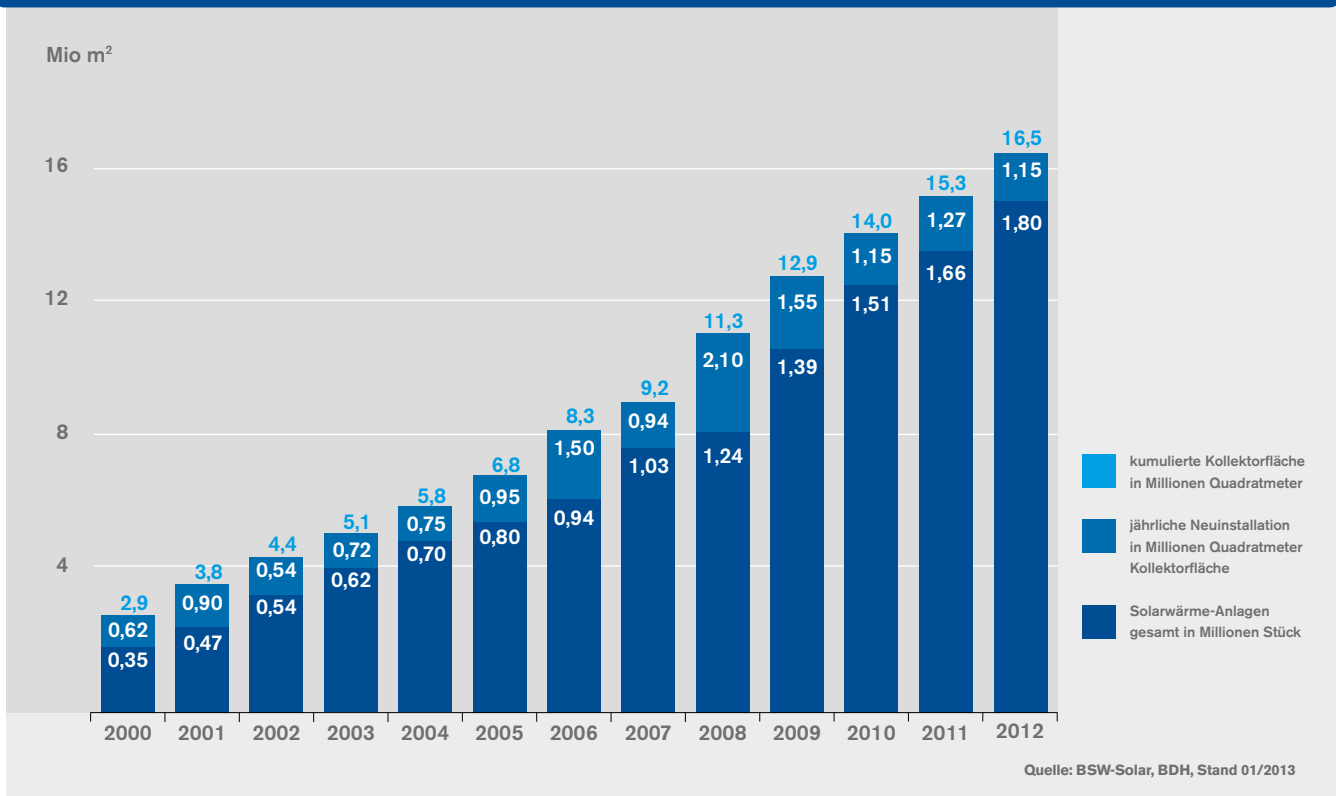
Die erneuerbaren Energien sorgten auch in 2012 für keinen ausreichenden Schub in Richtung Energiewende: Nach Berechnungen des Bundesindustrieverbands Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik e. V. (BDH) wurden im abgelaufenen Jahr nur bei einem knappen Viertel aller Investitionsfälle erneuerbare Energien eingebunden, viel zu wenig, um die Ziele der Energiewende zu erreichen.

Der Anteil der thermischen Solaranlagen musste sogar ein Minus von neun Prozent verbuchen, obwohl im Jahr 2012 rund 1.150.000 m² Bruttokollektorfläche neu installiert wurden. Damit hat der Solarthermie-Markt lediglich das Niveau des Jahres 2010 erreicht und liegt deutlich unter den Rekordwerten des Boom-Jahres 2008.

Gründe für diese schwache Entwicklung bei den erneuerbaren Wärmeerzeugern sind in erster Linie die günstigen Erdgaspreise. Erdgas war – gemessen am Energiegehalt – in 2012 zum ersten Mal günstiger als Heizöl. Damit wird deutlich, dass die Zurückhaltung der Verbraucher bei regenerativen Wärmeerzeugern von mindestens zwei Faktoren abhängt: den Energiekosten und der Förderpolitik.

Bei den Förderkonditionen für Solarwärme gab es in 2012 zumindest einen kleinen Lichtblick: die gewährten Zuschüsse des Bundesamts für Wirtschaft (BAFA) wurden verbessert, so dass die Installation einer Solarheizung inklusive eines neuen Heizkessels mit mindestens 2.000 Euro unterstützt wurden.

Solare Energiewende auch beim Heizen



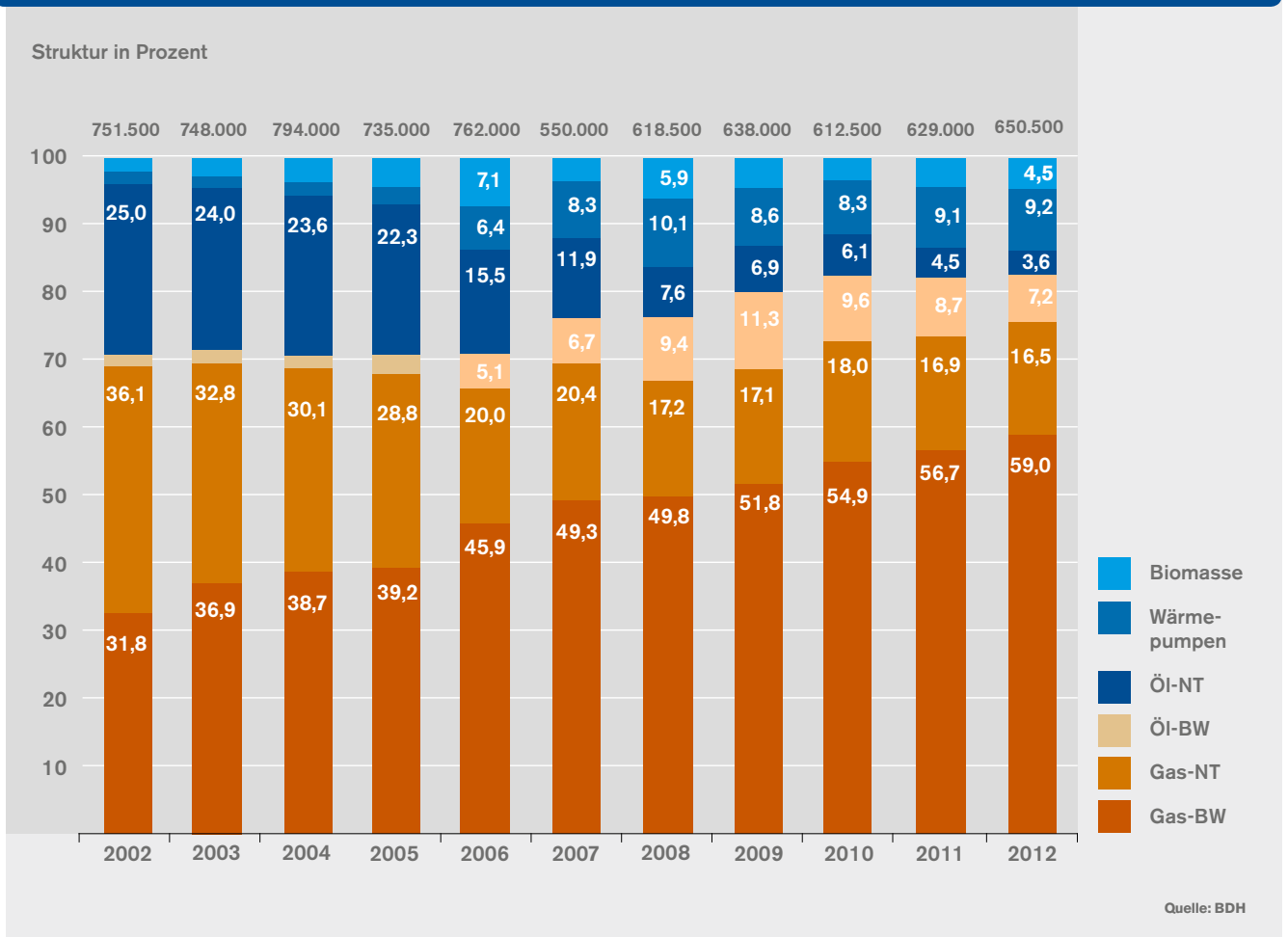


Solarthermische Anlagen können in einem effizienten Heizsystem einen großen Teil der benötigten Wärme liefern und sind zudem mit hocheffizienten Gasheizkesseln kombinierbar. Diese Vorteile haben inzwischen nicht nur umwelt- und preisbewusste Privatverbraucher entdeckt, auch im gewerblichen und industriellen Bereich entwickelt sich zusehends der Markt für solare Prozesswärme.

Förderpolitik hinkt Energiewende-Zielen hinterher

Noch fehlen kontinuierliche und haushaltsunabhängige Förderinstrumente. Die im Rahmen der Energiewende geplante steuerliche Förderung von Maßnahmen der energetischen Gebäudesanierung ist im Dezember 2012 im Vermittlungsausschuss zwischen Bund und Ländern endgültig gescheitert. Damit wurden Haus- und Wohnungseigentümern keine attraktiven steuerlichen Anreize für eine Heizungsmodernisierung geboten und sowohl die energetische Gebäudesanierung als auch die Energiewende ausgebremst. Der DVFG fordert deshalb sinnvolle Anreize durch die Politik, da die Technologien für eine umweltgerechte energieeffiziente Wärmeversorgung schon längst vorhanden sind – es fehlt jedoch an der Umsetzung und deutlichen Impulsen.

Marktentwicklung Wärmeerzeuger 2002-2012





Rainer Scharr übergibt Hanns Richard Hareiner die goldene Ehrennadel



Markus Eder, Mitglied im Vorstand

Jahrestagung 2012

Die DVFG-Jahrestagung fand am 14. und 15. Mai in Berlin statt. Nach der Eröffnung durch Rainer Scharr, der in seiner Rede auf die Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie sowie die Auswirkungen der Energiepolitik der Bundesregierung einging, sprach Oswald Metzger, stellvertretender Bundesvorsitzender der MIT Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, sich in seinem Vortrag für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik in Deutschland aus. Er beleuchtete dabei die Chancen und Risiken der mittelständischen Flüssiggas-Branche im Zeichen der Energiewende. FDP-Generalsekretär Patrick Döring ging in seinem Redebeitrag „Autogas im Kraftstoffmix der Zukunft“ auf das Energiekonzept der Bundesregierung ein. Er betonte, dass die FDP eine technologie- und kraftstoffoffene Diskussion für die Mobilität der Zukunft forciert.

Bei der Tagung beschäftigten sich die Teilnehmer neben wirtschaftspolitischen Themen auch mit unterschiedlichen Facetten des Marketing. Einen unterhaltsamen wie auch aufschlussreichen Vortrag präsentierte Prof. Dr. Claudius A. Schmitz, Professor für Handel und Vertrieb an der Fachhochschule in Gelsenkirchen, der gleichzeitig auch Unternehmensberater ist. Er referierte zu aktuellen Konsumententrends sowie derzeitigem Konsumverhalten und zeigte die dafür geeigneten Kommunikationsstrategien auf.

Im Umfeld der öffentlichen Tagung fanden auch verschiedene Gremiensitzungen wie die Mitgliederversammlung des DVFG statt. Diese Versammlung ist das höchste Gremium des Verbands und wählte im Berichtsjahr unter anderem Markus Eder, Geschäftsführer der Tyczka Totalgaz GmbH, neu in den Vorstand und bestätigte Rainer Scharr in seinem Amt als Vorstandsvorsitzenden. Robert Schneiderbanger trug den Rechenschaftsbericht und den Jahresabschluss 2011 sowie die Planzahlen für 2012 vor. Er erläuterte, dass der Schwerpunkt der Verbandsarbeit 2012 auf dem Thema Autogas liegen wird. Rainer Scharr bedankte sich in seiner Rede bei Hanns Richard Hareiner für sein langjähriges Engagement für die Flüssiggas-Branche. Herr Hareiner war von 1999 bis 2011 im Vorstand, davon zehn Jahre als Vorsitzender und von 1994 bis 2011 in mehreren Ausschüssen des Verbandes tätig. Damit prägte Herr Hareiner den Deutschen Verband Flüssiggas e. V. entscheidend. Die Mitgliederversammlung wählte Herrn Hareiner einstimmig zum Ehrenmitglied des Verbandes.

Während die Tagung und Sitzungen im Hôtel Concorde stattfanden, wurde der Begrüßungsabend im stilvollen Ambiente des Berliner Zoo Aquariums veranstaltet. Die nächste Jahrestagung findet vom 6. bis 7. Mai 2013 in Stuttgart statt.

Herbstarbeitstagung 2012

Vom 22. bis 23. Oktober traf sich die Flüssiggas-Branche in Radebeul bei Dresden und diskutierte über den Zukunftsmarkt Autogas. Mit 218 Teilnehmern und 29 Ausstellern war die Herbstarbeitstagung 2012 ein voller Erfolg.



Der renommierte Automobilexperte Prof. Dr. Ferdinand Dudenhöffer von der Universität Duisburg-Essen sprach über „Gasantriebe als dritte Kraftstoffart“ und nahm darin auch Bezug auf seinen Vorredner Johannes Wien (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung), der die Sicht der Bundesregierung zur „Rolle und Bedeutung alternativer Antriebe“ in der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie vorstellte.



Prof. Dr. Ferdinand Dudenhöffer,
Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Thomas Heinze von der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes brachte die Well-to-Wheel-Studie in die Diskussion ein, die im August 2012 an seinem Institut beendet wurde und ganz deutlich zeigt, dass Gasantriebe ein hohes CO₂-Einsparpotenzial haben. Während in der Studie von Prof. Heinze vor allem Pkw mit Gasantrieben untersucht wurden, beschäftigte sich Ralf Kleebusch (TÜV Thüringen) in seinem Vortrag mit dem Thema „Diesel-LPG als Lösung für den Güterverkehr.“



Prof. Dr. Thomas Heinze,
Hochschule für Technik und Wirtschaft
des Saarlandes

Am zweiten Tagungstag stellte Dr. Ulrich Kramer von Ford, der zugleich Obmann des Projektes „Vergleich von LPG-Systemen“ der Forschungsvereinigung Verbrennungsmaschinen ist, erste Forschungsergebnisse vor und referierte über die Potenziale von LPG-Motoren. In den folgenden Beiträgen von Opel und Ecoengines ging es um die Vorteile von Werkseinbauten versus nachträgliche Ausrüstung mit Autogas-Anlagen, die in der anschließenden Podiumsdiskussion weiter vertieft wurden.

Fester Rahmen einer jeden Herbstarbeitstagung ist neben der internen Fachaussprache und den Vorstands- und Beiratssitzungen die Geräte- und Armaturen-Ausstellung, die mit 29 Teilnehmern einen Ausstellerrekord verzeichnete. Highlights waren das Mini-BHKW von Senergie und passend zum Thema Autogas das OEM-Fahrzeug Opel Insignia, eine Nachrüstlösung von Ecoengines eines Hyundai i49cw sowie ein Tankkraftwagen (Tkw), der nicht nur Flüssiggas ausliefert, sondern auch mit Flüssiggas in Form von Diesel-LPG angetrieben wird.

Unverzichtbar bei jedem Branchentreffen ist zweifelsohne der Begrüßungsabend, der in diesem Jahr im Pulverturm vor der Kulisse der Dresdner Frauenkirche statt fand. Hier gab es reichlich Gelegenheit, die Themen der Tagung weiter zu diskutieren und Gedanken auszutauschen. Die nächste Herbstarbeitstagung wird vom 11. bis 12. November 2013 in Neuss / Düsseldorf stattfinden.





Regionen

Im halbjährlichen Rhythmus finden Tagungen der drei Regionen statt. Die ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder nutzen diese Tagungen, um sich über den aktuellen Stand der Verbandsarbeit zu informieren. Sehr gut angenommen wird von den außerordentlichen Mitgliedern auch die Möglichkeit, mit einem Fachvortrag die Leistungen des eigenen Unternehmens im Rahmen der Regionaltagungen vorzustellen. Innovationen und neue Leistungen stehen hierbei im Vordergrund.

Bei den Tagungen im Frühjahr wurde intensiv über die aktuelle Entwicklung rund um die Themen Autogas und Dual-Fuel diskutiert. Die Mitglieder sehen in Dual-Fuel großes Potenzial für die Zukunft, allerdings sind noch umfangreiche technische und auch regulatorische Weiterentwicklungen erforderlich. Für den Güter(fern-)verkehr sei das Thema aber von hoher Bedeutung, da die Elektro-Mobilität auf absehbare Zeit keine Lösung bieten kann. Weitere Themen waren unter anderem das EE-Wärme-Gesetz, die Verordnung wassergefährdender Stoffe, erste Erfahrungen aus den TRF-Schulungen und die ortsbewegliche Druckbehälterverordnung (DVR-Ventile).

Die Tagungen im Herbst waren geprägt von der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung und der aktuellen Well-to-Wheel-Studie der HTW in Saarbrücken. Aber auch Themen wie das Markttransparenzstellungsgesetz, der Stand bei TRBS-Betankungsanlagen, Umbaueinheiten und Trockenkupplungen boten Gelegenheit zur Diskussion. Die nächsten Regionaltagungen finden im April und Oktober 2013 statt.

Fachausschuss Politik und Strategie

Der Fachausschuss setzt sich aus Führungspersonlichkeiten der DVFG-Mitgliedsunternehmen, Mitarbeitern der Geschäftsstelle und externen Beratern zusammen. Aufgaben sind die Identifikation von Zukunftstrends, die für unseren Energieträger Flüssiggas von Bedeutung sind und die Beobachtung aller relevanten politischen Themen, insbesondere im Bereich der Energie-, Umwelt- und Verkehrspolitik. Neben Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland wird großer Wert darauf gelegt, die Themenstellungen und Ansätze der europäischen Institutionen frühzeitig zu erkennen. Die Erkenntnisse und Empfehlungen des Fachausschusses fließen direkt in die Gremienarbeit des DVFG und unterstützen dabei insbesondere den Vorstand.

Der unerwartete Tod von Frau Karina Forster, der Gründerin der Beratungsagentur des DVFG, IPA Network International Public Affairs, Ende 2011, führte zur Auflösung dieses Unternehmens in 2012. Damit endete die langjährige und erfolgreiche Zusammenarbeit. Um hierfür einen Ausgleich zu schaffen, wird der DVFG die Zusammenarbeit mit dem BGA (Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V.) verstärken und insbesondere im Bereich der politischen Arbeit weiter intensivieren. Der BGA vertritt als Spitzenverband rund 70 Branchen- und Regionalverbände und verfügt über exzellente Kontakte in Politik und Verwaltung.

Der Fachausschuss hat 2012 dreimal getagt. Der Schwerpunkt lag im Bereich Autogas, insbesondere in der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie (MKS) der Bundesregierung. Ziel ist es, Autogas als zukunftsfähigen und



vom Verbraucher am stärksten akzeptierten Alternativkraftstoff zu positionieren. Im Rahmen der politischen Aktivitäten hat der FA Politik und Strategie verschiedene Entwicklungen begleitet. Dazu gehören die EU-Energiesteuerrichtlinie, die EU-Richtlinie zur Energieeffizienz und deren Umsetzung in nationales Recht, eine Initiative der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume und das Markttransparenzstellengesetz. Auf europäischer Ebene arbeitet der DVFG dabei eng mit dem europäischen Flüssiggasverband AEGPL zusammen. Bei den strategischen Überlegungen lag das besondere Augenmerk auf der Weiterentwicklung des Kraftstoffes Autogas und Diesel-LPG.

Die politische Arbeit schlägt sich auch in den Kommunikationsaktivitäten des Verbandes nieder. Dies ist durch die enge Zusammenarbeit mit dem Fachausschuss Kommunikation, die über personelle Verzahnung gegeben ist, gesichert. In 2012 wurden beispielsweise die Projekte „Effizienzinitiative für naturnahe Regionen“, die Möglichkeiten der Energieversorgung mit Flüssiggas in diesen Regionen aufzeigt, und „Flüssiggas (Autogas) in der Mobilität“, die das Potenzial von Autogas beleuchtet, mit betreut.

Natürlich gibt es über die geschilderten wichtigsten Betätigungsfelder hinaus weitere Themen, mit denen sich der Arbeitskreis beschäftigt. Er wird weiterhin seinen Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen leisten, vor denen der Verband immer aufs Neue steht.

Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung

Die Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie (MKS) der Bundesregierung soll dazu beitragen, übergeordnete umwelt- und energiepolitische Ziele zu erreichen. Anders als die erste Kraftstoffstrategie aus dem Jahr 2004 bezieht die neue MKS neben dem Automobilssektor auch den Schienen-, Schiffs- und Luftverkehr mit ein, um neue Antriebs- und Kraftstoffkonzepte für die Zukunft zu entwickeln. Dazu verfolgt die MKS einen technologie- und energieträgeroffenen Ansatz, der es ermöglichen soll, den Endenergieverbrauch wie auch die CO₂-Emissionen im Verkehrssektor zu senken. Um bei der Erarbeitung der Strategie die Akteure der verschiedenen Verkehrsbereiche und relevanten Branchen mit ihren unterschiedlichen Meinungen und Erfahrungen einzubeziehen, hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) einen Fachdialog gestartet. Über 400 Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie der Politik diskutierten Maßnahmenszenarien und Handlungsoptionen für alle Verkehrsträger, für ihre Schnittstellenbereiche sowie für weitere relevante Branchen. Diese Ergebnisse sollen die Grundlage für die Strategieentwicklung der Bundesregierung bilden.

Ziel der Beteiligung des DVFG im Rahmen der MKS ist es, Autogas als marktgängigen und vom Verbraucher am stärksten akzeptierten Alternativkraftstoff zu positionieren. Im Rahmen der MKS ist es aus Sicht der Flüssiggas-Wirtschaft erforderlich, den Fahrzeugbestand und sein mögliches CO₂-Einsparpotenzial in die Betrachtungen der MKS mit einzubeziehen. Die Vorteile von Autogas hinsichtlich der Einsparung von CO₂ und anderer Schadstoffe sind wissenschaftlich belegt und nicht von der Hand zu weisen. Im Güterverkehr ist mit der Entwicklung von kombinierten Diesel-/Autogas-Antrieben nicht nur ein hohes CO₂-Einsparpotenzial, sondern insbesondere auch ein Einsparpotenzial an weiteren Emissionen und vor allem Feinstaubbelastungen gegeben. Die Tankstelleninfrastruktur ist für Autogas





flächendeckend vorhanden, ohne dass weitere Investitionen oder gar staatliche Unterstützung erforderlich wären. Im Gegenzug gilt es, Planungssicherheit sowohl für Verbraucher als auch für Unternehmen zu schaffen und die Steuerbegünstigung auch über das Jahr 2018 hinaus fortzuschreiben. Als Transit- und wirtschaftliches Kernland der EU muss Deutschland die Ziele der EU mit implementieren. Deren Expertenkommission sieht die Autogas-Entwicklung bis 2020 bei 10 Prozent. In unseren Nachbarländern existiert ebenfalls eine gute Autogas-Infrastruktur, so dass die Anbindung im Transitverkehr als gewährleistet angesehen werden kann.

Well-to-Wheel-Analyse (WTW) der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes

Der DVFG hat an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes eine Well-to-Wheel-Analyse (WTW) von Gasfahrzeugen erstellen lassen. Dabei werden insbesondere das Einsparpotenzial des Klimagases CO₂ dieser Kraftstoffe im Vergleich zu anderen Otto-Kraftstoffen aufgezeigt. Das CO₂-Einsparpotenzial liegt mit heutiger Technologie bei nahezu 15 Prozent und kann sich in der WTW-Betrachtung durchaus mit dem theoretischen Einsparpotenzial von CNG (Compressed Natural Gas, also Erdgas als Kraftstoff) messen. 2012 waren in allen Ausgaben des „DAT- Leitfadens über den Kraftstoffverbrauch“, die CO₂-Emissionen und den Stromverbrauch“ jeweils acht Autogas-Fahrzeuge unter den zehn besten Fahrzeugen mit Gasantrieb – selbst in der (für Autogas ungünstigeren) Tank-to-Wheel-Betrachtung.

Alternative Kraftstoffe können nur mit zusätzlichen Anreizen gegenüber konventionellen Kraftstoffen wettbewerbsfähig bleiben.

Projekt der Forschungsvereinigung Verbrennungsmaschinen (FVV)

Der DVFG unterstützt thematisch und finanziell das Forschungsprojekt „LPG-Systemvergleich“ der Forschungsvereinigung Verbrennungsmaschinen (FVV). In diesem Projekt werden Kenndaten für die künftige Auslegung von reinen Autogas-Motoren entwickelt. In einem Zwischenbericht konnten anhand von Versuchen an einem turboaufgeladenen Benzindirekteinspritzers die Vorteile der Verwendung von Flüssiggas in Motoren der modernsten Generation ermittelt werden. Es hat sich ein erhebliches Potenzial für die Direkteinspritzung in den Brennraum bestätigt. Mit dieser Einspritzart kann Flüssiggas seinen Vorteil gegenüber Benzin erheblich ausbauen, wenn auf die unterschiedlichen Einstellmöglichkeiten wie Ventilüberschneidung, Ladedruck und Zündzeitpunkt zurückgegriffen werden kann.

Im späteren Fahrbetrieb können allerdings Temperaturbedingungen in Kraftstoffleitungen vorherrschen, die gewisse Phänomene hervorrufen könnten. Flüssiggas könnte dabei einen vierten Aggregatzustand, die sogenannte überkritische Phase erreichen. Da die Auswirkungen auf die Einspritzanlage noch nicht ganz verstanden werden, hat sich der DVFG dazu entschlossen, sich an einem Folgeprojekt zur Untersuchung dieser Randbedingungen zu beteiligen. Die Antworten auf obige Fragen sichern den Einsatz von Autogas in künftigen Motorengenerationen und machen daraus eine möglicherweise noch attraktivere Kraftstoffoption.



Markttransparenzstellengesetz

In Deutschland wurde bis zu seiner Verabschiedung heftig um das Markttransparenzstellengesetz gerungen. Es soll den Handel mit Strom und Gas transparenter und nachvollziehbarer machen und Marktmissbrauch sowie Marktdominanz präventiv ausschließen. „Ziel des Gesetzes ist zum einen die Sicherstellung einer transparenten und wettbewerbskonformen Preisbildung bei der Vermarktung und beim Handel mit Elektrizität und Gas auf der Großhandelsstufe.“ Durch einen Übersetzungsfehler an mehreren Stellen war Flüssiggas unbeabsichtigt in den Gesetzestext und somit in den Anwendungsbereich gerutscht und auch von verschiedenen Gremien in der Formulierung bestätigt worden. Gemeint war eigentlich verflüssigtes Erdgas (LNG). Nach Bekanntwerden dieses Fehlers hat sich der DVFG unmittelbar beim federführend zuständigen Bundeswirtschaftsministerium für eine Korrektur eingesetzt, was auch gelungen ist. Offen ist noch die Korrektur des Übersetzungsfehlers in der deutschen Übersetzung der EU-Transparenzverordnung.



Ein weiterer Punkt ist die Berücksichtigung von Kraftstoffen in dem Gesetzesentwurf. Der Entwurf zielt allein auf Benzin- und Dieselmotoren ab, spricht aber an verschiedenen Stellen von Ottomotoren. Ottomotoren sind jedoch alle Kraftstoffe, die in Ottomotoren verbrannt werden – also auch Flüssiggas oder Erdgas. Dies ist aber nach Aussage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) nicht beabsichtigt. Die Kraftstoffe sind exakt nach der „Kombinierten Nomenklatur“ der europäischen Kommission benannt und somit ist Autogas nicht vom Anwendungsbereich des Gesetzes erfasst.

EU-Energiesteuerrichtlinie

Die europäische Richtlinie zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom soll novelliert werden. Die Änderung der Energiesteuerrichtlinie soll hauptsächlich der Erreichung der EU-Klima- und Energieeffizienzziele dienen. Die zahlreichen Vorschläge beinhalten wesentliche Änderungen des bisherigen Systems. Die Mindeststeuersätze sollen in eine Energieträgerkomponente und eine CO₂-Komponente aufgeteilt werden. Die Besteuerung nach dem Energiegehalt soll in den Mitgliedsstaaten unabhängig vom Energieträger gleich besteuert werden. Eine Differenzierung ist nur noch nach Kraftstoffen und Heizstoffen zulässig. Für den Kraftstoffbereich ist eine Übergangsfrist bis 2023 vorgesehen. Nach 2015 sollen die steuerlichen Anreize sukzessive auf Null gesenkt werden.

Wenn die vorgeschlagenen Mindeststeuersätze für Kraftstoffe eingeführt werden sollten, würden alternative Kraftstoffe stark gestiegene Mindeststeuersätze zu verkraften haben. Wohingegen die Mindeststeuersätze für Benzin und Diesel unverändert blieben. Dies sendet nach Ansicht des DVFG die falschen Signale zugunsten von umweltschädlicheren Kraftstoffen an die Verbraucher. Die bisherigen Vorschläge stehen nach unserem Verständnis im Widerspruch zum Prinzip der „grünen“ Besteuerung.

Die Erfahrung in den EU-Mitgliedsstaaten hat gezeigt, dass alternative Kraftstoffe – insbesondere Autogas – sich in den Ländern auf dem Vormarsch befinden, in denen der Preisunterschied zu konventionellen Kraftstoffen ausreichend groß ist. Damit werden Anreize für die Verbraucher geschaffen, um zu alternativen Kraftstoffen zu wechseln.



Fahrer von Autogas-Fahrzeugen und die mittelständisch geprägte Flüssiggas-Wirtschaft haben im Vertrauen auf die politischen Entscheidungen bis heute mehr als 1,5 Milliarden Euro in ein dichtes Distributionssystem von über 6.500 Tankstellen und rund 500.000 Autogas-Fahrzeugen in Deutschland investiert. Diese Investitionen sind gefährdet. Nach der Verunsicherung der Verbraucher durch die Einführung von Biodiesel und des Kraftstoffes E 10 sowie schleppe Entwicklungen bei Wasserstoff- und Elektromobilität würde die Bereitschaft auf alternative Kraftstoffe zu wechseln zusätzlich stark dämpfen. Alternative Antriebe wären für die Verbraucher keine Option mehr.

Autogas ist der am meisten akzeptierte alternative Kraftstoff, mit großem CO₂-Einsparpotenzial, geringen Feinstaubemissionen und Schadstoffen. Der DVFG fordert daher eine Verlängerung der Energiesteuerermäßigung für Gasantriebe zumindest bis 2025 und eine europaweite Umsetzung der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie. Nur durch die Unterstützung alternativer Antriebe kann die Gefährdung der mittel- bis langfristigen Entwicklung von alternativen Kraftstoffen in Europa verhindert werden. Um einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen, ist es unabdingbar, alle Gaskraftstoffe steuerlich gleich zu bewerten. Nur so können Wettbewerbsverzerrungen durch Steuern verhindert werden. Die Verbraucher können frei entscheiden, welchem Alternativkraftstoff sie sich zuwenden.

EU-Richtlinie zur Energieeffizienz

Am 25. Oktober 2012 wurde die europäische Richtlinie 2012/27/EG über Energieeffizienz (EED) erlassen. Ziel der Richtlinie ist es, die Energieeffizienz in der europäischen Union bis 2020 um 20 Prozent mittels konkreter Vorgaben zu steigern. Neben einer Vielzahl an weiteren Regelungen zur Steigerung der Energieeffizienz werden den Mitgliedsstaaten im Artikel 7 der EED für die Jahre 2014 bis 2020 jährliche Einsparziele vorgegeben. Die Staaten müssen sicherstellen, dass jährlich 1,5 Prozent des durchschnittlichen jährlichen Endenergieabsatzes des Referenzzeitraums, die Jahre 2010 bis 2012, eingespart werden. Wahlweise kann dies durch eine Verpflichtung entweder von Energieeinzelhandelsunternehmen und/oder die Energieverteiler oder alternativ durch politische Maßnahmen mit einer gleichwertigen Energieeinsparwirkung bzw. durch eine Kombination beider Strategien geschehen. Die Mitgliedsstaaten haben bis Anfang 2014 Zeit, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

Aktuell werden für die nationale Umsetzung fünf mögliche Instrumentenoptionen diskutiert:

- Freiwillige Selbstverpflichtung der Energiewirtschaft
- Energieeffizienzfonds
- Ausschreibungsmodell
- Energieeinsparverpflichtungssystem
- Weiterentwicklung bestehender Instrumente

Viele Argumente sprechen gegen Einsparverpflichtungssysteme für Energieeinzelhandelsunternehmen oder Energieverteiler. Beispielsweise ist bei leitungsungebundenen Energieträgern wie Flüssiggas Absatz nicht gleich Umsatz. Sie werden auf Vorrat gekauft und gespeichert. Die Erfassung und Dokumentation des Absatzes bei leitungsungebundenen Energieträgern ermöglicht daher keine Information über Energieeinsparungen beim Endkunden. Das trifft auch auf die freiwillige Selbstverpflichtung zu.



Desweiteren hat Deutschland bereits in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Energieeffizienz in den unterschiedlichen Anwendungsbereichen zu steigern und große Erfolge vorzuweisen. Ein gutes Beispiel ist die im Februar 2013 novellierte Energieeinsparverordnung (EnEV). Sie enthält die europaweit strengsten Anforderungen an die energetische Qualität von neuen Gebäuden. Diese Erfolge bei der Energieeffizienz sollten auch bei der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie in nationales Recht berücksichtigt werden.

Der DVFG begrüßt Überlegungen, das erfolgreich in Deutschland praktizierte System aus Fördermaßnahmen sowie Bau- und Nutzungsvorschriften auszubauen. Vorhandene Instrumente, die ihre Wirksamkeit unter Beweis gestellt haben, sollten konsequent genutzt und weiterentwickelt werden. Die kosteneffizienteste und -gerechteste Möglichkeit zu mehr Energieeffizienz sind im marktwirtschaftlichen Umfeld entwickelte und angebotene Energiedienstleistungen. Mit diesem erfolgreichen System aus Fordern und Fördern können neue Bürokratien und Energiepreis treibende Einsparverpflichtungssysteme vermieden werden.



Fachausschuss Kommunikation 2012

Kommunikationsarbeit des DVFG – Kommunikationsausschuss

Im Fachausschuss Kommunikation werden die strategisch wichtigsten Themen des Vorstandes und des Fachausschusses Politik und Strategie weiterentwickelt und Kommunikationsmaßnahmen erarbeitet. Im Berichtsjahr 2012 kam der Kommunikationsausschuss dreimal zusammen und befasste sich vor allem mit den zwei großen Themenfeldern: Entwicklung des Autogas-Marktes und Neuausrichtung der Kommunikationsarbeit. Nach acht Jahren als Obmann des Kommunikationsausschusses gab Jobst-Dietrich Diercks 2012 dieses Amt an seinen Vorstands- und Ausschuss-Kollegen Markus Eder weiter.

Kommunikationsstrategie

Die Neuausrichtung der Verbandskommunikation wurde während des Vorstands-Workshop im Oktober 2012 beschlossen. Neben dem Bereich Technik sieht der DVFG seine Kernkompetenz im Bereich der politischen Lobbyarbeit. Daher sollen die politische Arbeit und die Kommunikation zu den wichtigsten Stakeholdern noch weiter gestärkt werden. So wird die gesamte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ab 2013 aus der Geschäftsstelle heraus gesteuert. Um festzustellen, welche Erwartungen die Mitglieder und andere Stakeholder an künftige Informationsmedien der Flüssiggas-Branche haben, wurde eine Online-Umfrage durchgeführt. Die ersten Ergebnisse zeigen, dass die Mehrheit der Befragten über die relevanten Themen der Branche künftig schneller und digital informiert werden möchte. Ausgehend von der Umfrage und einer Marktanalyse wird ab 2013 die neue Kommunikationsstrategie umgesetzt werden.



Autogas-Markt

Zur Stärkung der Position von Autogas hat der DVFG 2012 zahlreiche Gespräche mit Politikern, Automobilherstellern und Stakeholdern geführt. In diesem Rahmen fand auch ein „Round Table“ Gespräch über die Zukunft des deutschen Autogas-Marktes statt. Dabei diskutierten Vertreter aus Wissenschaft, Versorgungsunternehmen und Autogas-Anlagenherstellern vor allem die Herausforderungen des Marktes, die Qualitätsansprüche und künftige technologische Entwicklungen. Von besonderer Bedeutung war die Präsentation der Well-to-Wheel-Analyse (WTW) von Gasfahrzeugen, die Prof. Dr. Thomas Heinze von der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes im Auftrag des DVFG erstellt hat. Die Studie wurde pressewirksam an die Europaabgeordneten Dr. Peter Liese und Jo Leinen übergeben und auch diskutiert. Dabei standen insbesondere das Einsparpotenzial des Klimagases CO₂ von Autogas im Vordergrund.

Kommunikationskanäle (Off- und Online)

2012 wurden die Frequenz der Schaltung von Print-Anzeigen zurückgefahren. Es gab acht Autogas-Anzeigen und drei Anzeigen zu Heizgas. Im Internet wurden Online-Banner auf den Portalen check24.de, energieportal24.de, immowelt.de/bauen.de platziert. Im September 2012 führte der Verband eine Crossmedia-Aktion zu Autogas durch, wobei über das Magazin Auto Motor Sport eine Print-Anzeige, eine iPad-Anzeige sowie ein Online-Banner geschaltet wurden. Im gleichen Zeitraum war der DVFG auf der Messe econfleet als Aussteller vertreten. In den Anzeigen war auch ein QR-Code integriert, der es Smart-Phone Nutzern ermöglichte, direkt auf die spezielle Website, die mit der Anzeige verknüpft ist, zu gelangen. Über den QR-Code und die Online-Banner gelangten die Leser jeweils zu speziellen Landingpage: www.dvfg.de/de/sparen und www.dvfg.de/de/heizgas.

Druckprodukte

Zur Unterstützung der politischen Arbeit wurden neue Informations- und Positionspapiere erstellt bzw. aktualisiert. Neu im Portfolio sind: „Effizienzinitiative für naturnahe Regionen“, „Kurzdarstellung Energieträger Flüssiggas“ und „Flüssiggas (Autogas) Mobilität“. Ausgehend von neuen Erkenntnissen wurden die Papiere „Umwelt-Autogas“ und „Natürlich und auch regenerativ“ überarbeitet.

Aufgrund der Veröffentlichung der neuen Technischen Regeln Flüssiggas 2012 (TRF) erfolgte die komplette Überarbeitung der Broschüre „Planen mit Flüssiggas“. Die Planungsbroschüre ist ein kompakter Leitfaden für die Planung und den Bau von Flüssiggas-Anlagen und richtet sich somit vor allem an Architekten und Anlagenplaner. Bei der Überarbeitung der Planungsbroschüre wurde sehr viel Wert darauf gelegt, einen möglichst großen Praxisbezug zu wahren. So wurde der Entwurf vor dem Druck durch die Projektgruppe TRF diskutiert und zuletzt vom Fachausschuss Technologie einstimmig verabschiedet.

Zum sicheren Umgang mit Flüssiggas-Flaschen ist für den gewerblichen Bereich die Broschüre „Flüssiggas auf Märkten (zum Umgang mit Flüssiggasflaschen und –Heizsystemen)“ entstanden. Zur weiteren Bewerbung von Autogas gegenüber Endverbrauchern wurde die Informationsbroschüre „Bewusst fahren“ aktualisiert und ein neuer Flyer „Volltanken und sparen!“



entwickelt. Passend zum Flyer gibt es einen Thekenaufsteller, ein Plakat sowie eine eigene Website, die über den eingedruckten QR-Code verknüpft ist.

Messen

Die neuen Informationsmaterialien kamen vor allem am 17. und 18. Oktober 2012 in Münster bei der „Econfleet – Messe für Nachhaltiges Fuhrparkmanagement“ auf dem DVFG-Messestand zum Einsatz. Am zweiten Tag referierte Alexander Stöhr über die „Vorteile von Autogas bei Neu- und Bestandsfahrzeugen“. Der DVFG führte viele Gespräche mit Besuchern, den anwesenden Mitgliedern und Partnern.

Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Die Medienberichterstattung zu Flüssiggas als Heizenergie und alternativen Kraftstoff war 2012 auf gleich hohem Niveau wie in den Vorjahren. Besonders groß war die Resonanz auf die Veröffentlichung der „Well-to-Wheel-Studie zu Gasantrieben“ und der steigenden Zulassungszahlen bei Autogas-Neufahrzeugen. Künftig sollen vor allem auch Stellungnahmen des DVFG zu aktuellen politischen Themen sowie zu nationalen und europäischen Gesetzesvorhaben in die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einfließen.

Fachzeitschrift FLÜSSIGGAS

Seit mehr als fünfzig Jahren erscheint die Zeitschrift FLÜSSIGGAS, die vom STROBEL VERLAG aus Arnshagen herausgegeben wird, mit den Mitteilungen des DVFG. Mit den sechs Ausgaben im Jahr will FLÜSSIGGAS vor allem Mitglieder des DVFG, Ministerien, Behörden und Interessensverbände ansprechen. Die Zeitschrift behandelt sicherheits- und anwendungstechnische Themen, veröffentlicht Beiträge zur deutschen Energiewirtschaft, zum Thema Autogas, stellt Flüssiggas-Fachleute vor und berichtet von DVFG-Veranstaltungen.

Der DVFG nutzt neben der Zeitschrift FLÜSSIGGAS weitere verschiedene Kommunikationskanäle, um seine Zielgruppen zu informieren. Für 2013 ist eine Neuordnung und Intensivierung der Kommunikationsaktivitäten geplant. Der Vorstand des DVFG befasste sich im vergangenen Jahr mit der zukünftigen Ausrichtung des Verbandes und hat sich für eine neue Kommunikationsstrategie entschieden. Die Kommunikation zu den wichtigsten Stakeholdern, wie zum Beispiel Politikern, soll verstärkt, branchenrelevante Informationen zielgruppengerecht und ohne Streuverluste kommuniziert werden. Dafür wurde die Pressearbeit in die Geschäftsstelle integriert und die Mitglieder nach ihren Erwartungen an ein Informationsmedium der Flüssiggas-Branche befragt.

Das Ergebnis der Befragung war eindeutig: Die Mitglieder legen großen Wert darauf, Informationen zeitnah zu erhalten und wollen dazu verstärkt die digitalen Medien nutzen. Aus diesen Gründen erscheint die Zeitschrift FLÜSSIGGAS ab April 2013 nicht mehr mit den Mitteilungen des Verbandes. Ab diesem Zeitpunkt wird vom Kommunikations-Team der Geschäftsstelle monatlich ein Newsletter herausgegeben, der über nationale sowie europäische Gesetzesvorhaben, Entwicklungen in der Technik und in den Anwendungsbereichen sowie über Autogas, Heizgas und viele andere branchenrelevante Themen zeitnah berichtet. Ein weiterer Vorteil des Newsletters ist, dass er weiterführende Links zu vertiefenden Texten für diejenigen enthält, die sich intensiver mit einem Thema auseinandersetzen wollen. Der Newsletter kann auf der Webseite des DVFG (www.dvfg.de) abonniert werden.





Fachausschuss der außerordentlichen DVFG-Mitglieder

Die Arbeit des Fachausschusses greift den Wunsch der außerordentlichen Mitglieder auf, sich stärker in die Arbeit des DVFG einzubringen. Das Ziel des Fachausschusses der außerordentlichen Mitglieder ist, in ergänzender Zusammenarbeit mit den ordentlichen Mitgliedern, der Geschäftsstelle und dem DVFG-Vorstand Produkte und Dienstleistungen für Flüssiggas zu fördern.

Unter der Leitung von Hannes K. Junginger und Prof. Dr. Siegbert E. Weiss tagte der Fachausschuss der außerordentlichen Mitglieder im Mai in Berlin. Praxisorientierte Schwerpunktthemen im Jahr 2012 waren die Konsequenzen aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zu angemessenen Abständen nach Art. 12 Seveso II Richtlinie, die neue TPED 2010/35/EU für Ortsbewegliche Druckgeräte, Ex-Zonen an Flüssiggasanlagen sowie die Entwürfe der Technischen Regeln für Betriebssicherheit 3145 und 314x.

Zusammenwirken von Wirtschaftsakteuren und der Marktüberwachung

Der DVFG setzt sich für eine Förderung des Stellenwertes der Energie Flüssiggas ein. Dabei haben Sicherheit, Umweltschutz und Energieeffizienz größte Priorität. Vor diesem Hintergrund ist das Zusammenwirken des DVFG mit der Marktaufsicht zu verstehen. Einerseits ist dies auch aus dem Selbstverständnis unserer Organisation heraus geboten, andererseits ist sowohl im Produktsicherheitsrecht als auch im Gefahrgutrecht ein entsprechendes Zusammenwirken von Wirtschaftsakteuren und der Marktüberwachung verankert. 2012 war zur Gewährleistung des sicheren Umgangs mit Flüssiggas eine Abstimmung mit der Marktüberwachung im Zusammenhang mit einem Handrad-Ventil und einem speziellen Behälterumbau erforderlich.

Anfang 2012 gab es Anlass zur Überprüfung eines bestimmten Ventiltyps bei Flüssiggas-Flaschen. Mit der schnellen Information der Mitglieder, den umgehenden Überprüfungen von betroffenen Flaschentypen und der Einberufung eines Expertenkreises, handelte der DVFG entsprechend seines Sicherheitsverständnisses. Die mit dem Handradventil unmittelbar im Zusammenhang stehenden Wirtschaftsakteure trafen sich unter Leitung des DVFG zu einer Sitzung, um die Fehlersituation und deren Auswirkungen eingehend zu analysieren und darauf aufbauend Maßnahmen zu entwickeln, die – entsprechend den Vorgaben der Ortsbeweglichen-Druckgeräte-Verordnung (ODV) – der Marktaufsicht zur Unterstützung ihrer endgültigen Positionierung vorgeschlagen wurden. Nach umfangreichen Untersuchungen durch die Verbandsmitglieder und einer statistischen Auswertung durch den DVFG konnte festgestellt werden, dass keine Gefährdung im Markt vorlag.

Im Rahmen einer Sitzung des „Erfahrungsaustauschkreises Marktüberwachung ortsbewegliche Druckgeräte - Erfa-Mü-oD“ im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hat der Verband über die Umsetzung und Ergebnisse der Maßnahmen berichtet, die die Wirtschaftsakteure im Zusammenhang mit dem Flüssiggas-Handrad-Ventil unternommen



haben. Die BAM Bundesanstalt für Materialforschung und –prüfung als „kommissarische Geschäftsstelle für die Aufgabenbetreuung der ODV“ hat, basierend auf dem Vorgehen der Wirtschaftsakteure und des DVFG in Erwägung gezogen, einen Leitfaden für die Umsetzung der ODV mit zu entwickeln.

Über das Ministerium für Arbeit und Soziales Sachsen-Anhalt erreichte den DVFG die Information, dass bestimmte Behälter zurzeit nicht ohne zusätzliche Prüfungen in Betrieb genommen werden sollten. Es handelt sich dabei um Behälter, die ursprünglich für die oberirdische Aufstellung gebaut und die nach erfolgtem Einsatz für die Verwendung als Unterflurbehälter umgebaut wurden. Der DVFG hat daraufhin gemeinsam mit seinen Mitgliedern begonnen, Informationen für die Identifizierung und qualitative Bewertung möglicher Behälter zusammenzustellen. Eine enge Abstimmung mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales Sachsen-Anhalt war dabei stets gewährleistet. Darüber hinaus entstand im DVFG das Projekt „Umbaubebehälter“. Von Mitgliedern wurden dafür unterschiedliche Lagerbehälter für neutrale Untersuchungen zur Verfügung gestellt, die von vier renommierten und unabhängigen Prüfgesellschaften mit unterschiedlichen Prüfmethoden eingehend getestet wurden. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen mündeten in einem Prüfbericht, der in Kombination mit den besonderen Herstellungs- und Prüfbedingungen nach dem 30-Jahres-Konzept gleichzeitig als Gefährdungsbeurteilung angesehen werden kann. Aus den Prüfungen geht hervor, dass durch eine besondere Abnahmeprüfung der Behälter die Festigkeit und Sicherheit der Behälter für den Betriebszeitraum gewährleistet ist. Um diese Feststellung mit statistischen Aussagen zu untermauern, werden weitere Prüfungen vorgeschlagen. Die Aufgabe des Projektes „Umbaubebehälter“ besteht in der Interpretation der erarbeiteten und recherchierten Informationen sowie der Ableitung daraus resultierender Handlungsempfehlungen.

Fachausschuss Technologie und Arbeitskreis Technik

Ein Schwerpunkt des Fachausschusses Technologie war die weitere Erarbeitung von Regelungen zum Thema Anfahrerschutz. In Zusammenarbeit mit den Berufsgenossenschaften soll weiter an der Erstellung eines gemeinsamen Regelwerks gearbeitet werden. Die Berufsgenossenschaft hat sich bereit erklärt, die Regelungen zur Handwerkerflasche in das BG-Regelwerk aufzunehmen und zu modernisieren, da bestehende technische Regeln zum 31. Dezember 2012 ihre Gültigkeit verloren. Auch die Einführung eines Steckventils (clip-on, quick-on) im Bereich der privaten Nutzer wurde diskutiert. Ebenfalls thematisiert wurden ein Bericht über Umbaubebehälter sowie die Erstellung und Veröffentlichung der neuen DVFG-Prüfbescheinigungen in elektronischer Form. Der Fachausschuss beriet sich zudem über die Erfahrungen der bisherigen und den Ausblick auf weitere gemeinsame TRF-Schulungen. Die Mitgliedsunternehmen waren mit den Teilnehmerzahlen und der Durchführung der Schulungen sehr zufrieden.

Der Arbeitskreis Technik hat sich 2012 schwerpunktmäßig mit den Themen Umbaubebehälter sowie der Umsetzung einer Richtlinie der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) „PTB Technische Richtlinie G 15 Gasabrechnung Flüssiggas“ beschäftigt. Unter anderem wurde zur PTB



Technischen Richtlinie G 15 ein Fragenkatalog erarbeitet, der die aufgetretenen Problemstellungen der Versorgungsunternehmen bei der Umsetzung der neuen Richtlinie unterstützen soll. Nicht zu beantwortende Fragestellungen wurden zur Klärung an die PTB weitergeleitet.

Anfahrerschutz

Der VdTÜV hatte den Arbeitskreis Anfahrerschutz zur Erarbeitung einer Revision des „VdTÜV Merkblattes 965 Teil 1 Anfahrerschutz“ eingeladen. Nachdem die Anwendung des Merkblattes zu unterschiedlichen Erfahrungen in der Praxis geführt hat, wurde vom VdTÜV Arbeitskreis eine Überarbeitung mit dem Ziel in Angriff genommen, die Anwendung in der Praxis weiter zu verbessern. Im Vordergrund stand dabei eine redaktionelle Anpassung, inhaltlich sollen zudem Kriterien aufgenommen werden, die einen statischen Nachweis durch geeignete Versuche ermöglichen sollen. Es befinden sich bereits verschiedene Anfahrerschutzsysteme in Entwicklung, für die die statische Nachweisführung nicht theoretisch-rechnerisch, sondern anhand praktischer Versuche erfolgen soll.

Mischbetrieb Autogas Diesel

Während es für den Pkw-Bereich bereits verschiedene Fahrzeuge ab Werk und Autogas-Ausrüstanlagen gibt, befinden sich die technischen Lösungen für Transport-Fahrzeuge noch in der Erprobung. Für den Transportsektor wurde ein Mischbetrieb aus Diesel und Autogas entwickelt. Die entsprechenden technischen Regeln werden auf europäischer Ebene erarbeitet. Die Arbeit an der für die Abgasprüfung einschlägigen UN-ECE-Regel (R.49) ist für die EU-Abgasstufen EU5 und EU6 bereits vollendet. Die fertigen Entwurfss Fassungen müssen nur noch durch die übergeordneten Gremien verabschiedet werden.

Um einerseits diese Regulierungsbemühungen national spiegeln zu können und andererseits eine Umsetzung bereits vor der Veröffentlichung der offiziellen Dokumente zu ermöglichen, berief der Verband den DVFG-Projektkreis Dual Fuel ein. Neben Anlagenherstellern waren auch Prüforganisationen und Behördenvertreter in diesem Gremium aktiv. Die erste Sitzung fand am 28. November 2012 in Berlin statt. Ziel dieses Projektkreises ist es, mit den beteiligten Prüforganisationen, den Anlagenherstellern und der Flüssiggasindustrie eine Diskussionsplattform zur Konzeptentwicklung zur Verfügung zu stellen. Das nunmehr fertiggestellte Konzept wurde bereits mit führenden Vertretern aus dem Bund-Länder-Fachausschuss „Technisches Kraftfahrwesen“ (BLFA-TK) abgestimmt. Ferner wird auf europäischer Ebene nun mit Hochdruck an den Zulassungsvorschriften für Diesel-Gas-Nachrüstsysteme gearbeitet.

Technische Regeln Flüssiggas (TRF)

Nach der Entwurfsveröffentlichung der Technischen Regeln Flüssiggas in 2011 erfolgte Anfang des Berichtsjahres die weitere redaktionelle Überarbeitung des in der Einspruchsverhandlung verabschiedeten Dokuments. Die Technischen Regeln Flüssiggas (TRF 2012) sind offiziell am 26. März 2012 erschienen. Die umfangreiche Überarbeitung war erforderlich geworden, um den technischen Entwicklungen, neuen gesetzlichen Vorgaben sowie Veränderungen in anderen Regelwerken gerecht zu werden. Weitgehende Neuerungen gibt es beispielsweise in den Bestimmungen zu Leitungsanlagen bei der Hausinneninstallation, bei denen künftig auch die



Verwendung von Kunststoffrohren zulässig ist. Um den damit verbundenen Brandschutzanforderungen gerecht zu werden, ist die Verwendung eines Gasströmungswächters zwingend erforderlich. Aus der Kombination neuer Leitungsmaterialien und Gasströmungswächter ergeben sich strengere Anforderungen an die Bemessung der Leitungsanlage, die wesentlicher Bestandteil der neuen TRF sind. Zudem gibt es beispielsweise Änderungen bei den Prüfständigkeiten oder bei der Festlegung der sogenannten „Explosionsgefährdete Bereiche“ für Flüssiggasbehälter und -flaschen. Parallel zu den neuen TRF wurde auch ein entsprechendes Schulungsprogramm gestartet. Mehr Informationen dazu finden Sie in der Rubrik „Qualifizierungsmaßnahmen und Zertifizierungen“.

Zum 15. Juni 2012 wurde die im März erschienene „Technischen Regeln Flüssiggas 2012“ (TRF) ergänzt. Für die Installation von Flüssiggasanlagen in Mobilheimen sowie in Wohneinheiten, die nur zur vorübergehenden oder jahreszeitlichen Nutzung dienen, hatten sich aufgrund neuer europäischer Vorgaben Änderungen ergeben.

Diese neuen Erkenntnisse konnten erst nach Veröffentlichung der TRF 2012 abschließend diskutiert und als Ergebnis erzielt werden. Das Ergänzungsblatt kann auf der Internetseite des www.dvfg.de heruntergeladen werden.

TRF-Kommentar

In der Vergangenheit hat sich eine praxisnahe Erläuterung der Technischen Regeln Flüssiggas in Form eines Kommentars/Handbuch bewährt. Die Fortschreibungen in den Regeln der Technik und die Änderungen in den TRF 2012 machen es erforderlich, dass auch hier Aktualisierungen vorgenommen werden. Als federführenden Autor konnte der DVFG Prof. Dr.-Ing. habil. Klaus Kurth gewinnen. Dieser wird bei seinen Arbeiten durch Fachexperten unterstützt, die auch schon an der Erarbeitung der TRF und den Vorbereitungen zu den TRF-Schulungen mitgewirkt haben. Die ersten Arbeiten zum neuen TRF-Kommentar haben im letzten Quartal 2012 begonnen.

Neben der Anwendung in der täglichen Praxis eignet sich der TRF-Kommentar auch als Lehrmittel für die Berufsaus- und Weiterbildung. Die Anwendung der TRF werden durch anschauliche Beispiele und Grafiken erläutert.

Prüfhandbuch

Für den sicheren Betrieb einer Flüssiggas-Anlage kommt es entscheidend darauf an, wie die Anforderungen aus den TRF in der Praxis umgesetzt und interpretiert werden. Bei der Errichtung von Flüssiggas-Anlagen sind auch Gegebenheiten wie zum Beispiel Lage, Nutzung und Gestaltung eines Grundstückes zu berücksichtigen, so dass sich insbesondere für die Aufstellung des Flüssiggas-Behälters nur selten die idealen Bedingungen des Regelwerkes anwenden lassen.

Für die Aufstellung von Flüssiggas-Behältern bis drei Tonnen Fassungsvermögen enthält das Prüfhandbuch Hinweise, Erläuterungen und Praxisbeispiele. Diese sollen die Beurteilung und Entscheidung bei der Planung, Errichtung, dem Betrieb und der Prüfung erleichtern. Darüber hinaus will das Prüfhandbuch eine Grundlage für einheitliche Maßstäbe hinsichtlich der Prüfung und Beurteilung von Flüssiggas-Behältern schaffen. Die Überarbeitung des Prüfhandbuches wurde nicht zuletzt durch die



Novellierung der TRF erforderlich. Da auch zugelassene Überwachungsstellen das Prüfhandbuch bei ihrer Prüftätigkeit verwenden, erfolgte die Überarbeitung mit Vertretern des VdTÜV. Die Arbeiten sind im Jahr 2012 so weit voran geschritten, dass 2013 die Veröffentlichung erfolgen kann.

Weitere Gremienarbeit

DVGW Lenkungskreis 2

Im DVGW Lenkungskreis 2 werden die nationalen normativen Vorschriften auf dem Gebiet der Gasanwendung erarbeitet. Der DVFG ist als Vertreter der Flüssiggas-Branche mit Sitz und Stimme in verschiedenen nachgeordneten Technischen Komitees, wie dem G-TK-2-2 „Häusliche, gewerbliche und industrielle Gasanwendungen“, G-TK-2-3 „Gasinstallation“ oder G-TK-2-4 „Bauteile und Hilfsstoffe – Gas“, vertreten. So wurde zum Beispiel am Arbeitsblatt G 631 „Installation von gewerblichen Gasgeräten in Anlagen für Bäckerei und Konditorei, Fleischerei, Gastronomie und Küche, Räucherei, Reifung, Trocknung sowie Wäscherei“ mitgearbeitet, das im Frühjahr 2012 veröffentlicht wurde.

Beirat des Normenausschusses Druckgasgeräte

Der Beirat des Normenausschusses Druckgasgeräte tagte im März in Berlin. Hier wurden bestehende Schwierigkeiten bei der Fortschreibung von relevanten Normen für Flüssiggas hervorgehoben. Festlegungen in Normen und Bestimmungen des Gefahrgutrechts widersprechen sich gelegentlich, was die Inbezugnahme der Norm durch das Gefahrgutrecht selbst erschwert bzw. verhindert. Die Fortschreibung einer Norm kann nicht mehr empfehlenden Charakter haben, sondern wird durch die Inbezugnahme zum Bestandteil des Gefahrgutrechts. Die darin enthaltenen Festlegungen gehen somit in materielles Recht über und entfalten daher Anspruch auf Erfüllung. Andererseits wurden Normen, mit denen die Bedienung von Standardausrüstungen beschrieben werden soll, durch die Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN) infrage gestellt. Der DVFG arbeitet aktiv darauf hin, hier eine exakte Abgrenzung von Beschaffenheit und Anforderungen an die Beschäftigten im Betrieb genau zu formulieren. Um die Bedeutung der Normungsarbeit besser herauszustellen und um Überschneidungen zu vermeiden, wird an einer stärkeren Kooperation mit den beteiligten Stellen gearbeitet. So sollen Reibungsverluste minimiert und die Flüssiggas-Industrie in ihrer selbstständigen Normungsarbeit unterstützt werden.

Sitzung DIN NA 016-00-06 AA „Flüssiggas-Geräte und Ausrüstung“

In der DVFG-Geschäftsstelle in Berlin fand im März die Sitzung des DIN NA 016-00-06 AA „Flüssiggas-Geräte und Ausrüstung; Spiegelausschuss zu CEN/TC 286“ statt. Der Normungsausschuss betreut auf nationaler Ebene die europäische Normungsarbeit im CEN TC 286 „Liquefied petroleum gas equipment and accessories“. Dort wird ein Großteil der europäischen Normen für den Bereich Flüssiggas neu erarbeitet oder ältere Normen an neue Erkenntnisse und Entwicklungen angepasst. Aufgrund der Bemühungen des DVFG und des DIN ist wieder eine größere Beteiligung aus der Wirtschaft an der Normungsarbeit im Arbeitsausschuss festzustellen. Der DVFG ist jedoch trotzdem weiter bemüht, Mitglieder für den Ausschuss zu gewinnen.



Damit sollen die nationalen Interessen im europäischen Normungsprozess verstärkt eingebracht werden, die zuvor auf einer breiten Basis gebildet wurden. Neben der Plenarsitzung des CEN TC 286 wurden zwei neue Normungsvorhaben besprochen: Eine sogenannte nationale Restnorm für Flüssiggastanks, die die bestehenden europäischen Normen und Vorgaben für die Anwendung in Deutschland präzisiert sowie eine europäisch einzubringende Norm zu „Überfüllsicherungen“ für Flüssiggas-Tank und -TKW.

Prüfbescheinigungen

Im Zuge der Novellierung der TRF ist es notwendig geworden, die bisher den DVFG-Mitgliedsunternehmen zur Verfügung gestellten Prüfbescheinigungen für Flüssiggas-Anlagen an die neuen Vorgaben anzupassen. Dabei wurde das Feedback aus der Praxis – zum Beispiel aus den Erfahrungsaustauschen der befähigten Personen/TRF-Sachkundigen – bei der Überarbeitung berücksichtigt. Die Prüfbescheinigungen stehen seit Ende 2012 sowohl als gedruckte als auch elektronische Version zur Verfügung.

Qualifizierungsmaßnahmen und Zertifizierungen

TRF Schulungen

Damit technische Fachkräfte möglichst schnell Kompetenz in der Anwendung der neuen Technischen Regeln Flüssiggas erlangen, wurde zeitgleich zum Inkrafttreten der TRF 2012 ein umfangreiches Schulungsprogramm durchgeführt. Dieses wendet sich an SHK-Installationsbetriebe, Versorgungsunternehmen, zuständige Prüfer und Sachkundige. Die Inhalte der neuen TRF wurden den Teilnehmern in einem Tagesseminar vorgestellt und erläutert. Die Absolventen wurden im Rahmen der Schulungen umfassend über alle Neuerungen des Regelwerks informiert und speziell auf die praktische Umsetzung vorbereitet.

In Planung und Ausführung wurden die DVFG-Mitgliedsunternehmen durch den Deutschen Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) und das Bildungswerk der Wirtschaft in Berlin und Brandenburg (BBW) unterstützt. Die Unternehmen konnten aus einem Aufgabenkatalog wählen, welche Dienstleistung sie seitens des DVGW und BBW in Anspruch nehmen wollten. So bestand die Möglichkeit, sowohl Schulungen mit autorisierten Referenten und Unterlagen in Eigenverantwortung durchzuführen, aber auch ein Komplettpaket durch DVGW und BBW zu wählen.

Die Inhalte der Schulungen, die gemeinsamen Anforderungen sowie die gemeinsamen Schulungsunterlagen wurden zuvor vom Projektkreis „AK TRF-Schulung“ erarbeitet. Den DVFG-Mitgliedern stand somit ein standardisiertes Schulungsprogramm bei Erscheinen der neuen TRF zur Verfügung, das zur Sicherstellung der Qualität ausschließlich von speziell autorisierten Referenten abgehalten werden durfte. Bis zum Ende des Jahres 2012 konnten so knapp 6.000 Fachkräfte geschult werden. Für das Jahr 2013 sind weitere Veranstaltungen geplant.



Teilnehmer am 1. Lehrgang
DVFG-Energieeffizienzberater

Energieeffizienzberater DVFG

Gemeinsam mit der TÜV Akademie Unternehmensgruppe TÜV Thüringen bot der DVFG die ersten Lehrgänge als qualifizierte Weiterbildungsmaßnahme zur Energieeffizienzberatung an. Die Lehrgänge wurden in fünf Seminarblöcken á zwei Tage mit insgesamt 80 Seminarstunden durchgeführt. Weiterhin besteht die Möglichkeit, das Seminar auch als Inhouse-Schulung durchzuführen. Bisher konnten alle Teilnehmer die Weiterbildung nach bestandener Prüfung erfolgreich abschließen.

Mit der Ausbildung zum „Energieeffizienzberater DVFG“ werden die Teilnehmer befähigt, die Anforderungen der Politik nach Energieeffizienz und Energieeinsparung kundengerecht und zielgenau umzusetzen. Der Einsatz von Flüssiggas als Energieträger bildet einen inhaltlichen Schwerpunkt der Qualifizierung. Dabei werden schwerpunktmäßig Effizienztechnologien bei Heiz- und Prozesswärme oder Kraft-Wärme-Kopplung, Klima- und Kälte-technik sowie die Kombination mit der regenerativen Energiegewinnung mittels Solar oder Biomasse behandelt. Die Teilnehmer der Seminare können anschließend als kompetente Berater in private und gewerbliche Bau- bzw. Sanierungsvorhaben eingebunden werden. Beratungen zum energetischen Verhalten von Gebäuden spielen bereits in der Planungsphase eine zunehmend bedeutendere Rolle, nicht zuletzt weil sie in vielen Fällen eine bindende Voraussetzung für KfW-Mittel aus den Förderprogrammen für energieeffizientes Bauen bzw. Sanieren sind.

Zertifiziertes Sicherheitswissen für Prüfer von Flüssiggas-Flaschenanlagen

2012 wurde ein neues Schulungsprogramm zur Ausbildung von Personen für die sicherheitstechnische Prüfung von gewerblichen Flüssiggas-Flaschenanlagen zu Brennzwecken im Gastronomiebereich und Schaustellergewerbe entwickelt, das ab 2013 als neuer eintägiger Lehrgang angeboten wird.

Da die Nachfrage nach spezialisierten Prüfpersonen für Flüssiggas-Flaschenanlagen stetig wächst, laden der Deutsche Verband Flüssiggas e. V. (DVFG), die Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewerbe (BGN) sowie der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) in einer gemeinsamen Qualifizierungsoffensive angehende Prüfer sowie schon prüfungsberechtigte Fachkräfte zu einer Intensivschulung ein. Erfahrene Fachdozenten werden den Teilnehmern in ausgewogenen und abwechslungsreichen Lehrmodulen alle erforderlichen Kenntnisse vermitteln, die eine „Befähigte Person“ für ihre verantwortungsvolle Arbeit benötigt. Die Weiterbildung umfasst unter anderem: Praxisbeispiele mit hilfreichen Erfahrungswissen, einen komprimierten Überblick über gesetzliche Regelwerke und Sicherheitsbestimmungen.

Technisches Sicherheitsmanagement

Am 26. April 2012 wurde die erste Bescheinigung über die bestandene Prüfung „Technisches Sicherheitsmanagement“ (TSM) nach dem DVGW Arbeitsblatt G 1040 an ein DVFG-Mitgliedsunternehmen überreicht. In einem gemeinsamen Arbeitskreis mit Fachleuten des DVGW und DVFG wurde das TSM sowie das entsprechende Arbeitsblatt G 1040 für den Flüssiggas-Bereich entwickelt. Auch wenn das TSM hauptsächlich bei



Flüssiggas-Anlagen für den öffentlichen Bereich zur Anwendung kommt, empfiehlt sich die TSM-Durchführung auch für Unternehmen, die nicht in der öffentlichen Flüssiggas-Versorgung tätig sind. Zudem ist das TSM eine gute Ergänzung zum Qualitätsmanagement eines Unternehmens.

25-Jahre Flüssiggas-Sicherheitsdienst (FSD)

Der Deutsche Verband Flüssiggas e. V. (DVFG) und seine Mitgliedsunternehmen sehen ihre Verantwortung darin, das gesamte System der Flüssiggas-Versorgung auf höchstem Niveau zu sichern. Seit nunmehr 25 Jahren bewährt sich dabei der Flüssiggas-Sicherheitsdienst (FSD) der im DVFG organisierten Flüssiggas-Versorgungsunternehmen. Der 1987 gegründete FSD hat den Auftrag, bei Betriebsstörungen mit drohender Unfallgefahr Hilfestellung zu geben oder bei Unfällen eine wirksame Gefahrenbeseitigung zu ermöglichen.



Die Hilfeleistung erfolgt auf Anforderung des vor Ort zuständigen Einsatzleiters des öffentlichen Dienstes. In der Regel handelt es sich dabei um Polizei und Feuerwehr. Aber auch Katastrophenschutzämter und Regierungspräsidien können die Hilfe des FSD anfordern.

Im Jahre 2012 waren elf Personen aus dem DVFG-Mitgliederkreis als Leitsachverständige im FSD tätig. In 34 von 128 Fällen war die Sach- und Fachkenntnis der Leitsachverständigen erforderlich. Alle anderen Telefonkontakte galten anderen Flüssigkeiten oder Gasen. Die umfangreicheren Hilfestellungen des FSD werden von den Leitsachverständigen protokolliert. Dabei musste in lediglich vier Fällen aktive Hilfe vor Ort durch DVFG-Mitgliedsunternehmen geleistet werden - unter Einbeziehung von Sachkundigen, Fahrzeugen (TKW) und/oder Hilfsmaterial. In den übrigen Fällen reichte eine telefonische Beratung der vor Ort agierenden Einsatzkräfte aus.

Alle flüssiggasbezogenen Einsätze und Anforderungen konnten auch im Jahr 2012 durch die Leitsachverständigen des FSD erfolgreich abgeschlossen werden.

Die kontinuierliche statistische Dokumentation des DVFG über die FSD-Kontakte zeigt, dass in den vergangenen Jahren im Durchschnitt nur 30 Einsätze des FSD pro Jahr notwendig waren. Auch die Zahl der notwendigen aktiven Hilfe durch DVFG-Mitgliedsunternehmen vor Ort bewegt sich mit durchschnittlich fünf auf konstant niedrigem Niveau. Die statistische Dokumentation und Auswertung der FSD-Protokolle spiegelt das verantwortungsbewusste Eintreten der DVFG-Mitglieder für die Sicherheit der Flüssiggas-Versorgung insgesamt wider. Auch 2012 wurde der FSD in verschiedenen Einsatzsituationen zu Anlagen von Versorgern angefordert, die nicht dem DVFG angehören und über keinen eigenen Notdienst erreichbar waren.

Im Jahr 2013 ist ein FSD-Erfahrungsaustausch geplant, der den Leitsachverständigen Gelegenheit bieten soll, verschiedene Störfälle und Gefahrensituationen zu besprechen. In diesem Rahmen ist auch ein praktisches Training von Einsatzsituationen vorgesehen.

Besonderer Dank gebührt allen unseren Leitsachverständigen und deren Unternehmen. Sie haben es dem DVFG ermöglicht, dieses nun seit einem viertel Jahrhundert bewährte Notrufsystem aufzubauen, kontinuierlich zu verbessern und auf hohem Niveau täglich zu realisieren.



Der Weltverband für Flüssiggas (WLPGA)

Der Weltverband für Flüssiggas, WLPGA – World Liquefied Petroleum Gas Association – wurde 1987 gegründet und ist die Stimme der gesamten Flüssiggas-Industrie. Das Kernanliegen des Weltverbandes ist die weltweite Förderung der Verwendung von Flüssiggas, für eine saubere, gesündere und wohlhabendere Welt, sowie die Förderung der Sicherheit der Energie. Um diesen Zweck zu erfüllen, bringt WLPGA private und öffentliche Akteure aller Bereiche dieses Industriezweiges zusammen. 1989 erhielt der Weltverband den besonderen Beratungsstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (UN ECOSOC).

Die Aufgaben des Verbandes sind vielfältig:

- Darstellung der Vorteile von Flüssiggas
- Eintreten für die Einhaltung von Standards
- Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit
- Bildung von Interessengruppen und deren Information
- Verbreitung bewährter Wirtschafts- und Sicherheitspraktiken
- Entwicklungsförderung neuer Flüssiggas-Märkte
- Erkennen und Aufzeigen von Innovationen
- Erleichterung von Wissenstransfer

Das 25. „World LP Gas Forum“ fand vom 11. bis 13. September 2012 auf Bali statt. An dem Forum nahmen mehr als 1.400 Teilnehmer aus 70 Ländern teil. Im Rahmen dieser Veranstaltung fand auch die „Global Technology Conference“ statt. Mehr als 300 Delegierte nutzten die Gelegenheit sich über einige der neuesten und innovativsten Technologien der Flüssiggas-Wirtschaft zu informieren.

WLPGA präsentierte während des Forums offiziell die neue Kampagne „cooking for life“. Jährlich erkranken und sterben Menschen durch traditionelle aber schädliche Brennstoffe, die millionenfach zum Kochen verwendet werden. Die Kampagne stellt Flüssiggas als saubere und sichere Alternative zum Kochen in den Entwicklungsländern vor. Sie ruft Regierungen, Beamte des öffentlichen Gesundheitswesens, die Energiewirtschaft und weltweite Nichtregierungsorganisationen auf, den Zugang zu Flüssiggas auszubauen, damit diese moderne Alternative den Menschen zur Verfügung steht, die sie am meisten benötigen.

Das 26. World LP Gas Forum wird 2013 vom 1. bis 3. Oktober in London stattfinden.





Europäischer Flüssiggasverband (AEGPL) : Association Europeenne des Gaz de Petrole Liquefies

AEGPL vertritt 24 nationale Verbände der Flüssiggas-Wirtschaft in Europa und europaweit tätige Unternehmen (PEDs), die die wichtigsten europäischen Lieferanten, Distributoren und Hersteller vertreten. Alle verbindet das Interesse an der Produktion, dem Transport, der Verteilung oder der Verwendung von Flüssiggas. Der DVFG ist Gründungsmitglied des Europäischen Flüssiggas-Verbandes und gehört diesem seit 1968 an. Um den Erfolg auf europäischer und internationaler Ebene sicherzustellen, ist die Arbeit zwischen WLPGA und AEGPL eng verzahnt.



Hauptziel von AEGPL ist es, eine sichere, leistungsfähige und nachhaltige Entwicklung von Flüssiggas in Europa zu gewährleisten sowie Flüssiggas als eine nachhaltige Lösung für die europäischen Energie- und Umweltprobleme zu positionieren. Dabei arbeitet AEGPL, unterstützt von seinen Mitgliedern, aktiv an konkreten Initiativen und Programmen mit. Der europäische Flüssiggas-Verband verfolgt intensiv die Diskussionen und Entscheidungen in der Europäischen Union, bewertet ihre Auswirkungen für die Flüssiggas-Wirtschaft und nimmt gegenüber der Politik dazu Stellung.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Lobbyarbeit lagen im Berichtsjahr auf

- der Energy Taxation Directive einschließlich CO₂-Steuer
- der EPBD-Directive (energy performance of buildings) über die Energieeffizienz von Gebäuden
- der EU-Richtlinie zur Energieeffizienz
- der ErP-(Ökodesign-)Richtlinie, die ein standardisiertes Energieeffizienz-Labelsystem für Wärmeerzeuger vorsieht und auf heiztechnische Komponenten sowie gesamte Heizungsanlagen ausgeweitet werden soll
- Autogas
- dem Thema Feinstaub als gesundheitsschädlicher Luftschadstoff

Im technischen Bereich lagen die Prioritäten auf

- den Entwicklungen von Dual Fuel (Autogas-/Diesel-Mischbetrieb im Schwerlastverkehr)
- den ADR-Regulierungen
- der Kraftstoffnormung
- weiteren Normungsaktivitäten

Eine weitere Aufgabe von AEGPL ist die Öffentlichkeitsarbeit. Ein wichtiger Baustein dafür ist die jährlich stattfindende AEGPL-Jahrestagung. An der diesjährigen Jahrestagung, am 6. und 7. Juni in Brüssel, nahmen über 1.100 Vertreter der Flüssiggas-Wirtschaft teil. Auf der Tagung wurden Reden und Präsentationen von hochrangigen Vertretern der Flüssiggas-Wirtschaft, von Politikern, Beamten, Mitgliedern sowie Unternehmen, die der Flüssiggas-Wirtschaft thematisch verbunden sind (OEMs, Autogas-Ausrüster und Vertreter der Erdgasindustrie) präsentiert. Der Kongress wurde, insbesondere auch von Mitgliedern der europäischen Institutionen, für lebhaftes Diskussions über die Rolle von Gas in Europa genutzt. Die Tagung wurde wie immer umrahmt von einer Ausstellung, die es den Besuchern ermöglichte, sich über die neuesten Produkte und Dienstleistungen der Flüssiggas-Wirtschaft zu informieren. Die nächste AEGPL-Jahrestagung findet gemeinsam mit dem Weltflüssiggasverband (WLPGA) vom 1. bis 3. Oktober 2013 in London statt.



Der BGA ist strategischer Partner des DVFG

Der DVFG ist schon seit vielen Jahren Mitglied im Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA). Da der DVFG seine politische Arbeit weiter intensivieren möchte, wurde beschlossen, zukünftig noch enger zusammenzuarbeiten. Damit soll der Wissenstransfer zwischen beiden Verbänden verstärkt werden. Zudem wird der BGA den DVFG mit seinen exzellenten Kontakten in die Politik und Öffentliche Verwaltung unterstützen.

Der BGA versteht sich als „unüberhörbare Stimme des Großhandels, des Außenhandels sowie unternehmensnaher Dienstleistungen“ in der Bundes- und Europapolitik. Als einer der führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands sieht er seine vordringliche Aufgabe jedoch darin, sich für die Interessen des Mittelstands einzusetzen und erster Ansprechpartner für dessen Fragen und Anliegen zu sein. Als „Rückgrat der deutschen Wirtschaft“ bezeichnet der BGA die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), die 80 Prozent der Arbeitnehmer im Land beschäftigen.

Als Dachverband vertritt und unterstützt der BGA rund 120.000 deutsche Unternehmen dabei, ihre Interessen in Berlin und Brüssel auf die Agenda der Politik zu bringen. Dabei hilft ihm ein weit und vielfältig gespanntes Netzwerk: der BGA ist Mitglied in über 100 Organisationen der deutschen Wirtschaft und bündelt die Erfahrung von 45 Branchen- sowie 24 Landes- und Regionalverbänden. Zudem agiert er auch weltweit und pflegt Kontakte zu wichtigen internationalen Gremien, Institutionen und Wirtschaftsorganisationen.

So intensiv wie die Kommunikation nach außen wird beim BGA auch die Vernetzung der Mitglieder untereinander vorangetrieben. Auf Veranstaltungen wie zum Beispiel dem Großhandelskongress und dem Außenhandeltag können die Mitgliedsunternehmen Erfahrungen austauschen und neue Kontakte knüpfen.

„Eine funktionierende Marktwirtschaft ist die beste Sozialpolitik“, unter diesem Motto agiert der BGA hinsichtlich seines politischen Engagements für den Handlungsspielraum von Unternehmen in Deutschland. Er sieht die soziale Marktwirtschaft als Grundlage für Wachstum und Wohlstand, für die von der Politik ordnungspolitische Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, um den Unternehmen zu ermöglichen, ihre Wachstumspotenziale auszuschöpfen. Diese Überzeugung vertritt der BGA auch über die Staatsgrenzen hinaus und spricht sich für Globalisierung und weltweite Marktöffnung aus.



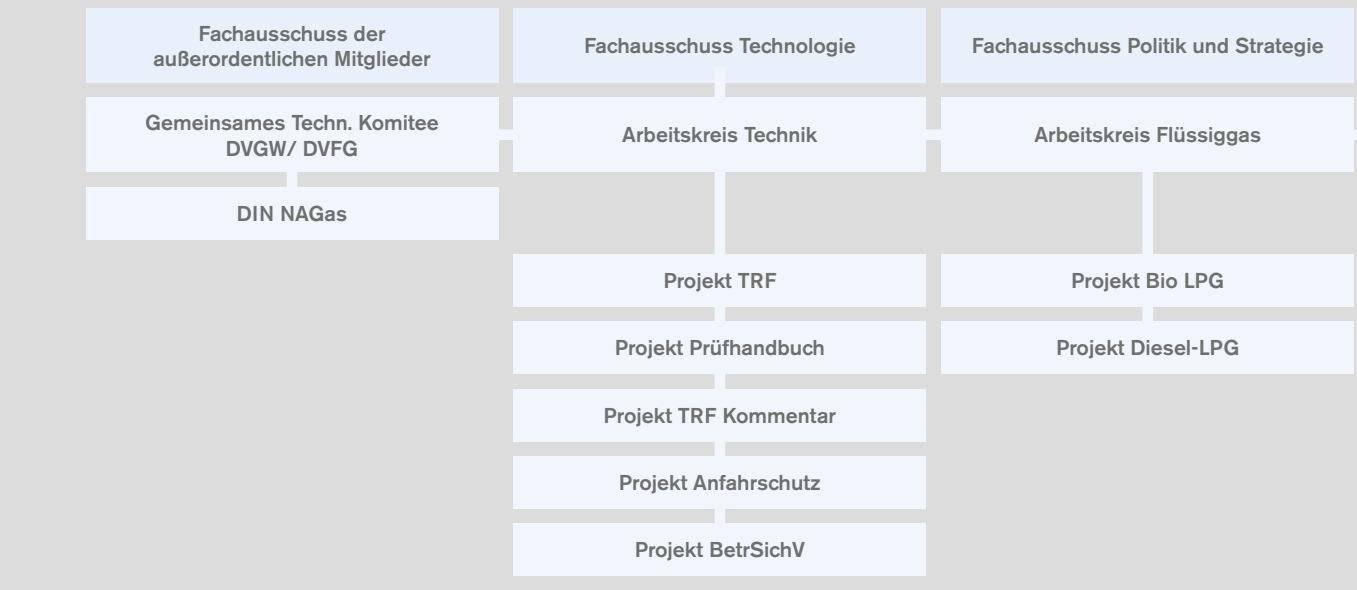


DVFG – Deutscher Verband Flüssiggas e. V.

Beirat



Verbandsgremien



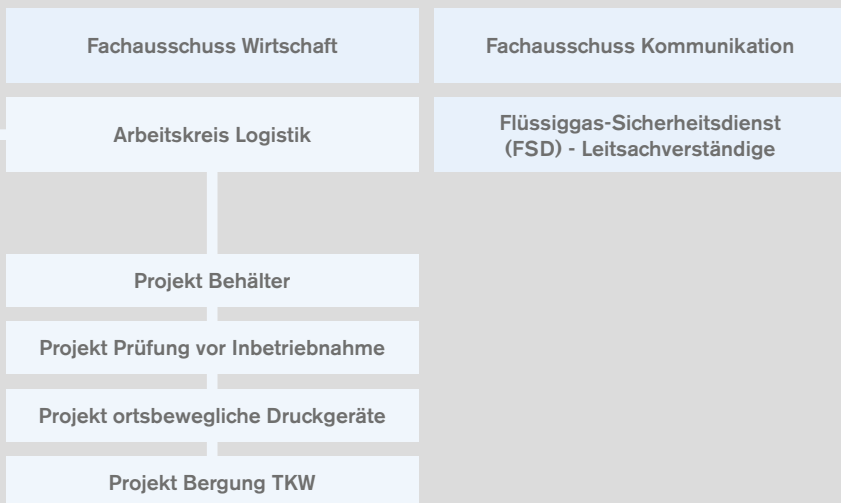
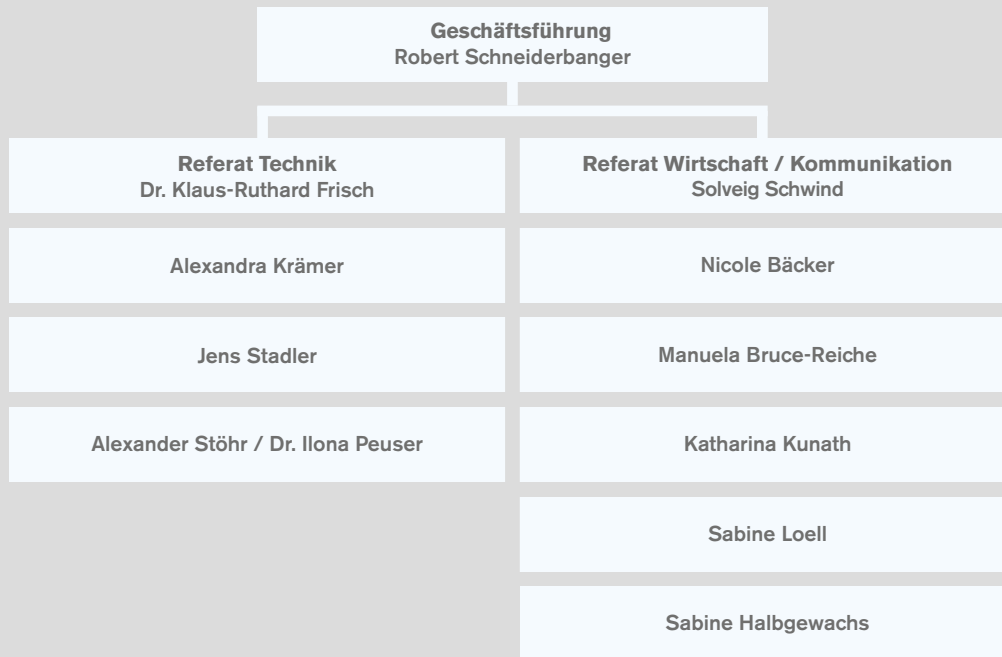


DVFG – Deutscher Verband Flüssiggas e. V.

Vorstand

Vorsitzender:	Rainer Scharr	Mitglied im Vorstand:	Jobst-Dietrich Diercks
1. stellv. Vorsitzender:	Uwe Thomsen	Mitglied im Vorstand:	Klaus Reckmann
2. stellv. Vorsitzender:	Klaus Stolte	Mitglied im Vorstand:	Markus Eder

Geschäftsstelle





Mitglieder

Ordentliche Mitglieder	43
Außerordentliche Mitglieder	72
Gastmitglieder	2

Ehrenmitglieder

Hans Brand	Hagen
Hanns Richard Hareiner	München
Hermann Peitz	Lippstadt
Herbert Pelizäus	Detmold
Dr. Hans-Wolfgang Tyczka	Geretsried
Hans-Dieter Wehner	Dortmund

Vorstand

Rainer Scharr, Vorsitzender	Friedrich Scharr KG
Uwe Thomsen, 1. stellv. Vorsitzender	Propan Rheingas GmbH & Co. KG
Klaus Stolte, 2. stellv. Vorsitzender	WESTFA Vertriebs- und Verwaltungs-GmbH
Jobst-Dietrich Diercks	PRIMAGAS Energie GmbH & Co. KG
Markus Eder	Tyczka Totalgaz GmbH
Klaus Reckmann	WPG Westfälische Propan-GmbH

Geschäftsführung

Robert Schneiderbanger	DVFG
------------------------	------

Beirat

Region Nord/Ost

Ulrich Klinger	Johannes Klinger GmbH & Co. KG
Aine Boie	Boie GmbH & Co. KG

Region West

Jürgen Wagenpfeil	Knauber Gas GmbH & Co. KG
Oliver Höring	WESTFA Vertrieb- und Verwaltungs-GmbH

Region Süd

Fritz Gößwein	Gößwein-Gas GmbH
Bernd Mazzoli	Thermogas Gas- und Geräte Vertriebs GmbH

Fachausschuss Politik und Strategie

Rainer Scharr, Obmann	Friedrich Scharr KG
Jobst-Dietrich Diercks	PRIMAGAS Energie GmbH & Co. KG
Dr. Klaus-Ruthard Frisch	DVFG
Dr. Ines Knauber-Daubenbüchl	Knauber Gas GmbH & Co. KG
Jan Petersen	Tyczka Totalgaz GmbH
Robert Schneiderbanger	DVFG
Uwe Thomsen	Propan Rheingas GmbH & Co. KG


Fachausschuss Kommunikation

Markus Eder, Obmann	Tyczka Totalgaz GmbH
Jobst-Dietrich Diercks	PRIMAGAS Energie GmbH & Co. KG
Fritz Gößwein	Gößwein-Gas GmbH
Katharina Kunath	DVFG
Henry Körner	Rheingas Halle Saalegas GmbH

Wirtschaftsausschuss

Wolfgang Kerst, Obmann	PRIMAGAS Energie GmbH & Co. KG
Norbert Finsterwalder	Tyczka Totalgaz GmbH
Robert Schneiderbanger	DVFG
Michael Schober	Friedrich Scharr KG

Fachausschuss Technologie

Dr. Klaus-Ruthard Frisch, Obmann	DVFG
Peter Bauckelmann	fht Flüssiggas Handel u. Transport GmbH & Co. KG
Karl-Heinz Berger	Friedrich Scharr KG
Uwe Berger	Bundesverb. des Schornstiefegerhandw. -Zentralinnungsverb. (ZIV)
Dr. Stefan Garlich	GFÜ Gesellschaft für Flüssiggasanlagen- Überwachung mbH & Co. KG
Franz-Josef Heinrichs	ZENTRALVERBAND Sanitär Heizung Klima (ZVSHK)
Peter Hempel	Redaktion & Projekte
Hannes K. Junginger	ProTech Energiesysteme GmbH
Ralf Konermann	Tyczka Totalgaz GmbH
Gerald Krieseler	SCHRÖDER GAS GmbH & Co. KG
Klaus Dieter Krinninger	IGV Industriegaseverband e. V.
Andreas Kübler	Thermogas Gas- und Gerätevertriebs-GmbH
Peter Limbach	DVGW Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e. V.
Thomas Maus	PRIMAGAS Energie GmbH & Co. KG
André Müller	BG BAU – Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft
Mike Prentki	TRANSGAS Flüssiggas Transport und Logistik GmbH & Co. KG
Thomas Real	HVBG/BG Nahrungsmittel und Gastgewerbe
Dr. Olaf Schmidt	Propan Rheingas GmbH & Co. KG
Hermann Schumacher	WESTFA Vertriebs- und Verwaltungs-GmbH
Jens Stadler	DVFG
Alexander Stöhr	DVFG
Jürgen Wagenpfeil	Knauber Gas GmbH & Co. KG
Uwe Uhlenbrok	Progas GmbH & Co. KG



Fachausschuss der außerordentlichen Mitglieder

Hannes K. Junginger, Obmann	ProTech Energiesysteme GmbH
Werner Althaus	TGO Gasgeräte GmbH
Hans Werner Barth	SRG SCHULZ & RACKOW Gastechnik GmbH
Andreas Brohm	GOK Regler- und Armaturen GmbH & Co. KG
Diego De Stefani	CAVAGNA GROUP Deutschland
Rolf Geißler	Gasflaschenwerk Grünhain GmbH
Frank Heck	Rego GmbH
Martina Jäschke	G. L. I. Gaz Liquéfiés Industrie Schneider GmbH
Anne-Marie Mensdorff-Pouilly	PRESTA-GAZ S. A.
Peter Meurer	Flüssiggas-Anlagen GmbH Salzgitter
Dietmar Möllenhoff	TRANS GAS Flüssiggas Transport und Logistik GmbH & Co. KG
Artur Mudersbach	DELTA GAS GmbH
Bernhard Nacken	fht Flüssiggas Handel und Transport GmbH & Co. KG
Udo Schäpssmeyer	SCHÄPSSMEYER GmbH & Co. KG
Klaus Schneider	ALUGAS Vertrieb von Gasflaschen GmbH & Co. KG
Andreas Stark	Heidersdorfer Produktions- u. Vertriebsgesellschaft mbH
Reinhard Templin	Flamco STAG GmbH
Prof. Dr. Siegbert E. Weiss	Ing.- und Übersetzungsbüro Prof. Dr. Siegbert E. Weiss

DVGW/DVFG Gemeinsames Technisches Komitee „Flüssiggas“

Thomas Maus, Obmann	PRIMAGAS Energie GmbH & Co. KG
Frank Brödner	DBI Gastechnologisches Institut GmbH
Andreas Brohm	GOK Regler- und Armaturen GmbH & Co. KG
Dr. Klaus-Ruthard Frisch	DVFG
Henry Gärtner	HPV Heidersdorfer Produktions- und Vertriebsgesellschaft mbH
Lutz Hanke	Rheingas Halle-Saalegas GmbH
Manfred John	DVGW-Forschungsstelle, Karlsruhe
Ralf Konermann	Tyczka Totalgaz GmbH
Peter Limbach	DVGW Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e. V.
André Müller	BG BAU – Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft
Thomas Real	HVBG / BG Nahrungsmittel und Gastgewerbe
Axel Schulz	Truma Gerätetechnik GmbH
Jens Stadler	DVFG
Alexander Stöhr	DVFG

DVFG-Vertretung beim Europäischen Flüssiggasverband (AEGPL)

Uwe Thomsen	Steering Committee, Energy Efficiency
Normann Riebold	Major Hazards & Environment, Health & Safety
Dr. Klaus-Ruthard Frisch	Technical Coordination Group
Dr. Klaus-Ruthard Frisch	Transport und Pressure Equipment
Alexander Stöhr	Transport Working Group



Mitgliedschaften

Weltflüssiggasverband (WLPGA)	Paris
Europäischer Flüssiggasverband (AEGPL)	Brüssel
Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V.	Berlin
Deutsches Institut für Normung e. V.	Berlin
Forum für Zukunftsenergien e. V.	Berlin
Weltenergierrat – Deutschland e. V.	Berlin
Verbändekreis Energieeffizienz und Klimaschutz	Berlin

Ordentliche Mitglieder

Aral AG, Geschäftsbereich Flüssiggas	Bochum
Badische RHEINGAS GmbH	Lörrach
Balzer GmbH & Co. KG	Allendorf/Eder
Emil Betz GmbH & Co. KG	Heilbronn
Boie GmbH & Co. KG	Lübeck
CAMPING GAZ (Deutschland) GmbH	Hungen-Inheiden
Dorow & Sohn KG	Oschatz
DRACHEN-PROPANGAS GmbH	Frankfurt/Main
Eni Schmiertechnik GmbH, Bereich AgipGas	Würzburg
Färber Gas GmbH Flüssiggasvertrieb	Itzehoe
Flüssiggas-Komplettservice Gesellschaft mbH	Berlin
Gößwein-Gas GmbH	Osterhofen
Grebe & Sohn GmbH	Korbach
Johannes Klinger GmbH & Co. KG	Heide/Holst.
Knauber Gas GmbH & Co. KG	Bonn
Gebr. LOTTER KG	Ludwigsburg
Heinrich Ludwig GmbH	Bonn
OMV Deutschland GmbH	Burghausen
PETROCHEM Mineralöl-Handelsgesellschaft m.b.H.	München
PRIMAGAS Energie GmbH & Co. KG	Krefeld
PROGAS GmbH & Co KG	Dortmund
Propan-Gesellschaft mbH	Hamburg
Propan Rheingas GmbH & Co. KG	Brühl
Rheingas Halle Saalegas GmbH	Halle
Rießner-Gase GmbH & Co. KG	Lichtenfels
Adolf Roth GmbH & Co. KG	Gießen
Salzgitter-Gas GmbH	Salzgitter
SANO-PROPAN GmbH	Nürnberg
Sauerstoffwerk Friedrichshafen GmbH	Friedrichshafen
Friedrich Scharr KG	Stuttgart
Schneider-Gas e. K.	Wuppertal
SCHRÖDER GAS GmbH & Co. KG	Thedinghausen
Stadtwerke Rinteln GmbH	Rinteln
Joh. Storm GmbH & Co. KG	Rendsburg



Ordentliche Mitglieder

TEGA Techn. Gase und Gastechnik GmbH	Würzburg
THERMOGAS Gas- und Gerätevertriebs-GmbH	Stuttgart
TOTAL Deutschland GmbH, Vertriebsdirektion Flüssiggas	Düsseldorf
Tyczka Trading & Supply GmbH & Co. KG	Geretsried
Tyczka Totalgaz GmbH	Geretsried
Valentin Gashandel GmbH	Mainz
VITOGAZ Deutschland GmbH	Oldenburg
Erik Walther GmbH & Co. KG (bis 2012)	Schweinfurt
WESTFA Vertrieb- und Verwaltungs-GmbH	Hagen
WPG Westfälische Propan-GmbH	Detmold

Gastmitglied

CAGOGAS GmbH	Dortmund
Deiningner Flüssiggas GmbH	Mannheim

Außerordentliche Mitglieder

ALUGAS Vertrieb von Gasflaschen GmbH & Co. KG	Bad Sobernheim
Aon Versicherungsmakler Deutschland GmbH	Hamburg
Aretz GmbH & Co. KG	Krefeld
A.S.K.I. GmbH, Anlagen - und Steuerungsbau	Meinerzhagen
ATI GmbH	Rödermark
ATLANTICA TRADING HGmbH	Bernau
Autobahn Tank & Rast GmbH	Bonn
AutoGas Journal	Bielefeld
Bohlen & Doyen Bauunternehmungen GmbH	Wuppertal
Gebrüder Beckmann GmbH	Osnabrück
CAVAGNA GROUP Deutschland	Köln
DASSOW ENGINEERING Industrie- u. Gasanlagenbau GmbH	Taunusstein
DB Schenker BTT GmbH (seit 2012)	Mainz
DVR Dövme, Valf ve Regulator San. ve Tic. Ltd. Sti.	TR-Istanbul
Ecoengines GmbH	Abstatt
ELAFLEX - GUMMI Ehlers GmbH	Hamburg
ERC GmbH	Buchholz
esco - european salt company GmbH & Co. KG	Bernburg
Eurotank GmbH	Kalkar
fht Flüssiggas Handel und Transport GmbH & Co. KG	Hürth
Flamco STAG GmbH	Genthin
Flüssiggas-Anlagen GmbH Salzgitter	Salzgitter
Flüssiggas Service und Wartung GmbH	Salzgitter
G. A. M. Heat GmbH	Erndtebrueck
GAS Gunnar Adam Services GmbH	Wesel
Gasflaschenwerk Grünhain GmbH	Grünhain
GBP Gas Business Partner GmbH	Dautphetal
GFÜ Gesellschaft für Flüssiggasanlagen-Überwachung GmbH & Co. KG	Norderstedt
G. L. I. Gaz Liquéfiés Industrie Handelsvertretung Martina Jäschke	Meerbusch
GOFA Gocher Fahrzeugbau GmbH	Goch
GOK Regler- und Armaturen GmbH & Co. KG	Marktbreit
GWT-Energieanlagenbau GmbH	Wasungen
HKL Industrieanlagen GmbH	Ennepetal



Außerordentliche Mitglieder

Heidersdorfer Produktions- und Vertriebsgesellschaft mbH	Heidersdorf
Hertel Grilltechnik GmbH	Schwarzenbach
IGT Gastransporte Internationale Spedition GmbH	Hemsbach
Import & Export Femitec Autogasanlagen GmbH & Co. KG	Mannheim
JAEGER Flüssiggasanlagenbau GmbH	Hoppegarten
KH Tank- und Korrosionsschutz	Dortmund
Kosan Crisplant a/s	DK-Aarhus N
Lahme GmbH & Co. KG Präzision in Kunststoff	Kierspe
Loppien GbR Flüssiggasservice	Ludwigsfelde
LPG comp. Flüssiggas Handel GmbH	Zossen
Luhmann GmbH	Holdorf
Mabanaft GmbH & Co. KG	Hamburg
Nefco Storage & Trading B.V.	NL -Waardenburg
ÖVFG Österreichischer Verband für Flüssiggas	A- Wien
PRESTA-GAZ S.A.	L - Kleinbettingen
Propan & Ammoniak Anlagen GmbH	Salzgitter
ProTech Energiesysteme GmbH	Friolzheim
Rego GmbH	Gladenbach
Rolf Ronschke GmbH	Barsinghausen
Schäpsmeyer GmbH & Co. KG	Minden
SCHARR CPC GmbH	Krefeld
SCHARR TEC GmbH & Co. KG	Neukirchen
Shell Deutschland Oil GmbH	Hamburg
SRG SCHULZ + RACKOW Gastechnik GmbH, Mitglied der Rotarex-Group	Gladenbach
Staufen-Spedition GmbH	Ingoldstadt
STD GmbH & Co. KG	Leonberg
STROBEL VERLAG GmbH & Co. KG	Arnsberg
TGO Gasgeräte GmbH	Offenbach
THEISEN GmbH Versorgungstechnik	Ochtrupp
Tokheim Göhler GmbH	Hösbach
TRANSGAS Flüssiggas Transport und Logistik GmbH & Co. KG	Dortmund
Transpetrol GmbH	Hamburg
Truma Gerätetechnik GmbH & Co. KG	Putzbrunn
VITKOVICE MILMET S. A.	PL - Sosnowiec
Vitogaz Switzerland AG	CH - Cornaux
Ingenieur & Sachverständigenbüro / Prof. Dr.-Ing. Siegbert E. Weiss	Idstein-Heftrich
Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK)	St. Augustin

Herausgeber:

Deutscher Verband Flüssiggas e. V.
EnergieForum Berlin
Stralauer Platz 33-34
10243 Berlin

Telefon: +49 (0)30. 29 36 71-0
Telefax: +49 (0)30. 29 36 71-10

info@dvg.de
www.dvg.de

gedruckt auf chlorfreiem Papier